Nr. 23 — Halle (Saale), Mittwoch den 28. Januar 1914 — 25. Jahrg.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Bezugspreis monatl. 60 Pf. frei ins Haus, durch die Post vierteljährlich 1.65 Mark ohne Bestellgeld.

„Die Neue Welt" (Unterhaltungsbeilage), monatlich 10 Pfennig.

Schriftleitung: Harz 48/49. Fernsprecher 868. Sprechstunde: werktags von 12—1 Uhr mittags.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

Anzeigengebühr beträgt für die 6gespaltene Kolonelzeile od. deren Raum 20 Pf., für auswärtige Anzeigen 25 Pf., Reklamen unter dem Textstrich die Zeile 75 Pf.

Anzeigen für die fällige Nummer müssen spätestens bis vormittags 10½ Uhr in der Geschäftsstelle aufgegeben sein.

Hauptgeschäftsstelle: Harz 48/49. Fernsprecher 1047. Geöffnet: werktags ununterbrochen von 7 Uhr früh bis 7 Uhr abends.

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Krise und Fortschritt.

Einen selten klaren Einblick in das Wesen und die Ursachen der Krise verrät ein Artikel im Januarheft der bürgerlichen Finanzzeitschrift Die Bank. Der Inhalt des Artikels ist kurz folgender: Der sogenannte „gesunde Menschenverstand" hat sich eine sehr einfache Krisentheorie zurechtgemacht, nämlich eine moralische. Lediglich der Torheit der Kapitalisten sei es zuzuschreiben, daß sie zu Zeiten guter Konjunktur die Produktion immer weiter ausdehnen, immer neue Fabriken gründen, die vorhandenen Anlagen immer mehr vergrößern. Dadurch werde das Angebot weit über die Nachfrage hinaus gesteigert, und natürlich müsse es eines Tages zum Zusammenbruch kommen. In Wahrheit liegen die Dinge denn doch etwas anders. Die täglich erzielten Gewinnüberschüsse drängen zur Anlage in irgendeiner Form. Selbstverständlich wird die profitabelste Anlage gewählt, und die besteht darin, daß Fabriken modernster Konstruktion errichtet werden. „Der Regel nach ist jedes neue Unternehmen den älteren Unternehmungen gleicher Art überlegen. Alle wertvollen Erfindungen, alle maschinellen Verbesserungen kommen bei ihm zur Anwendung." Es ist also leistungsfähiger als die schon vorhandene Konkurrenz, zwischen die es sich hineinschiebt. Es kann demnach selbst dann errichtet werden, „wenn der Markt mit den Waren, die es herzustellen bestimmt ist, gesättigt erscheint, denn es ist ja in der Lage, diese Waren preiswerter oder besser zu liefern, also das Absatzgebiet der älteren Unternehmen an sich zu reißen." So werden denn Jahr für Jahr neue Unternehmungen gegründet. „An die Seite der alten Werke, die Kolbenmaschinen fabrizieren, stellen sich neue Dampfturbinenfabriken, neben diese wieder ganz neue Werke zur Herstellung von Dieselmotoren." Natürlich bleibt nur den alten Werken auch nichts weiter übrig, als dieselbe Bahn zu beschreiten. Sie müssen ihre Anlagen umbauen, modernisieren, nach dem neuesten Stande der Technik einrichten. Die fortwährende Steigerung der Produktion, die sich daraus ergibt, ist also keineswegs das Resultat menschlicher Torheit und Unvernunft oder auch blinder Habgier, sondern vielmehr das Ergebnis kaufmännischer Voraussicht, ja kaufmännischer Notwendigkeit. Wenn selbst der Leiter eines solchen Unternehmens wissen sollte, daß der Markt überfüllt ist, was soll er tun? „Ihm bleibt ja nur die Wahl, ob er mit der Waffe des Fortschritts die anderen über den Haufen rennen oder ob er sich seinerseits umrennen lassen will."

Der eigentliche Krisenerreger ist demnach der Fortschritt, und wenn man nicht auf den Fortschritt verzichten oder ihn der privaten Initiative abnehmen und damit die kapitalistische Wirtschaftsweise abdanken will, „so wird uns wohl nichts anderes übrig bleiben, als die mit unserer Wirtschaftsweise nun einmal unteenbar verbundenen Krisen mit in Kauf zu nehmen".

Es ist gewiß sehr viel, in einem kapitalistisch geleiteten Blatt einen so klaren Nachweis dafür zu finden, daß es — der Kapitalismus ist, der den Segen des Fortschritts in einen Fluch verwandelt. Denn das liegt doch klar auf der Hand, daß die fortwährende Ersetzung alter Maschinen durch neue, die fortdauernde Verbesserung der Technik usw. unerläßlich ist für den Fortschritt. Ohne Fortschritt auf wirtschaftlichem Gebiete ist kein Emporsteigen der Menschheit auf der Leiter der Zivilisation möglich. Nicht einmal ein Stillstand ist hier denkbar. Denn da die Menschen an Zahl wie an Bedürfnissen unausgesetzt zunehmen, so würden sie ohne gleichzeitigen wirtschaftlichen Fortschritt ins Barbarentum zurücksinken müssen. Wirtschaftlicher Fortschritt aber bedeutet Steigerung der Produktion. Und auf diesem Gebiete hat der Kapitalismus denn auch Gewaltiges geleistet und leistet täglich aufs neue Gewaltiges. Soeben hat das Kaiserliche Statistische Amt die Ergebnisse der deutschen Produktionserhebungen veröffentlicht. Wir erfahren daraus, daß in der kurzen Spanne Zeit von 1908 bis 1912 die Jahresproduktion einiger wichtiger Industrien wie folgt gesteigert worden ist: Steinkohlen von 146 000 000 auf 175 000 000 Tonnen, Eisenerz von 18 800 000 auf 27 200 000 Tonnen. Für die folgenden Industrien liegen nur erst die Zahlen von 1908 bis 1911 vor. In diesen vier Jahren stieg die jährliche Produktion der Hochöfen von 10 700 000 auf 13 700 000 Tonnen, Eisen- und Stahlgießereien von 2 400 000 auf 3 000 000 Tonnen, Walzwerke von 11 800 000 auf 16 500 000 Tonnen, Benzin von 94 000 auf 165 000 Tonnen.

Diese Steigerung der Produktion ist nun aber nicht etwa erreicht worden durch entsprechende Vermehrung der Arbeiterzahl, sondern durch Verbesserung der Maschinen und Arbeitsmethoden. Dies im einzelnen darzulegen, würde uns zu weit führen. Nur ein sprechendes Beispiel sei genannt. Im Jahre 1908 gab es in Deutschland 75 Bigognespinnereien. Diese haben in dem einen Jahre von 1908 bis 1909 ihre Spindelzahl verringert von 712 500 auf 700 200. Mit der verringerten Spindelzahl aber steigerten sie die Produktion von 30 900 000 auf 32 300 000 Kilogramm!

Man braucht sich nun bloß ein wenig in den Mechanismus der kapitalistischen Wirtschaft hineinzudenken, um zu erkennen, daß von ihm dieser Fortschritt auf keine andere als die geschilderte Art vollzogen werden kann. Alle Produktionsmittel gehören den Kapitalisten, und selbst, wo sie öffentlichen Körperschaften gehören (Eisenbahnen, Gaswerke), werden sie kapitalistisch betrieben. Der Profit, der Ueberschuß ist ihr Zweck. Dieser alltäglich den Kapitalisten zuströmende Gewinn ballt sich zu neuen Kapitalien zusammen, und die neuen Kapitale — suchen wieder nach Verwertung, d. h. nach der Gelegenheit, Ueberschuß zu machen. Nun späht der Kapitalist — oder der Finanzmann, der sein Geld verwaltet — nach Gelegenheit zu profitabler Anlage, und diese geschieht so, wie die „Bank" es darstellt: Neue Fabriken werden gegründet, alte erweitert und umgebaut, aber natürlich nach den modernsten Konstruktionen; denn sonst würden sie keine Aussicht haben, sich einen Absatz für ihre Produkte zu erobern. Wer an eine ewige Vorsehung glaubt, der kann es bewundern, wie sinnreich das Profitstreben der Kapitalisten in den Dienst der Fortschritts gestellt ist. Nur freilich darf er über dieser Bewunderung nicht die ungeheuren Schäden vergessen, die daraus erwachsen. Und deren gibt es zweierlei. Einmal die Krise. Denn auf diese Art geschieht der Fortschritt nur unter Vernichtung ungeheurer Werte und unter Anrichtung ungeheuren Elends. Sodann aber ist dieser Fortschritt auch wieder an das Verwertungsbedürfnis des Kapitals geknüpft und dadurch eingeschränkt: es wird nicht jede Maschine eingeführt, die Arbeit erspart, sondern nur solche, die dem Kapital Unkosten ersparen.

Wenn demnach die Bank sagt, der Fortschritt sei die Krisenursache, so ist das doch nicht ganz richtig. Die wirkliche Ursache liegt vielmehr in dem Umstand, daß das Kapital den Fortschritt nicht anders als im Dienste seines Profitbedürfnisses bewerkstelligen kann. Woraus sich denn freilich ergibt, daß der moderne Kapitalismus ohne Krisen nicht existieren kann. Daraus folgt aber keineswegs, daß die Menschheit bis ans Ende der Tage die Krisen aushält, sondern vielmehr, daß sie den Kapitalismus beseitigen muß.

Steuerkämpfe in Oesterreich.

Dr. G. P. Wien, 24. Januar 1914.

Seit dem Jahre 1908 dauert der Kampf um die Steuerreform in Oesterreich. Die Regierung hatte dem Abgeordnetenhause zugesagt, eine Steuerreform zu beschließen, die auf neuen indirekten Steuern aufgebaut war. Ursprünglich sollte die Steuer auf Bier und Branntwein erhöht werden, aber die Protestbewegung, die von den Sozialdemokraten sofort eingeleitet wurde, machte diesen Plan zunichte. Jetzt Jahre später kam die Regierung mit einem neuen „Finanzplan". Die Biersteuer wurde ganz fallen gelassen, dafür kam ein ganzes Bündel anderer indirekter Steuern: außer der Branntweinsteuer Steuern auf Sodawasser, auf Mineralwässer und auf Wein, und angekündigt wurde auch noch eine Zündholzsteuer. Diese indirekten Steuern sollten verdaulich gemacht werden durch eine ungenügende Erbschaftssteuer und eine Reform der Einkommensteuer, die im wesentlichen in einer kleinen Erhöhung der Steuer bei den Einkommen von 20 000 Kronen (17 000 Mark) an bestehen sollte. Aber auch dieser Plan rückte nicht von der Stelle. Wohl setzten die Sozialdemokraten durch, daß der Finanzausschuß sofort mit der Beratung der direkten Steuern begann, aber dazu hatten die Regierungsparteien keine große Lust. Mitten während der Ausschußberatungen wurde das Abgeordnetenhaus aufgelöst.

Nach den Wahlen tauchte an Stelle des früheren Finanzplans, den man den „großen Finanzplan" nannte, ein „kleiner Finanzplan" auf, der nur die Einkommensteuer und die Branntweinsteuer umfaßte. Alle anderen Steuern wurden für einen späteren Zeitpunkt verschoben. Mit der Erhöhung der Branntweinsteuer um 50 Heller für den Liter reinen Alkohols sollten die bankerotten Verwaltungen der siebzehn Länder saniert und so die Erhöhung der Lehrergehälter ermöglicht werden. Damit waren einerseits die Lehrer als Vorspann für die unpopuläre Steuer gewonnen und andererseits die bürgerlichen Parteien, die in den Landtagen so ziemlich unumschränkt herrschen — da das Privilegien-Wahlrecht die Arbeiter ausschließt, für die Steuer gewonnen. Das Erträgnis für die Einkommensteuer — die schon von 10 000 Kronen (8500 Mk.) Einkommen angefangen erhöht wurde, sollte für die ebenfalls dringende Erhöhung der Gehälter der Staatsbeamten verwendet werden. Um leichter für die Branntweinsteuer stimmen zu können, verknüpften die bürgerlichen Parteien beide Steuern nicht nur mit einander, sondern auch mit der Dienstpragmatik der Beamten, damit, daß alle drei Gesetze nur zugleich in Kraft treten könnten, womit sie die Ausrede für sich gewannen, daß sie „im Interesse der Beamten" für die Branntweinsteuer stimmen müßten. Um die Stellung der bürgerlichen Parteien noch zu erleichtern, wurden in den „kleinen Finanzplan" auch drei „Luxussteuern" aufgenommen. Steuern auf Schaumweine (Champagnersteuer), auf Rennwetten (Totalisateursteuer) und auf Kraftwagen (Automobilsteuer).

Die Sozialdemokraten führten den Kampf zunächst gegen die Branntweinsteuer, die sie rundweg ablehnten. Um den Ländern die Mittel für die Erhöhung der Lehrergehälter zu verschaffen, forderten sie die Aufhebung der Liebesgaben an die Schnapsbrenner, womit mit einem Schlag ohne Belastung der ärmsten Teufel die für die Lehrergehaltsregulierung erforderlichen 40 Millionen Kronen gewonnen werden könnten. Nach einem harten Kampfe, der monatelang alle Leidenschaften im Volke aufwühlte, wurden die Anträge der Sozialdemokraten abgelehnt, die Erhöhung der Branntweinsteuer beschlossen.

Einen heftigen Kampf führten die Sozialdemokraten auch bei den anderen Steuern. Zwar nahmen sie die drei Luxussteuern an — wobei sie nur höhere Sätze beantragten — und stimmten auch dem Prinzip der Einkommensteuernovelle zu, aber der Kampf ging hier um eine Verbesserung, die von den Regierungsparteien abgelehnt wurde. Die Regierungsvorlage beruht auf folgenden Prinzipien: Die Einkommensteuer wird für die Einkommen von mehr als 10 000 Kronen erhöht, kinderlose Ehepaare, die mindestens 2400 Kronen (2000 Mk.) Einkommen haben, zahlen einen 10prozentigen, unverehelichte Steuerzahler einen 15prozentigen Zuschlag zur Einkommensteuer (Junggesellensteuer). Hier beschloß zunächst der Ausschuß auf Antrag der Sozialdemokraten, daß die „Junggesellensteuer" erst bei einem Einkommen von 4000 Kronen (3300 Mk.) gezahlt werden soll. Nur in diesem einen Punkt hatten die Sozialdemokraten im Ausschuß Erfolg. Abgelehnt wurden die Anträge, die die Steuerfreiheit des Kaisers, der Erzherzoge und der Offiziere sowie verschiedene Steuerprivilegien der Klöster und der Großgrundbesitzer beseitigen wollten. Abgelehnt wurden aber auch die Anträge, die die Steuersätze für die Einkommen von mehr als 100 000 Kronen (85 000 Mk.) erhöhen wollten, so daß die Steuer bei einem Einkommen von 500 000 Kronen statt der von der Regierung vorgeschlagenen 6,5 Proz. bereits 7,5 Prozent betragen würde, und der Antrag, der das „steuerfreie Existenzminimum" erhöhen sollte. Nach dem bestehenden Steuergesetz vom Jahre 1896 sind die Einkommen bis zu 1200 Kronen (1000 Mk.) von der Einkommensteuer frei und dieses „steuerfreie Existenzminimum" sollte auch nach der Regierungsvorlage unverändert bleiben. Die Sozialdemokraten beantragten aber, daß entsprechend der Verteuerung aller Lebensbedürfnisse das „Existenzminimum" auf 2000 Kronen (1600 Mk.) erhöht werde, eventuell auf 1600 Kronen (1350 Mark). Der Ausschuß lehnte diesen Antrag ab, da angeblich weder die Regierung noch das Herrenhaus eine Aenderung des „Existenzminimums" zulassen würde. Im Hause wurde aber mit 196 gegen 195 Stimmen der Antrag auf Festsetzung der Steuerfreiheit für Einkommen bis 1600 Kronen angenommen. Das Herrenhaus setzte das Existenzminimum wieder auf 1200 Kronen herab und beschloß außerdem kleine Steuererhöhung auch von den Einkommen zwischen 1200 Kronen und 10 000 Kronen. Die bürgerlichen Parteien agitierten gegen den Widerstand der Sozialdemokraten die Herabsetzung des Existenzminimums, lehnten aber die weiteren Aenderungen ab. Es kam zur gemeinsamen Konferenz beider Häuser und nachdem auch noch eine Intrige der Christlichsozialen — die über den sozialdemokratischen Erfolg in der Frage des Existenzminimums erbost waren — überwunden worden war, ist nun das Einkommensteuergesetz mit einem großen Erfolg der Sozialdemokraten fertiggestellt worden: Das Existenzminimum ist auf 1600 Kronen erhöht und damit mehr als eine halbe Million Steuerzahler — die, da sie zwischen 1200 und 1600 Kronen Einkommen haben, bisher Einkommensteuer zahlen mußten — von der Steuer befreit, überdies ist die Steuerprogression bei den Einkommen über 10 000 Kronen erhöht worden, wenn auch nicht ganz nach dem Antrag der Sozialdemokraten, so doch in Annäherung an diesen, so daß die Einkommensteuer bei den Einkommen von einer halben Million jährlich nun 6,7 Prozent (statt der bisherigen 5 Prozent, der von der Regierung vorgeschlagenen 6 Prozent und der von den Sozialdemokraten beantragten 7,5 Prozent) beträgt. Das einzige „Zugeständnis" an das Herrenhaus besteht darin, daß auch die Steuer auf die Einkommen zwischen 1600 und 10 000 Kronen etwas erhöht wurde, und zwar von 20 Hellern (17 Pfg.) bis zu 6 Kronen (5 Mk.) jährlich. Aber die bürgerlichen Parteien wüten, weil dieser Erfolg im Endkampfe ein Erfolg der Sozialdemokraten ist.

Politische Uebersicht.

Halle (Saale), 27. Januar 1914.

Dreiklassenärger über die Dienstbotenversicherung.

Im preußischen Abgeordnetenhause wurde am Montag eine freikonservative Interpellation beraten, die Beseitigung der Mißstände fordert, die bei der Versicherung der Dienstboten in den Ortskrankenkassen hervorgetreten seien. Die Redner der Junkerparteien, der Freikonservative Wagner und der Großagrarier Hahn konnten ein Bedürfnis für eine Dienstbotenversicherung bei dem bekannten Wohlwollen und der unbeschreiblichen Hilfsbereitschaft der Dienstherrschaften gar nicht einsehen und ergingen sich im übrigen sowohl in Lobpreisungen der gar nicht genug zu verherrlichenden deutschen Sozialpolitik, als auch in Angriffen auf die von der Sozialdemokratie angeblich mißbrauchten Ortskrankenkassen. Der Zentrumsabgeordnete Dr. Pieper erklärt als einziges Heilmittel gegen die Sozialdemokratie die Förderung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung. Die liberalen Redner, Dr. Cremer von den Nationalliberalen und Dr. Mugdan von den Fortschrittlern bekämpften zwar nicht die Sozialpolitik an sich, ließen es aber natürlich auch nicht an Behauptungen über sozialdemokratischen Mißbrauch der Krankenkassen fehlen. Der Handelsminister Dr. Sydow sprach ganz im Sinne der Rechten: die Landkrankenkassen mit ihrer nicht gewählten, sondern ernannten Verwaltung und ihren geringen Leistungen seien den Ortskrankenkassen vorzuziehen, weil die Beiträge geringer seien und im übrigen die Oberversicherungsämter schon das landesübliche scharfe Auge auf die sozialdemokratischen Kassenverwaltungen richten werden! Darob große Freude im Lager der Echtpreußen, der am Schluß Dr. Arendt Ausdruck gab. Genosse Braun legte in großen Zügen die Notwendigkeit dar, die das Reich zur Einführung einer gesetzlichen Dienstbotenversicherung gezwungen hat, er wies die Minderwertigkeit der Landkrankenkassen und die Unsachlichkeit derjenigen nach, die diesen Kassen aus parteipolitischen Gründen den Vorzug vor den Ortskrankenkassen geben.

Am Mittwoch wird der Landwirtschaftsetat weiter beraten.

Die Schuldenlast der Welt.

Unsere Kulturstaaten haben das Recht, so zu wirtschaften, daß ein Privatmann, der es ihnen an Schuldenmachen gleich tun würde, ohne Zweifel unter Kuratel gestellt würde. Dabei wird das Tempo, in dem die (öffentliche) Schuldenlast der Welt steigt, ein immer schnelleres. Der Internationale Volkswirt bringt darüber eine sehr interessante Zusammenstellung. Sieht man von den Kriegsjahren 1866 und 1870 ab, in denen den Völkern ungeheure Ausgaben auferlegt wurden und die für die zehnjährige Periode von 1862 bis 1872 eine Zunahme der durchschnittlichen jährlichen Verschuldung auf 4,28 Milliarden Mark zur Folge hatten, so zeigt die letzte Periode von 1897 bis 1913 bei weitem das stärkste jährliche Anschwellen der allge-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219140128-15/fragment/page=0001

meinen Schuldenlast. Denn während von 1872 bis 1882 die Weltschulden jährlich nur um 1,38 Milliarden Mark, von 1882 bis 1897 um 0,96 Milliarden Mark zunahmen, stiegen sie in der letzten Periode um 2½ Milliarden Mark jährlich und erreichten damit im Jahre 1913 die märchenhafte Höhe von 164 Milliarden Mark. Davon entfallen auf die wichtigsten Staaten:

Staaten	Einwohner (1913) in Millionen	1897 in Mill. Mark	1913 in Mill. Mark
Frankreich	40	24 480	25 426
Deutsches Reich u. Einzelstaaten	65	12 200	20 400
Rußland	164	7 900	19 278
Oesterreich-Ungarn	50	12 120	15 912
Großbritannien u. Irland	45	12 289	14 688
Italien	35	10 100	10 649
Spanien	20	5 660	7 956
Indien	315	2 929	6 120
Australien	5	3 400	5 569
Japan	50	1 900	5 304
Vereinigte Staaten	92	3 971	4 825
Brasilien	23	2 062	4 053
Belgien	7,5	1 830	3 264
China	400	1 080	3 060
Portugal	5,5	2 530	2 999
Türkei	17	1 600	2 611
Südafrika	6	752	2 387
Schweiz	4	70	1 272
Aegypten	11	2 080	1 938

Natürlich ist bei diesem Schuldenvergleich zu beachten, daß den Schulden in den einzelnen Ländern verschieden hohe werbende Anlagen (Eisenbahnen usw.) gegenüberstehen und daß das rapide Anwachsen der Schulden zum Teil auch durch solche Anlagen bedingt sein kann. Immerhin müssen wir die Finanzpolitik Frankreichs als die vorsichere gegenüber der Deutschlands erachten, wenn wir sehen, daß dieses Land seine große, vor allem aus dem Krieg 1870-71 herrührende Schuldenlast in den letzten 16 Jahren wenigstens nur um einen winzigen Betrag vermehrt hat, während Deutschland die seine nahezu verdoppelt hat. Heute kommt in Deutschland auf den Einwohner bereits eine Reichs- und Staatslast von rund 800 Mk. was einer Verzinsung von 15 Mk. oder für die Familie von durchschnittlich 70 Mk. entspricht. Und diese Schulden sind zum größeren Teile im Interesse des kulturwidrigen Militarismus eingegangen worden! Vergegenwärtigt man sich, daß diese Last im dauernden Steigen begriffen ist, so muß man wirklich schon die armen Enkel bedauern, die unter der ihnen von dem Wahnsinn der Väter auferlegten Zinsfron seufzen werden. Zu bemerken ist noch, daß die belgische Schuld so stark gewachsen ist, weil diesem Lande jetzt auch die Kongoschuld aufgebürdet wird, die der Schweiz wegen Verstaatlichung sämtlicher Bahnen. An eine Abtragung seiner Schulden hat nur Aegypten gedacht. Glückliches Land!

Revolutionsfeier in Rußland.

Aus Petersburg wird uns geschrieben: Der Gedenktag des Blutsonntags des Jahres 1905, an dem die Gewehrsalven vor dem Winterpalais der russischen Arbeiterklasse die revolutionäre Feuertaufe gaben, ist in diesem Jahre noch eindrucksvoller gefeiert worden, als selbst im vorigen Jahr. Ueber 170 000 Arbeiter haben nach mäßiger Schätzung in Petersburg allein gestreikt, hierzu kommen noch ungefähr ebensoviel aus der Provinz, namentlich aus den Ostseeprovinzen, in denen die revolutionäre Massenbewegung mit der Petersburgs Schritt hält. Welch einen gewaltigen Fortschritt bedeutet diese Kundgebung selbst im Vergleich mit dem Revolutionsjahr 1905, ganz zu schweigen von den nachfolgenden Jahren der schlimmsten Reaktion. Damals, am 22. Januar 1905, führte ein demagogischer Pope, gefördert von der Regierung, die Massen der Petersburger Arbeiterbevölkerung mit Zarenporträts und Heiligenbildern vor das Winterpalais, um den Zaren eine Petition zu überreichen, und nur der Druck der sozialdemokratischen Avantgarde der Arbeiterschaft hatte es vermocht, in diese Petition sozialdemokratische Forderungen hineinzustellen und so das Unternehmen des demagogischen Popen in eine Waffe der revolutionären Aufklärung der Arbeiterklasse zu verwandeln. Und jetzt? Jetzt bedarf es keiner künstlichen Mittel, um das Petersburger Proletariat in eine Kampfstellung hineinzubringen. Tief wurzelt in seinem Bewußtsein der unversöhnliche Haß zu dem bestehenden Regime; in den Schlachten der Revolution und noch mehr in den düsteren Jahren der Gegenrevolution hat es sein Klassenbewußtsein gefestigt, seine politische Einsicht, seinen Kampfesmut gestählt, und wo nur die Gelegenheit sich bietet, zertrümmert es in jugendlichem Elan die Schranken des Polizeistaats und demonstriert kühn, alle sonstigen Berechnungen außer acht lassend, für das Andenken der gefallenen Brüder, für den Aufstieg zur neuen Revolution.

Schon mehrere Tage vor dem 22. Januar machte sich, wie stets vor einem bedeutsamen Tag, eine intensive Tätigkeit der Polizei und der Gendarmerie bemerkbar. Haussuchungen und Verhaftungen verhinderten es aber doch nicht, daß die Fabriken und Werkstätten mit Aufrufen der beiden Richtungen der sozialdemokratischen Partei und der Sozialrevolutionäre übersät waren, in denen die Arbeiter aufgefordert wurden, am 22. Januar die Arbeit niederzulegen. Am Abend des 21. Januar fanden in einer Anzahl Fabriken (Baltische Fabrik, Starý Aiwas, Geißler, Promet, Putilow-Werke u. a.) große Meetings statt, auf denen der Streik beschlossen wurde. An demselben Tage fand in der Kanzlei des Stadthauptmannes eine Beratung der Polizeigewaltigen der Hauptstadt statt, auf der festgestellt wurde, daß die Polizei allein nicht imstande sein würde, etwaigen Demonstrationen vorzubeugen. Es wurde deshalb beschlossen, die Kosaken und die Gendarmerie zur Unterstützung heranzuziehen.

Schon in der Nacht zum 22. Januar wurden die Arbeiterviertel mit Polizeimannschaften zu Fuß und zu Pferde überschwemmt. Der Preobrashenski-Friedhof, auf dem die Opfer des Blutsonntags beerdigt sind, wurde von starken Kosakenabteilungen umzingelt. Am Morgen des 22. Januar wurden alle Zugänge zu der inneren Stadt von Polizei und Kosaken besetzt gehalten. Indessen vermochten alle Maßnahmen der Polizei weder den Streik zu verhindern, noch der Ueberflutung der inneren Stadt von streikenden Arbeitern vorzubeugen. Auf den meisten Fabriken gingen die Arbeiter, ohne die Arbeit begonnen zu haben, unter Absingen revolutionärer Lieder, auseinander. In den Arbeitervierteln nahmen die Demonstrationen auf den Straßen zuweilen ganz gewaltige Dimensionen an. Polizei, Gendarmerie und Kosaken trieben die Demonstranten auseinander, die sich aber immer wieder versammelten und bis spät abends auf den Straßen manifestierten.

Ein interessantes Bild bot wie immer der Newsky-Prospekt, die Prachtstraße der Residenz. Schon vom frühen Morgen war der Newsky in ein wahres Kriegslager verwandelt worden. Trotz aller Hemmnisse sammelten sich zahlreiche Arbeiter in der inneren Stadt an, um auf dem Newsky zu demonstrieren. Die Polizei drängte sie immer wieder in die Seitenstraßen zurück, es kam aber doch im Laufe des Tages zu einigen Manifestationsversuchen, von denen einer, an der Ecke des Newsky- und des Wladimirsky-Prospekt, einen großen Umfang annahm. Die Polizei drängte die Demonstranten zurück, indessen brach der Gesang nicht ab, vielmehr gruppierten sich die Manifestanten in der Mitte des Fahrdammes und rollten eine rote Fahne auf. Ein Trupp Schutzleute stürzte sich mit blanker Waffe auf die Demonstranten und trieb sie mit wütenden Schlägen auseinander. Erst gegen Abend vermochte die Polizei, die „Ordnung" auf dem Newsky wieder herzustellen.

Einen ähnlichen Umfang wie in Petersburg nahm die Revolutionsfeier in Riga an. Es streikten hier am 22. Januar über 80 000 Arbeiter, oder fast sämtliche Fabrikarbeiter. In den Vororten wurden von den Arbeitern rote Fahnen gehißt. Es kam im Laufe des Tages zu drei Demonstrationen auf den Straßen. An der einen, die neben der Fabrik Salamander stattfand, nahmen 1000 Personen teil. Eindrucksvoller war die Demonstration neben der Waggonfabrik Phönix, an der 5000 Arbeiter teilnahmen.

Weitere Streiks und Manifestationen werden gemeldet aus Moskau, wo 30 Betriebe mit zirka 10 000 Arbeitern streikten, aus Kiew, Nikolajew, Twer und Warschau.

Deutsches Reich.

— **Der Militarismus treibt zur Finanzkrisis.** Die Londoner Zeitung Daily Chronicle veröffentlicht eine Unterredung, die sein Spezialberichterstatter mit dem bayerischen Ministerpräsidenten Grafen Hertling über die Rüstungsfrage hatte. Graf Hertling sagte u. a.: Jeder mutige Staatsmann dürfe durchaus kein Hehl daraus machen, daß die wachsenden Rüstungen der europäischen Völker diesen solche Lasten aufbürden, daß in naher Zukunft eine Finanzkrisis eintreten muß.

Ob diese Aeußerung stimmt, steht dahin. Aber Hertling hat sich bekanntlich zweimal während der letzten Zeit in der bayerischen Kammer scharf und klar gegen weitere Vermehrung der Rüstungen ausgesprochen. Nur kehrt sich der Militarismus nicht nach seiner Meinung.

— **Der Kampf um das Korruptionssystem der Ostmarkenzulagen.** Aus Berlin wird gemeldet: Während das Zentrum den Ostmarkenzulagen in jeder Form abgeneigt ist, wird von den Konservativen, den Nationalliberalen und der Fortschrittlichen Volkspartei ein Antrag auf Bewilligung der Ostmarkenzulage vorbereitet zu dem Zweck, der Regierung Gelegenheit zur Verteidigung dieser Zulage zu geben. Die Sozialdemokratie bekämpft bekanntlich dies politische Zulagensystem aufs schärfste und fordert grundsätzlich gleiche Gehaltsverteilung über das ganze Reich.

— **Die Reichstags-Ersatzwahl in Borna-Pegau.** Da der Reichsverbandsgeneral von Liebert sein Mandat niedergelegt hat, um der zu erwartenden einstimmigen Ungültigkeits-Erklärung zuvorzukommen, ist im sächsischen Wahlkreise Borna der Wahlkampf bereits im Gange. Die sogenannten Reichsparteiler, d. h. die Konservativen, stellten Liebert wieder auf, während die Nationalliberalen beschlossen, den sächsischen Landtagsabgeordneten Nipschke kandidieren zu lassen. Für die Sozialdemokratie kandidiert bekanntlich Parteisekretär Genosse Rhysel-Leipzig.

— **Verbotener Jesuitenvortrag.** Ueber moderne Strömungen im Christentum wollte der Jesuitenpater Cohausz Anfang Februar in Osnabrück sprechen. Nach einer Meldung von dort untersagte die Polizei diesen religiösen Vortrag.

Das ist unerhört. Wir sind schärfste Gegner der Jesuiten und bekämpfen sie aufs schärfste. Aber wir sind gegen jede gewaltsame Unterdrückung — sei es gegen welche Partei oder Sekte immer.

— **Amtsrichter Knittel vor dem Reichsgericht.** Der Amtsrichter Knittel in Rybnik hatte sich bei den letzten Stadtverordneten- und Landtagswahlen für den Kompromißkandidaten des Zentrums und der Polen erklärt. Diese Stellungnahme erregte den Unwillen der militärischen Behörden. Knittel, der Reserveoffizier ist, wurde darauf zur Landwehr versetzt. Diese Versetzung empfand Knittel als Herabwürdigung seiner Persönlichkeit. Er schob die Schuld hierfür dem Bezirkskommandeur in Rybnik, dem Hauptmann Kammler, zu und beschwerte sich über das ihm zugefügte Unrecht bei dessen vorgesetzten militärischen Behörden. Diese Beschwerde hatte zur Folge, daß gegen Knittel ein Strafverfahren wegen „Beleidigung" des Hauptmanns Kammler eingeleitet wurde. Knittel hatte sich zunächst vor dem Amtsgericht in Ratibor zu verantworten, das ihm aber den Schutz des § 193 (Wahrung berechtigter Interessen) zuerkannte und zu einer Freisprechung kam. Im übrigen sah auch das Gericht den Wahrheitsbeweis für die Behauptung Knittels als erbracht an, daß Hauptmann Kammler bösartig geisteskrank sei. Das Reichsgericht hob jedoch das Urteil auf, und das Landgericht erkannte dann gegen Knittel wegen Beleidigung von vier Offizieren in jedem Beleidigungsfall auf je 600 Mark, im ganzen auf 2400 Mark Strafe. Gegen dieses Urteil legte jedoch Amtsrichter Knittel Revision ein und das Reichsgericht hatte sich am Montag zum zweiten Male mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen. Die Revision Knittels wurde verworfen.

Balkan.

Kriegsrüstungen der Türkei? Die Beziehungen der Balkanstaaten zueinander haben sich noch keineswegs so geklärt, daß man sich nicht noch auf Ueberraschungen gefaßt machen könnte. Namentlich zwischen Griechenland und der Türkei ist das Verhältnis noch immer recht gespannt. Hier bildet die Frage der Aegäischen Inseln das hauptsächlichste Streitobjekt, und es hat den Anschein, als ob die Türkei den griechischen Forderungen nicht nachzugeben gedenkt, ja sich auf die Möglichkeiten einer neuen kriegerischen Auseinandersetzung vorbereitet. Es heißt, daß die türkische Regierung umfassende Kriegsvorbereitungen trifft, die auf eine ernstliche Aktion schließen lassen. Gerüchtweise verlautet, daß die türkische Regierung mit einer Gruppe amerikanischer Finanzleute, die seit langem angedeutete Anleihe großen Stils durchgesetzt hat. Die amerikanische Gruppe erhält als Aequivalent die Erlaubnis zum Bau einer Eisenbahn und Bergwerksgerechtigkeiten längs der Bahn. Die Anleihe soll sich zwischen 600 bis 700 Millionen Frank bewegen. Durch die bisher von den Amerikanern gegebenen Vorschüsse sollen die Rüstungsarbeiten der Türkei bezahlt worden und auch überhaupt möglich gewesen sein.

Auch die Meldung von einem gegen Griechenland gerichteten bulgarisch-türkischen Bündnis, das wiederholt abgeleugnet wurde, taucht wieder auf. Auf die Haltung Griechenlands scheint das nicht ohne Einfluß zu sein. In Athen soll man nämlich die Notwendigkeit einer Verständigung mit der Türkei eingesehen haben, und zwar weil eine feindliche Haltung der griechischen Regierung den Interessen der in der Türkei lebenden Griechen verderblich werden könnte. Die offiziellen türkischen Kreise treten in der Inselfrage angeblich sehr sicher auf und glauben bestimmt, daß Chios und Mytilene der Türkei verbleiben werden.

Die Lage in Albanien ist nichts weniger als erfreulich und kann noch zu allerhand Verwicklungen führen. Sowohl die italienische wie die österreichische Regierung sollen die Absicht haben, eventuell militärische Maßnahmen zu ergreifen, wenn sich die Dinge in Albanien weiter zuspitzen sollten.

Der bulgarische Wahlkampf wird mit großer Heftigkeit geführt. Die Regierung bekämpft die Opposition u. a. damit, daß sie den Ausnahmezustand in Neu-Bulgarien auch während der Wahlen aufrecht erhält.

Als Protest gegen die Auflösung der Sobranje haben die sozialdemokratischen Gemeinderatsmitglieder von Sofia ihre Aemter niedergelegt. Bei der Demissionserklärung richtete das Gemeinderatsmitglied und früherer Sobranjeabgeordneter Redakteur Hristow unter dem Beifall der Zuhörer heftige Angriffe gegen den König Ferdinand, der bei Schuld an allem Unglück treffe.

Amerika.

Die Revolution in Haiti dürfte mit dem Sturze der gegenwärtigen Regierung enden. Die Regierung soll viel Geld verschleudert haben. Der Präsident verlangt die Ermächtigung zu einer Anleihe in Höhe von einer Million Dollar.

Der Kreuzer Vineta ist zum Schutze der deutschen Interessen nach Haiti abgegangen.

Im mexikanischen Bürgerkriege scheint das Kriegsglück sich wieder vorübergehend den Bundestruppen zugewendet zu haben, die angeblich bei Aviles im Staate Durango „einen großen Erfolg" davongetragen. 680 Rebellen wurden getötet und 300 gefangen genommen. Sieben Züge mit Kriegsmaterial aller Art sollen in die Hände der Regierungstruppen gefallen sein.

Präsident Wilson bezeichnete die Meldung, Konteradmiral Fletcher habe den Befehl erhalten, Truppen zu landen, um für den Fall von Huertas Sturz den Eisenbahnverkehr zwischen Merida-Stadt und Veracruz aufrecht zu erhalten, als „interessante Erfindung". Wilson erklärte, Huertas Herrschaft gehe langsam einem natürlichen Verfall entgegen.

Kleine Auslandsnachrichten. Eine fremdenfeindliche Bewegung ist unter den Chinesen der Mandschurei ausgebrochen. Die Fanatiker zerstörten die Aiguner Eisenbahn auf die Gerüchte hin, daß die Bahn an Europäer verkauft sei. Ueberall in der Mandschurei werden sogenannte Kampforganisationen gegen die Fremden gebildet.

Eine Ministerkrisis in Portugal. Der Präsident der Republik Portugal wird sich zur Bildung eines „Kabinetts der Sammlung" mit den Führern der Parteien beraten. Eine Ministerkrisis scheint nahe bevorzustehen.

Aus der Partei.

Zum siebzigsten Geburtstage Andreas Scheus.

Andreas Scheu, der Dichter begeisternder Arbeiterlieder, der alte unermüdliche Vorkämpfer des Sozialismus, der in drei Ländern zum Mitbegründer der sozialdemokratischen Partei wurde, begeht am 27. Januar (heute) in voller Frische seinen siebzigsten Geburtstag. Andreas Scheu ist 1844 in Wien als der Sohn eines rheinischen Möbeltischlers und Zeichners geboren, also ein Proletarierkind. Aber in ihm, wie in seinen beiden auch als Künstler bekannt gewordenen Brüdern, schlummerte von früh auf ein reiches Talent. Er wurde Vergolder und Zeichner, verzichtete aber auf eine geruhige Brotstelle, um sich schon in früher Jugend dem Kampfe für die Erlösung der Arbeiter zu widmen. Als 23jähriger ist er dem Sozialismus durch das Studium der Schriften von Marx und Lassalle schon so nahe gerückt, daß er als Agitator und Organisator der eben in der Gründung begriffenen sozialdemokratischen Partei Oesterreichs wirken konnte. 1870 wurde die öffentliche Tätigkeit Andreas Scheus jäh unterbrochen: die Wiener Arbeiter befanden sich im Kampfe gegen das Ministerium Taaffe und veranstalteten am 13. Dezember 1869 eine gewaltige Demonstration für freies Wahlrecht und für sozialistische Reformen. Der Schreck fuhr den Herrschenden in die Knochen, als die gewaltigen Massen über den Ring und vor die Regierungsgebäude wogten, und man griff sich die Führer, Andreas Scheu, Oberwinder, Most, Hartung und eine Menge anderer, verhaftete sie im März 1870 und verurteilte sie in einer vom 4. Juli 1870 ab wochenlang laufenden Schwurgerichtsverhandlung wegen Hochverrats zu Kerkerstrafen bis zu sechs Jahren. Andreas Scheu erhielt fünf Jahre Kerker. Das Ministerium Taaffe wurde bald darauf gestürzt, ein „Bürgerministerium" trat an seine Stelle, zu dem auch der bekannte Nationalökonom Schäffle gehörte, der in der Folge eine relativ objektive Schrift Die Quintessenz des Sozialismus schrieb, später aber Bismarckanbeter und vom Sozialistenkoller befallen wurde. Das „Bürgerministerium" mußte die pflichtschuldige Amnestie erlassen und so erlangte Andreas Scheu im Februar 1871 seine Freiheit wieder. Der Kampf für die Rechte der Arbeiterklasse, untermischt mit dem Kampf um seine eigene kärgliche Existenz, begann aufs neue; er war zunächst aussichtslos. Die österreichische Regierung hatte die Lehren des Sozialismus für staatsgefährlich erklärt und alle öffentliche Tätigkeit unterdrückt. Andreas Scheu entschloß sich 1874, nach England auszuwandern. Er mußte auch hier schwer um eine Existenz ringen, um so schwerer, als er keinen Augenblick zögerte, auch hier den Sozialismus unablässig zu propagieren. Er wurde auch zum Mitbegründer der englischen Sozialdemokratie. Selbst in Schottland rief er Organisationen ins Leben und wirkte dort für den Sozialismus.

Der internationalen Sozialdemokratie hat neben diesem unermüdlichen organisatorischen und agitatorischen Wirken Andreas Scheu seine herrlichen Gedichte beschert. — Seit 1911 lebt Andreas Scheu in Weimar, er hat sich nicht zur Ruhe gesetzt, noch fühlt er sich nicht alt. Er wirkt und schafft schriftstellerisch mit alter Energie. Die deutsche Arbeiterklasse, der internationale Sozialismus, wünschen ihm, daß ihm noch recht lange vergönnt sein möge, in gleich vorbildlicher Weise weiter zu wirken.

Gewerkschaftliches.

Blamierte Scharfmacher.

Die im Dienste des Unternehmertums stehende Presse versucht geflissentlich, wenn es gilt, das Wirken der Arbeiterorganisationen zu verunglimpfen, die einfachsten Tatsachen auf den Kopf zu stellen. Das zeigt mit erfreulicher Offenheit die jetzt nochmals in der Unternehmerpresse hier und da auftauchende Beurteilung des Kampfes im Malergewerbe. Die letzte Nummer der Arbeitgeber-Zeitung leistet sich etwas sehr viel in der Verdrehung der Tatsachen. Da wird versucht, den Reinfall der Scharfmacher mit ihrer Aussperrung in einen Mißerfolg der Gehilfen umzumünzen. In Wirklichkeit drängten nach elfwöchiger Dauer des Kampfes die Unternehmerführer, nachdem ihnen, nach ihren eigenen offiziellen Mitteilungen aus ihren Kreisen von allen Seiten „jammervolle Briefe" zugingen, zu neuen Verhandlungen. Und nun schluckten sie die erst in Grund und Boden verdammten und elf Wochen bekämpften Schiedssprüche und mußten sogar noch für eine Anzahl Städte eine darüber hinausgehende Lohnerhöhung zugestehen. Wenn das kein Reinfall der aussperrungssüchtigen Unternehmer ist, dann ist jeder verunglückte Kampf der Unternehmer schon von vornherein ein Sieg. Das trifft auch zu, wenn die Tatsache, daß die Kämpfe den Gewerkschaften Kosten verursachen, als Beweis dafür betrachtet wird, daß sie für die Arbeiter erfolglos waren. Denn die Unternehmerverbände zahlen in den meisten Fällen nichts, weil sie nichts haben, sind also nach der famosen Logik der Arbeitgeber-Zeitung immer die Sieger. Die Malermeister, die erst in die Aussperrung gehetzt und dadurch ungesetzliche Innungs- und Arbeitgeberverband-Strafen, durch Material- und Kunden-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191401 28-15/fragment/page=0002

sperre, gegen ihren Willen darin festgehalten wurden, erhielten keinen roten Heller Unterstützung. So mancher sieht vor dem wirtschaftlichen Ruin und denkt heute darüber ganz anders als zur Zeit der Aussperrung. Sie unterliegen jetzt vielfach dem Drangen ihrer Gläubiger und der durch den unsinnigen Kampf geförderten Schmutzkonkurrenz.

Wir sind aber außerdem noch in der Lage, aus dem Protokoll des Hauptverbandstages der Unternehmer des Malergewerbes (August 1913) zu Berlin die Meinung aus Unternehmerkreisen über ihren „Sieg" zu illustrieren. Dort sagte u. a. ein Unternehmerführer aus Magdeburg:

Nachdem bald 13 Wochen vergangen waren, wurden unsere Kollegen wankelmütig und mißmutig, und nach den großen Opfern war es nicht mehr möglich, ein andere Resultat zu erzielen. . . . **Die Gehilfenführer haben es ganz vorzüglich verstanden, uns in den April zu schicken.**

Ein Unternehmer aus Nordhausen sagte: „Unsere Kollegen glaubten, sie gehören einem starken Hauptverbande an, der geschlossen hinter ihnen steht. Das ist aber nicht der Fall." Ein Berliner Meister erklärte:

Ein oder zwei (!) Redner haben gesagt, wir hätten einen Erfolg errungen. Ich behaupte: es war eine ganz gehörige Niederlage. (Sehr richtig!) Der Arbeitgeberverband ist so zusagen niedergebrochen. **Ist es ein Erfolg, wenn wir das, was wir am Anfang haben konnten, nach dreizehnwöchentlicher Aussperrung unter ungeheuren Opfern annehmen mußten.** (Sehr richtig!)

Dann berichtete der Syndikus der Rheinländer: Es seien „tagtäglich die jammervollsten Briefe" an den Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes gerichtet worden, so daß er „nicht mit Lust und Liebe" die Interessen der Arbeitgeber vertreten habe. (Hört, hört!) Und der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes beklagte es, daß sechs Mann (die sechs Gauvorsitzenden) die Aussperrung einfach dekretiert hätten. Die Situation wäre immer bedenklicher geworden. **Die Organisation hätte gedroht, zum Teufel zu gehen.** Verschiedene Gauvorsitzende hätten Angst gehabt, den Ortsgruppen-Vorsitzenden die Situation ehrlich zu schildern. Ein Teil der sieben Hauptvorstandsmitglieder sei 10 Wochen mit dem Bewußtsein herumgegangen, durch ihre Beschlüsse die Arbeitgeber geschädigt zu haben. Es sei ihm Arbeitgeberverband etwas nicht in Ordnung, „aber niemand weiß, wo es steckt".

Einem Meister, der renommierte, er werde gegen die rote Flut anschwimmen, wurde „Ueberhebung" zugerufen. Ein Hamburger sagte: Wir haben es schwer empfunden, daß wir noch einen Extrakampf von vier Wochen durchfechten mußten. . . . Glauben Sie sicher, in Zukunft werden wir es uns überlegen, ob wir unter diesen Umständen wieder so stramm zur Fahne halten. (Sehr richtig! und Bravo!) Ein Unternehmer aus Barmen: Man hat uns zugemutet, einen Frieden einzugehen, der für uns schmachvoll war.

Dann warf man sich gegenseitig „Stänkerei", „Quengelei", „Disziplinlosigkeit" und anderes vor. Die Delegierten eines ganzen Gaues verließen unter Protest die Verhandlungen. Ein Führer sagte, **der Arbeitgeberverband habe die Neigung, auseinanderzufallen.** — Das ist inzwischen schon geschehen, denn das Haupttarifamt hat ihn gezwungen, einen ganzen Gau wegen Tarifbruchs auszuschließen und in anderen Gauen sind die Meister wegen des erlebten Mißerfolges in großer Anzahl ausgetreten.

Es ist also eine offenbare Blamage für die Arbeitgeber-Zeitung (diese wird von dem eigentlichen Treiber zu der verunglückten Aussperrung, der in Hamburg sitzt, inspiriert), nach all dem der Versuch zu wagen, die für sie vernichtenden Tatsachen ins Gegenteil umzudrehen.

Unterstützungen bei den freien Gewerkschaften.

Daß die Gewerkschaften zur Hebung und Linderung all der Not und des Elends, das längere Arbeitslosigkeit, Krankheit, Sterbefälle usw. im Gefolge haben, Riesensummen aufbringen, ist schon oft nachgewiesen worden. Wir wollen heute nur einmal zwei Verbände herausgreifen, um an der Hand der Zahlen zu zeigen, welch enorme Summen nötig sind, nur dem ärgsten Elend zu steuern. Da ist zunächst der Deutsche Transportarbeiterverband. Er zahlte an seine Mitglieder in dem Zeitraum von 1907—1912

1 719 197,09 Mark.

Der Deutsche Textilarbeiterverband zahlte seit seiner Gründung an

Rechtsschutz	76 871	Mk.	
Reise-Unterstützung	225 993	„	
Umzugs-Unterstützung	49 260	„	seit 1904
Kranken-Unterstützung . . .	2 216 108	„	seit 1901
Arbeitslosen-Unterstützung . .	577 369	„	seit 1909
Not-Unterstützung	34 699	„	seit 1907
Sterbe-Unterstützung	74 986	„	seit 1907
Zusammen:	3 255 286	Mk.	

Die Gewerkschaftsbewegung in Rußland im Jahre 1913.

In den kürzlich erschienenen Berichten der russischen Fabrikinspektoren für das Jahr 1912, wird die Zahl der Gewerkschaften zu Ende des Berichtsjahres auf 588 angegeben. Mangels einer geordneten Gewerkschaftsstatistik in Rußland ist es zurzeit unmöglich, diese Behauptung auf ihre Richtigkeit hin zu prüfen. Indessen weist, wie die Neue Arbeiterzeitung in Petersburg erklärt, eine Reihe von Umständen darauf hin, daß die Zahl der bestehenden Gewerkschaften von offizieller Seite stark übertrieben wird. Dasselbe Blatt gibt auf Grund der Chronik der Arbeiterpresse folgende Zusammenstellung der Gewerkschaften, nach einzelnen Berufen geordnet.

Am zahlreichsten sind, was bei den russischen Verhältnissen durchaus begreiflich ist, die Vereinigungen und Organisationen der Handlungsgehilfen. Im Einklang mit dem von verschiedenen Elementen durchkreuzten Charakter der Masse der Handlungsangestellten, gibt es denn auch Fachorganisationen der Handlungsangestellten, die dem Geiste des Klassenkampfes fremd, ja zuweilen feindlich gegenüberstehen. Gewerkschaften der Handelsangestellten, die auf dem Boden des Klassenkampfes stehen, gibt es zurzeit in Petersburg (drei Vereine), Wilna, Charkow, Bachmut, Mariupol, Rostow am Don, Novorossisk, Baku, Orenburg, Krasnojarsk, Werchneudinsk, Blagoweschtschensk, Iwanowo-Wosnesensk.

Nach den Handlungsgehilfen folgen die Arbeiter des Druckereigewerbes, deren Organisationen in folgenden Städten zu finden sind: Petersburg, Moskau, Ostseeprovinzen, Wilna, Witebsk, Kiew, Nowgorod, Rostow am Don, Bachmut, Tomsk, Baku, Blagoweschtschensk und Samara.

Die Metallarbeiter besitzen neun Gewerkschaften, und zwar in Petersburg, Riga, Jurjew, Wilna, Lodz, Kiew, Odessa, Rostow am Don und Tula.

Die Holzarbeiter besitzen Gewerkschaften in Petersburg, Moskau, Riga, Jurjew, Lodz, Kiew, Odessa, Rostow am Don und Saratow.

Die Bäcker und Konditoren besitzen acht Gewerkschaften, die Schneider ebensoviel, die Schuhmacher sechs, die Gastwirtsgehilfen fünf, die Textilarbeiter, die Bureauangestellten und die Pharmazeuten je 4, die Steinsetzer und Lederarbeiter je 3, die Bauarbeiter 2.

Ferner werden in dieser Statistik 25 weitere Gewerkschaften angeführt, die auf einzelne Berufe und Industrien entfallen. Diese Statistik ist zwar noch lückenhaft, sie entspricht aber jedenfalls weit eher der Wirklichkeit als die schönfärberische Statistik der Fabrikinspektoren, der offenbar die Tendenz zugrunde liegt, zu zeigen, daß die Arbeiter sich auch unter dem bestehenden Vereinsgesetz gewerkschaftlich zu organisieren vermögen. Zeigt schon die oben angeführte Statistik, wie falsch diese Auffassung wäre, so würde sie noch mehr bekräftigt werden durch eine nähere Schilderung der Einschränkungen und behördlichen Verfolgungen, die die Arbeiter im Kampfe um die Existenz ihrer Gewerkschaften und um die Verwirklichung ihres „Vereinsrechtes" zu überwinden haben.

Der Sekretär der Holzarbeiter-Internationale, Leipart-Berlin, berichtet in deren Internationalen Bulletin über den Stand der Organisationen. Danach gehören der internationalen Organisation der Holzarbeiter zu Beginn des Jahres 1913 37 Verbände mit 3409 Ortsgruppen und 307 548 Mitgliedern an. Im Berichtsjahre betrug die Gesamteinnahme dieser Verbände über 15 Millionen Frank. Von 20 Verbänden wird über die Streiks und Aussperrungen berichtet. Danach waren 60 293 Mitglieder an 1143 Arbeitseinstellungen beteiligt. 681 Bewegungen wurden mit vollem, 261 mit teilweisem und 182 ohne Erfolg beendet. Der Internationale sind die Holzarbeiterorganisationen in Amerika und Australien noch nicht angeschlossen.

Vom Kampfe der österreichischen Buchdrucker. Um die seit einiger Zeit herrschenden Differenzen im Buchdruckgewerbe beizulegen, finden am 28. Januar im Handelsministerium in Wien unter der Leitung des Sektionschefs Dr. Mataja Besprechungen zwischen den Vertretern der Unternehmer und der Gehilfenschaft statt. Gleichzeitig hat das Handelsministerium das Tarifamt der deutschen Buchdrucker zu Berlin eingeladen, einige seiner Mitglieder als Sachverständige zu den Besprechungen zu entsenden.

Streiks und Aussperrungen 1912 in Oesterreich. Nach dem offiziellen Bericht über die Streiks und Arbeitseinstellungen in Oesterreich zählte man im Jahre 1912 761 Streiks (1911: 706) mit 120 953 (122 001) Beteiligten in 2818 (3507) Betrieben. Im Durchschnitt haben 57 (64) Prozent der in den bestreikten Betrieben beschäftigten Arbeiter die Arbeit niedergelegt, so daß in dieser Beziehung eine Verschlechterung eingetreten ist. Die größte Zahl der Streiks entfällt auf das Baugewerbe mit 130, dann folgen die Industrie der Steine und Erden mit 86, Metallindustrie mit 83, Holzindustrie mit 77, Bekleidungsindustrie mit 72, Textilindustrie mit 71, Bergbau mit 67 und Maschinenindustrie mit 64 usw. Der längste Streik währte 274 Tage, doch betrug die Durchschnittsdauer nur 17 Tage.

Der Streik der Kohlenfahrer Londons. Sir George Askwith, Chefkommissar für die Industrie, hat seine Vermittlung in dem Kohlenarbeiterstreik angeboten. Die Kohlenträgerunion will sein Angebot morgen in Erwägung ziehen; die leitenden Mitglieder des Kohlenhändlerverbandes haben aber schon erklärt, daß die Kohlenhändler mit einer Ausnahme fest entschlossen wären, keine weitern Zugeständnisse zu machen, nachdem sie alles, was möglich gewesen wäre, bereits zugestanden hätten. Die Kohlenträgerunion hat beschlossen, Erlaubnisscheine für die Versorgung der Hospitäler mit Kohlen auszustellen, falls die Ablieferung unter Aufsicht von Unionsmitgliedern geschieht.

Soziales.

Die Ziege für Schulbücher gepfändet!

Zur Forderung: Kostenfreie Lieferung der Schulbücher an kinderreiche Familien, mit der sein einiger Zeit im Lager der christlichen Gewerkschaften die Mitglieder über ihr Elend hinweggetäuscht werden sollen, bringt der Bergknappe eine Zuschrift aus Mitgliederkreisen, die als Kulturskizze viel bedeutsamer ist, als der Bergknappe ahnt. Man höre:

. . . . In den Monaten April und Mai 1913 verlangte der Lehrer meiner Kinder, daß sie neue Schulbücher mitbringen sollten. Als die Kinder in den ersten Tagen noch keine Bücher brachten, erhielten sie vom Lehrer einige Ohrfeigen. Ich ging zum Lehrer und fragte, ob er denke, die Kinder würden mir durch die Schläge Geld ins Portemonnaie schaffen, wenn keins drinnen sei. Nein, sagte der Lehrer, ich dachte aber, wenn die Kinder bestraft würden, würden die Eltern die Bücher beschaffen. — Auf meine Bemerkung, ich sei zurzeit außerstande, neue Bücher anzuschaffen, weil ich arbeitslos sei, erwiderte der Lehrer, daß er dann die Sache dem Bürgermeister melden müsse. . . . Seit Vorstellungswerden beim Lehrer hatten die Kinder Ruhe. Eines Tages kamen sie jubelnd und voller Freude nach Hause. . . . Sie hatten unerwartet von einem unbekannten Wohltäter neue Schulbücher geschenkt bekommen. . . . Kommt da einige Tage später ein Schreiben an vom Bürgermeisteramt, die Bücher seien aus Gemeindemitteln beschafft worden und würde ich aufgefordert, sie innerhalb drei Tagen zu bezahlen, andernfalls gerichtlich gegen mich vorgegangen werden würde. Ich bat den Bürgermeister um Ausstand und bekam solchen auf 14 Tage; dazu die Bezeichnung „Drückeberger" obendrein. . . .

Der Schreiber schildert dann, wie er von dem Polizeibeamten am Bahnhof in ein förmliches Verhör genommen worden sei, als er nach Ablauf der Frist noch kein Geld gehabt hätte, die Bücher zu bezahlen und daß er dieserm vorgerechnet, daß das ganze Einkommen der dreizehnköpfigen Familie aus dem Verdienst der vier schulentlassenen Kinder von zusammen monatlich 46 Mk. betragen habe. Und weiter hat der Mann, wie er schreibt, dem Polizeibeamten berichtet:

„Mein Lohn beträgt 3,50 Mk. Ich bin 46 Jahre alt, habe seit 30 Jahren ein doppeltes Bruchleiden, bin eine schwächliche Person, werde alle Morgen um 3½ Uhr geweckt, mache mich um 4 Uhr auf den Weg zu einer entfernt liegenden Grube und komme abends um 8 Uhr von meiner zwölfstündigen Schicht erst wieder heim. Wo da die „Drückebergerei" liegen soll, weiß ich nicht. Meine Frau schenkte mir 14 Kinder. Davon sind drei gestorben. Von den elf lebenden sind vier schulentlassen, fünf gehen zur Schule und zwei sind noch nicht schulpflichtig. . . . . Eines Tages kommt er (der Beamte) in meine Wohnung und fragt meine Frau, ob er den Lohn ihres Mannes oder den der Kinder wegen der Schulbücher mit Arrest belegen solle. Meine Frau hat es ihm freigestellt. . . . Doch der Lohn wurde nicht mit Arrest belegt. Statt dessen wurde mir meine Ziege gepfändet. Jetzt galt es, die Ziege zu retten. Ich mache den einstündigen Weg zum Bürgermeisteramt. Der Bürgermeister weilte in Urlaub. Ich hatte Glück. Sein Stellvertreter fühlte ein menschliches Rühren ob der Not eines armen Mannes. Er beruhigte mich wegen der Ziege und gewährte mir weiteren Aufschub. . . . Ich konnte dann die Bücher bezahlen, mußte jedoch auch die Mahn- und Pfändungsgebühren zahlen. . . ."

Da hätten wir also einen christlich-nationalen Arbeiter und Familienvater, wie ihn Kirche und Staat sich nur wünschen können. So geht es einem, der elf Kinder dem „Vaterlande" geschenkt hat und dabei bettelarm geworden ist!

Keine Entlassung von Eisenbahnarbeitern.

In einem Erlaß des Ministers der öffentlichen Arbeiten hieß es u. a.: „Insoweit eine sofortige Verminderung des Personals nicht möglich sei, sollen wenigstens die erforderlichen Vorbereitungen getroffen werden." In der Tagespresse wurde darauf bewiesen und die Befürchtung ausgesprochen, daß Arbeiterentlassungen angeordnet oder wenigstens geplant seien. Wie jetzt halbamtlich gemeldet wird, kommt hier jedoch lediglich eine Verminderung des Zugpersonals in Frage, das selbstverständlich einer anderen Stelle, an der Bedarf besteht, überwiesen werden soll. Im übrigen sei bezüglich des Arbeiterpersonals der Staatseisenbahnverwaltung noch auf eine ausdrückliche, schon seit Jahren bestehende Anordnung des Ministers der öffentlichen Arbeiten hingewiesen, wonach Aushilfsbedienstete und Arbeiter, die infolge des Verkehrsrückganges und der dadurch hervorgerufenen Abnahme der Dienstgeschäfte auf den Bahnhöfen oder an anderer Stelle entbehrlich geworden sind, aus diesem Anlaß unter keinen Umständen aus dem Eisenbahndienst entlassen werden dürfen. Solche Bedienstete sind vielmehr an anderer Stelle zu beschäftigen und überall da zu verwenden, wo infolge des natürlichen Ausscheidens von Arbeitskräften Bedarf eintritt.

Aus dem Saalkreise.

Diemitz. Mittwoch, den 28. Januar, findet hier im Gemeindehaus, nachmittags 6½ Uhr, eine Gemeindesitzung statt.

Ammendorf. Sozialdemokratischer Verein. Der 2. Bezirk hält am Mittwoch, den 28. Januar, abends 8½ Uhr, im Talschlößchen Radewell eine Mitgliederversammlung ab. Da unter anderem die Gemeindevertreter-Wahlen auf der Tagesordnung stehen, ist das Erscheinen aller Mitglieder notwendig. Die Straßen-Vertrauensleute werden gebeten, für ihren Bezirk die Wählerlisten einzuziehen. Für Ölendorf bei Karl Rothe, Hauptstraße 6, für Radewell bei Otto Oswald, Konsum-Verkaufsstelle.

Könnern. Stadtverordnetensitzung. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurden die neu- resp. wiedergewählten Stadtverordneten eingeführt und durch Handschlag verpflichtet. Die Vorsteherwahl ergab die Wiederwahl des bisherigen Vorstehers Rentier Laue, als Stellvertreter wurde Gutsbesitzer Fehse gewählt. Von der Wahl der Kommissionen wurde noch Abstand genommen. Bei dem Dutzend Stadtväter ist es auch nicht so leicht, die vielen Kommissionen glatt zu besetzen, denn jeder glaubt sich durch Arbeit überlastet. Der aus den Stadtverordneten Sparing, Laue und Thorwest zusammengesetzte Finanzausschuß soll die Vorschläge für die einzelnen Kommissionen zusammenstellen. Auch wurde diesem Ausschuß die Vorberatung einer Geschäftsordnung für das Plenum übertragen. Die aus dem Jahre 1870 stammende alte Ordnung, die, wie es schien, keinem Stadtverordneten bekannt war, soll unmodern sein. Hoffentlich binden sich die Stadtverordneten durch die neue nicht selbst die Hände, sondern sorgen dafür, daß dem Einzelnen auch etwas Bewegungsfreiheit garantiert wird. — Wie noch erinnerlich sein dürfte, ist im vorigen Herbst die Erweiterung des Wasserwerks um zwei Brunnen beschlossen worden. Diese sollen auf eisenbahnfiskalischem Gelände bei der Station Gnölbzig angelegt werden. Der Eisenbahnfiskus will das auf unbestimmte Zeit gestatten mit der Maßgabe, daß die Station Gnölbzig mit Trink- und Wirtschaftswasser von diesen Brunnen aus gespeist wird. Die dazu benötigte Rohrleitung will der Fiskus selbst bauen lassen. Der Magistrat wurde beauftragt, den Vertrag in diesem Sinne abzuschließen. — Dann wurde noch beschlossen, dem Obstbauverein Könnern-Alsleben beizutreten, für die Armen im Ueberschwemmungsgebiet 20 Mk., und für den hiesigen Geflügelzuchtverein 25 Mk. aus dem Stadtsäckel zu opfern. Bemerkenswerte Ausführungen machte der Bürgermeister noch über den in nächster Sitzung zu beratenden Etat. Er führte aus, daß es in diesem Jahre nicht möglich sei, den Etat ohne Steuerzuschlag zum Balancieren zu bringen. Das Jahr 1911 mit seiner Trockenheit habe einen erheblichen Steuerrückgang gebracht; davon sollen an die Zuckerfabrik allein zirka 4000 Mk. entfallen. Auch sei eine Herabsetzung der Grund- und Gebäudesteuer geplant. Um wieviel die Gemeindeeinkommensteuer heraufgesetzt werden soll, wurde nicht gesagt. Ueber die Folgen dieser Maßnahmen muß man sich klar werden. Das bedeutet nämlich nichts anderes als eine Entlastung der Großgrundbesitzer und Großeigentümer und eine erhebliche Belastung der Armen. Hoffentlich besteht der Verein für städtische Interessen auf seinem Beschluß und verlangt die rechtzeitige Veröffentlichung des Etats im Anzeiger; denn sonst kann es wieder vorkommen, daß, wie vor einigen Jahren, nicht ein einziger Stadtverordneter den Etat vorher eingesehen hat. Oder soll der neugeschaffene Finanzausschuß der vermittelnde Faktor sein?

Versammlungsberichte.

Transportarbeiter, Halle. Unsere Generalversammlung, die am Sonntag, den 25. Januar, im neuen Saal des Volksparks tagte, war außerordentlich stark besucht. Es mochten gegen 500 Mitglieder anwesend sein und eine ganze Anzahl mußte wegen Ueberfüllung des Raumes umkehren. Zur Tagesordnung standen die Berichte vom 4. Quartal und vom Jahre 1913, ferner Neuwahlen der Funktionäre und Verschiedenes. An der Hand des zur Ausgabe gelangten gedruckten Jahresberichtes war es den Anwesenden leicht, den mündlich gegebenen Berichten zu folgen. Die Revisoren bestätigten die Richtigkeit der Bücher und Kassen und wurde nach einsetzender Diskussion deren Antrag, der Geschäftsleitung Entlastung zu erteilen, einstimmig angenommen. Die Neuwahlen der Ortsverwaltung, der Revisoren, der Kartell- und Festausschußmitglieder ging glatt von statten, indem alle bis auf zwei bereits amtierenden Kollegen wiedergewählt und an Stelle der zwei ausgeschiedenen die Kollegen Kretzmann und Schmidt neugewählt wurden. Hierauf wurde das Arrangement des am 14. Februar in den Sälen des Volksparks stattfindenden Wintervergnügens gutgeheißen und ein Antrag der Ortsverwaltung, dem Hauptvorstand 2000 Mk. aus der Lokalkasse zum Bau des Verbandshauses in Berlin extra zu überweisen, ebenfalls einstimmig akzeptiert. Nachdem dann noch auf die im neuen Jahre einzuleitende Agitation und auf die übrigen großen Aufgaben, die wir im laufenden Jahre zu erfüllen haben, hingewiesen und die Gesamtmitgliedschaft zur tätigen Mitarbeit aufgefordert worden war, wurde die äußerst anregend und interessant verlaufende Versammlung mit einem kräftigen Hoch auf unserm Verband geschlossen. — Nach der Versammlung folgte ein gemütliches Beisammensein statt, wobei einige Mitglieder und Jugendgenossen mit herrlich vorgetragenen Mandolinen- und Theatervorträgen unterhielten.

Eine reizende Neuheit, welche die Kinder spielend Geschicklichkeit erlangen läßt und gleichzeitig Anregung verschafft, erhält auf Wunsch jeder Leser dieser Zeilen kostenfrei von Nestles Kindermehl-Gesellschaft, Berlin W. 57. Es ist dies eine Ausschneidepuppe mit drei verschiedenen allerliebsten Gewändern, womit die Kinder sehr gern und lange spielen. Auf Wunsch wird auch eine Probedose des berühmten Kindermehles umsonst beigefügt. *3037

Eine hochinteressante Weltreise für alle Leser des „Volksblattes" nur 15 Pfg. pro Woche.

Was regt den Geist von neuem an, bringt Frohsinn und Schaffensfreude wieder? — — Reiselust und Reisen! Wir wollen erfahren, wie die Welt in Wirklichkeit mit all dem Reichtum ihrer Naturschönheiten aussieht, und wie die Menschen darauf leben. Wer Zeit und Geld hat, der reist. Aber wie viele können dieses überhaupt und sollen sie es sich versagen? Nein? Trete daher jeder mit uns getrost die Weltreise an und lerne die Pracht der Natur, die Sitten und Gebräuche der verschiedenen Menschenrassen, ohne Reisebeschwerden, teure Ausrüstungen und Reisegelder, kennen. Er kann alles im gemütlichen Heim für nur 15 Pf. pro Woche, durch unsere illustrierte Zeitschrift „Durch alle Welt" genießen. Um der Reise besser folgen zu können, erhalten alle Abonnenten außerdem in Lieferungen einen großen

Universal-Handatlas gratis.

Derselbe enthält über 320 Voll- und Nebenkarten. Sobald Sie den Bestellschein ausgefüllt und eingesandt haben, wird die Reise angetreten.

Bestellschein für die Leser des Volksblattes.

An die Volks-Buchhandlung, Halle (Saale), Harz 29. *3042

Abonniere „Durch alle Welt", wöchentlich ein Heft à 15 Pf. durch Boten frei ins Haus.

Name: _____ Ort: _____

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191401 28-15/fragment/page=0003

Walhalla-Theater

Anfang 8 Uhr.
Heute, Dienstag, unter Leitung des Komponisten
Walter Kollo:
Der Liebesonkel
Glänzende Ausstattung! 40 Personen!
Tageskasse von 10—1½ und 4—6 Uhr. 6628

Zentral-Theater Leipzigerstrasse.
Ab Dienstag bis Freitag:
Ein Drama aus dem Baskenlande.
Ergreifendes Drama in 3 Akten. 6622

Merseburg.

Freitag den 30. Januar 1914, abends 8 Uhr,
in der Kaiser Wilhelms-Halle:

Große öffentliche
Protest-Versammlung.

Tagesordnung:
Das Koalitionsrecht in Gefahr.

Referent: **Otto Kilian**-Halle (Saale).

Freie Diskussion. **Freie Diskussion.**

Arbeiter und Bürger Merseburgs! Erscheint Mann für Mann in dieser wichtigen Versammlung. Es gilt die Angriffe der Gegner auf die Lebensfrage der Arbeiterschaft abzuwehren und dieselbe zu verteidigen.
Massen heraus! Auf zum Protest.

Die Einberufer.

HALLISCHER DÜRER-BUND.
Donnerstag den 29. Januar abends ½9 Uhr im St. Nikolaus:
6624
= Vortrags-Abend. =
Architekt K. Rauchbach: „Der Trödel".
Prof. Dr. G. Riehm: „Halle in den 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts". (Mit zahlreichen Lichtbildern.)
Eintritt 25 Pfg.

Altenburger Hof. Altenburger Hof.
Grosser Bockbier-Rummel.
Orientalische Bauernkapelle „Tipp topp". *3039

Nur noch bis Sonnabend
6630 dauert der
Total-Ausverkauf
zu aussergewöhnlich billigen Preisen.

Noch grosse Vorräte in:
Tischtüchern, Handtüchern u. Servietten, Leibwäsche, Damen- u. Herren-Kleiderstoffen, Mantelstoffen.

S. Sommer,
10 Oleariusstraße 10
am Hallmarkt, neben Volkslesehalle.

Daselbst werden **sehr billig verkauft:**
Diverse Regale, Ladentische, Tische und Bureaumöbel.

Michel
Michel—Brikets
anerkannt beste Marke.
Jahresproduktion 1914-1915 125 000 DW.
Zu haben beim *2798
Halleschen Kohlen- und Brikett-Kontor
Merseburgerstrasse, Ecke Schmiedstr. — Tel. 3939 —
u. **Allgemeinen Konsumverein** und dessen Filialen.

— Heizt —
SAALE-Briketts.
In den meisten Kohlen-Handlungen zu haben.
Gross-Vertrieb: **Leipziger Kohlen-Kontor, G. m. b. H.,**
Leipzig, Lagerhofstrasse. Tel. 8522.
*3024

VOLKSPARK
Sie speisen gut, appetitlich und preiswert im eigenen Heim der Halleschen Arbeiterschaft.
Reichhaltiger, kräftiger und wohlschmeckender, guter
Mittagstisch
von 50 Pfg. an. f.

Unsern neuesten
Möbel
Katalog 1914
senden wir Ihnen auf Verlangen
umsonst.
Wir verkaufen Möbel, Betten, Wäsche, Herren- und Damen-Garderobe etc. auf bequeme Teilzahlung und richten die Zahlungsweise ganz nach Wunsch der Käufer ein.
Eichmann & Co.
Gr. Ulrichstr. 51,
Eingang Schulstrasse
Halle a. S.
6 Schaufenster.
3258

+ Frauen +
erhalten b. kr. Störung, Blutstockung, Weißfluß, alle anerkannten Präparate, sanitär. Artikel, Spülapparate billigst von der Genfer Fa.
Dr. Conrad Scheidig,
Halle a. d. S., Graseweg 3a, pt. l.
Frau Böhnert. Rückporto.
Nachnahmeversand. [2524

Wollen Sie sparen?

4803
Dann tragen Sie meine **„Zelida-Dauer-Wäsche"**.
Nur die echte Zelida-Dauer-Wäsche und Qualität Z, extrastark, ist das Beste u. Billigste im Gebrauch, im Aussehen das Eleganteste, im Tragen das Dauerhafteste.
Kragen von **50** Pf. an.
„Ein Versuch überzeugt!"
E. Kertzscher,
untere Leipzigerstr. 26
(nicht Ecke Poststrasse),
Gr. Ulrichstrasse 63
(vis-à-vis Arnold & Troitzsch).

Soeben erschien:
Protokoll
über die
Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Jena 1913.
Preis: Mk. 1.25.
Zu beziehen durch die **Volksbuchhandlung**, Halle (Saale), Harz 29.

Böttcher-Waren dauerhaft u. billig.
P. Horlebeck, Kleine Ulrichstraße 1/2 und Dachritzstraße 5.
36 Rabattmarken.

Wollene Schlafdecken 6629
in weiss und farbig.
Echte Kamelhaardecken, Reisedecken, Fenster-Mäntel, Fenster-Fries.
Grosse Auswahl. Billigste Preise.
Brummer & Benjamin
Grosse Ulrichstrasse 22/24.

Voll-Heringe
ganz besonders **zart** und **schön** im Geschmack
8 Pfg.
*3040
F. Beerholdt, Bechershof 8, dicht am Markt.
Kolonialwaren. Fernruf 1040.

Theater- und Maskengarderobe-Verleih-Geschäft von

Zeugner & Riedel,
vorm. **Gottschalk,** 6207
Halle (Saale), Grosse Ulrichstr. 55,
hält seine reichhaltige Auswahl neuer, feiner
Herren- u. Damen-Maskenkostüme
bei solider Preisstellung bestens empfohlen.

M. Söffners
Theater- u. Masken-Garderobe-Verleih-Geschäft befindet sich jetzt nur
Königstrasse 5, I. Etage,

ganz in der Nähe des Leipziger Turms. — Halte mich Privaten und Vereinen, bei billigsten Preisen, bestens empfohlen. 6190

In der **Rosen-Apotheke,** Merseburgerstr. 112 Fernsprecher 3264
werden **Rezepte aller Krankenkassen** angefertigt; Rezepte von Spezialärzten, sowie die in den Kliniken u. Krankenhäusern verschriebenen Rezepte werden ebenfalls in der Rosen-Apotheke angefertigt. 6623
Niederlage sämtl. Verbandsachen u. Spezialitäten.
Fabriken und Wiederverkäufer erhalten Engros-Preise.

Die Hausfrau zur Freundin spricht:
Meine Wäsche hält jetzt nicht.
Ich kann es nicht begreifen,
Verwendest Du wohl scharfe Seifen?
Bei meiner Wäsche gibt's das nit,
Ich wasche nur m. Hydraulith
Man hat viel dabei gespart,
Denn **Hydraulith** ist mild u. hart.
— Ueberall erhältlich! —
4050

Hühner 13er Frühbrut, gute Eierleger, Farbe nach Wunsch, u. Gar. leb. Ank., tierärztl. unters., m. schön. gr. Hahn, 15 St. 33 M., 12 St. 27 M., 8 St. 18 M., Probepostk. 3 St. 7.50 M. **A. Mandel,** Berl.n-Hohenschönhausen, Steindamm Nr. 63. [*3041

Möbeltransporte jeder Art besorgt billig **R. Weihmann,** 6306
Bernhardystr. 35. Fernruf 1708.

Mittwoch: Schlachtefest.
C. Wilke, 42
Triftstraße 2.

Sozialistische Erziehung im Hause.
Von Käte Dunker.
Preis 40 Pf. Preis 40 Pf.
Zu beziehen durch die
Volksbuchhandlung
Halle (Saale), Harz 29.

Der Zusammenbruch.
Die Seeschlacht bei Borkum u. Helgoland.
Von einem deutschen Marineoffizier.
Mit 3 farbigen u. 95 im Text eingedruckten Abbildungen.
Preis 1 Mark.
Wie das Buch **Das Menschenschlachthaus**, Preis 1 Mark, die Greuel und Verwüstungen eines Landkrieges schildert, so werden in dem Buche **„Der Zusammenbruch"** die Verwüstungen durch Panzerschiffe, Unterseeboote und Flugzeuge in Wort und Bild geschildert.
Zu beziehen durch die **Volksbuchhandlung**, Halle (Saale), Harz 29.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.
Montag den 26. Januar cr. verstarb nach langem Leiden unser Mitglied, Frau
Therese Freitag,
im Alter von 44 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihr 6627
Die Mitglieder der Zahlstelle Halle (Saale).

Apollo-Theater.
Nur noch 5 Tage:
8 Malmsten,
Radfahrkünstler 1. Ranges.
5 Schwäbischen Singvögel.
Rudolf Mälzer.
6636 **6 Marnos,**
hervorr. Schleuderbrettakrob.
Carl Schmitz in der tollen Burleske: **„Schwindelmeier"**,
u. d. übrigen gr. Attraktionen.
Voranzeige für 1. Februar:
Amerikas grösste Sensation!
Das Unterseeboot.
Ein Marine-Ereignis in 1 Akt von Moreux u. Perard.
Ausgeführt v. d. Bert Bernard Co.
In London über 1000 Aufführungen!

Stadttheater Halle (S.)
Fernruf 1181.
Direktion: Geh. Hofrat Richards.
Mittwoch d. 28. Januar 1914:
139. Vorst. im Abonn. 3. Viert.
Novität! Novität!
Zum 2. Male:
Das Buch einer Frau.
Lustspiel in 3 Akten von Lothar Schmidt.
Kassenöffnung 7, Anfang 7½ Uhr, Ende vor 10 Uhr.

Donnerstag d. 29. Januar 1914:
140. Vorst. im Abonn. 4. Viertel.
Martha
oder: Der Markt zu Richmond.
Romantisch-komische Oper in 4 Akten von Friedrich von Flotow.

Bitte probieren Sie
Nr. 60
Fehlfarben einer 10 ₰-Zigarre
10 Stück 70 Pfg.
Ansprechendes Format.
Weisser Brand.
Feines Aroma. F.
Joh. Sanow
Nachfl., H. Spengler
Geiststrasse 5.
Gegr. 1887.

Mit 4 Stück Obermeyer's Med. Herba-Seife hat Herr Postass. Panzlaff in P. seine *3036 jahrelangen trockenen
Flechten
beseitigt. Herba-Seife à Stück 50 Pf., 30% verstärktes Präparat 1 Mk. Z. h. i. d. Apotheken, Drogerien und Parfümerien.

Standesamtliche Nachrichten.

Halle-Süd (Steinweg 2), 26. Jan.

Aufgeboten: Arbeiter Herzog u. Marie Werther (Eichendorffstraße 20 u. Böllbergerweg 28/29). Maler Bäumling u. Anna Döring (Jakobstr. 41 u. Hardenbergstr. 22). Arbeiter Heine u. Emilie Gorgas (Beesenerstr. 15 u. Lilienstr. 13). Arbeiter Schulze und Ernestine Schneider (Mühlgasse 5 u. Bäckerstraße 9). Gerichts-Assess. Schröcker u. J. Hartung (Halle u. Berlin-Dahlem). Bureau-Vorsteher Steindel u. Hedwig Ernst (Halle und Magdeburg).

Eheschließungen: Gymnasial-Oberlehrer Dr. phil. Schäfer und Dora Stümpfel (Berlin-Friedenau und Hackebornstr. 2). Kaufmann Schulze u. Elisabeth Zeise (Glauchaerstraße 71a u. Robert Franzstraße 8).

Geboren: Friseur Wilhelm S. (Kansteinstraße 10). Geschirrführer Fritsche Zw.-S. (Schwetschkestraße 31). Gummiarbeiter Kriegel T. (Dieskauerstraße 5). Bahnarbeiter Stöhr T. (Dieskauerstr. 1). Kupferschmied Hundt T. (Herrenstraße 6). Kaufmann Fischer S. (Wegscheiderstraße 11). Schneider Elzemann T. (Gr. Ulrichstraße 37). Tischler Leyser T. (Cansteinstr. 10). Fleischer Henze S. (Saalsdorferstraße 5). Schlosser Opitz Sohn (Merseburgerstraße 62). Postassistenten Hempel Zw.-T. (Dzondistraße 3b). Stadtbahnschaffner Gassa T. (Jakobstraße 30).

Gestorben: Handelsm. Turley, 62 J. (Spitze 25). Geschirrführers Dorgerloh T., 5 Tg. (Langestr. 7). Musiker Albrecht, 66 J. (Brunoswarte 29). Invalide Heilemann, 63 J. (Wilhelmstraße 44). Else Metzer aus Laucha a. U., 31 J. (Klinik). Privatmanns Kießler Ehefrau, Ida geb. Schnelle, 66 J. (Streiberstr. 5). Dachdeck. Böhme T., 3 Wochen (Spitze 25). Eisenbahnschaffners Herrmann Ehefrau Emma geb. Kempfer, 51 Jahre (Dzondistr. 6). Arbeiter Forkel aus Suhl, 26 J. (Klinik). Witwe Bloßfeld geb. Ebeling aus Oldisleben, 69 J. (Elis.-Krankenhaus).

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219140128-15/fragment/page=0004

Beilage zum Volksblatt.

Nr. 23 — Halle (Saale), Mittwoch den 28. Januar 1914 — 25. Jahrg.

Stürmische Etatdebatte im Hallischen Dreiklassenparlament.

Zwei wuchtige Anklagereden des Genossen Hennig. — Er fordert alljährliche Orientierung der Kommunalpolitik durch allgemeine Etatsdebatten, stärkere Förderung der sozialen Gemeindereform und gleiches Polizeirecht für die Hallische Arbeiterschaft. — Oberbürgermeister Rive entgegnet mit Eigenlob, Gemeinplätzen und Verdrehungen. — Die bürgerlichen Vertreter zeichnen ihren Oberbürgermeister trotzdem mit demonstrativem Beifall aus. — Im übrigen lachen sie. — Die kürzlich abgelehnte Polizeigehilfin wird bewilligt, als „Gemeindeschwester". — Abgelehnt dagegen die ernent beantragte Erhöhung der Direktorengehälter.

Die Stadtverordneten haben in ihrer Sitzung am gestrigen Montag die Beratung des Haushaltsvoranschlages für 1914 in Angriff genommen. Sie verlief einigermaßen stürmisch. Im wesentlichen, weil die Sozialdemokratie beim Kapitel Allgemeine Verwaltung eine allgemeine Etatsdebatte herbeizuführen sich bemühte, dies löbliche Beginnen aber vom Oberbürgermeister mit reichlich brutalen Mitteln bekämpft wurde. Im einzelnen brachte dann noch die Debatte über die Polizei, ihre Tätigkeit zur Rechtlosmachung der Arbeiter, über die Anstellung einer Polizeigehilfin lebhafte Szenen. Ferner war der Schlußstreit zwischen Magistrat und Stadtverordneten, verkörpert durch den Oberbürgermeister und den Stadtverordneten Michel, um die Erhöhung der Direktorengehälter bemerkenswert. Nicht zuletzt wegen der persönlichen Schärfe, die besonders beim Vertreter des Magistrats zu bemerken war und wegen des Ausgangs: Ablehnung der Magistratsforderungen. Heiß tobte die Schlacht, wie selten zuvor einmal.

Es waren große Gedanken, die der sozialdemokratische Stadtredner, Genosse Hennig, mit seinem ersten Referat zur Besprechung stellte. Wirkliche, sozial gerichtete Kommunalpolitik verlangte er an Stelle der ziel- und planlosen Interessenwirtschaft, kräftigeres Zufassen bei der eigenen Regie, Beeinflussung der staatlichen Steuergesetzgebung. Betonung der Selbstverwaltung, Arbeiter- und Arbeitslosenfürsorge, großzügige Verkehrspolitik, kraftvolle Initiative gegen das Wohnungselend und anderes mehr. Zum Schluß kam er zu der Feststellung, daß der Oberbürgermeister im Herrenhause bei der Abstimmung für den Antrag York nicht der politischen Meinung der Mehrheit der Hallischen Bevölkerung entsprochen hätte.

Der politisch versierte Leser wird sogleich bemerken, daß diese Feststellung wichtig war, daß sie aber keinesfalls als persönliche Verletzung oder gar Beschränkung der politischen Meinungsfreiheit ausgelegt werden konnte, wie das der Oberbürgermeister mit der ihm eigenen — — Kühnheit versuchte. Man kennt den Zweck der Uebung. Herrn Rive war es darum zu tun, einen Hintergrund zu bekommen für seine Heldenpositur, in der er sich von Zeit zu Zeit einmal zu zeigen pflegt. Wir gönnen unserem städtischen Oberhaupt dies kindliche Vergnügen besonders gern, weil wir gestern von ihm erfahren haben, was wir bisher nicht annehmen konnten: daß er eine feste politische Meinung überhaupt nicht hat. Aber wir müssen, gleich unserem Redner, schärfsten Protest dagegen erheben, daß Herr Rive gegenüber der Sozialdemokratie Kampfesmittel anwendet, auf die anständige Politiker nicht verfallen würden, selbst wenn ihre Lage noch unangenehmer wäre, wie die, in der sich der Hallische Oberbürgermeister gestern befand. Mit Gemeinplätzen, Verdrehungen, Entstellungen, mühsamen, gewalttätigen Auslegungen einzelner Worte und Sätze eines Redners mag man gewiß die erst- und zweitklassigen Interessenvertreter zum Beifall veranlassen können. Aber die Bürgerschaft da draußen weiß schon zu unterscheiden, wo die zwingenden realen Tatsachen, die vernünftigen kommunalen Grundsätze, und wo der leere Theaterdonner, die bloße Ruhmrederei ist.

Es ist unmöglich, im Rahmen eines flüchtig hingeworfenen Stimmungsbildes alle die Dinge kritisch zu würdigen, die in den gestrigen Auseinandersetzungen sich zeigten und die wichtig genug sind, um gewürdigt zu werden. Das kann den kommenden Tagen vorbehalten bleiben. Aber eine Erscheinung möchten wir doch noch heute erörtern: die Haltung der Vertreter des sogenannten Hallischen Bürgertums. Die Mehrheit dieser Herren fühlt sich außerordentlich wohl in der Rolle, Claqueure des Oberbürgermeisters zu sein, wenn dieser gegen die Sozialdemokratie redet. Sie erwarten ja alles Heil vom Kampfe gegen die Arbeiterpartei, und es war nur selbstverständlich, daß die Arbeiterfeinde Schrader, Colberg, Zell, Döhler e tutti quanti den Schützer ihres Pertemonnaies so lebhaft applaudierten, als dieser seine unentwegte Gegnerschaft gegen die sozialdemokratischen Kommunalforderungen nachdrücklichst betonte. Aber wir bemerkten doch einige bürgerliche Herren dritter Klasse, die die Peinlichkeit der Rolle empfanden, gegen einen so großzügigen, modernen, mit einer Entschließung des Etatsausschusses übereinstimmenden Antrag stimmen zu müssen, wie er von der sozialdemokratischen Fraktion gestellt war: ständige Veranstaltung einer Generaldebatte zum Etat. Seine Annahme wäre die Rettung von dem unleidlichen Zustand gewesen, der heute besteht und der darauf angelegt zu sein scheint, die Stadtverordneten mit recht wenig Information an die Etatsberatung herantreten zu lassen. Damit der Magistrat die Regie unbestritten in der Hand behält. Leider wurde der Antrag abgelehnt.

Er ist damit nicht erledigt. Er kehrt wieder wie alle Forderungen der vorwärtstreibenden Sozialdemokratie an die Stadt im Interesse der werktätigen Bevölkerung von Halle. Bahn frei für den kommunalen Sozialismus — das ist der Schlachtruf unserer kleinen, mutigen Stadtverordnetenfraktion. Er wird ununterbrochen erschallen. Je mehr die bürgerliche Mehrheit und der Magistrat erklären, daß sie ihn nicht hören und befolgen wollen, um so mehr werden sie ihn hören!

•

Sitzungsbericht.

Der Vorsitzende eröffnet die Verhandlungen und gibt bekannt: vom Haushaltsausschuß ist in der letzten Sitzung ein Beschluß gefaßt worden, den Magistrat zu ersuchen um Vorlage einer Uebersicht der Einnahmen in den einzelnen Kapiteln des Etats für das laufende Jahr, insbesondere über die Mehreinnahmen gegen den Voranschlag. Da der Haushaltsausschuß mit dem Magistrat direkt nicht verkehren kann, so wird die Versammlung um Uebernahme des Ersuchens gebeten. Man stimmt zu.

Eingegangen ist ein

sozialdemokratischer Antrag Gröbel und Genossen:

Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, über folgende drei Punkte Vorlage zu machen:

1. Unterstützung derjenigen Arbeiterfamilien, welche durch lange Arbeitslosigkeit in Not geraten sind.
   Diese Unterstützung darf jedoch nicht als Armenunterstützung gelten.
2. Zuangriffnahme von Notstandsarbeiten.
3. Einführung einer Arbeitslosenversicherung für alle Arbeiter.

Der Antrag wird vom Vorsitzenden dem Sozialen Ausschuß überwiesen.

Bau der Neststrecke des Hauptsammelkanals.

Stadtv. Kallmeyer berichtet für den Bauausschuß. Es sind noch übrig die Arbeiten für den Hauptsammelkanal zwischen Burgbrücke und der Straße Neuwerk. Da gerade diese Strecke besondere Schwierigkeiten bietet, sowohl beim Bau als auch beim Grunderwerb, so sind die Kosten beträchtlich. Der Redner bespricht das Bauprojekt im einzelnen und ersucht, der Magistratsvorlage zuzustimmen mit der Aenderung, daß der Ausbau der Straße Neuwerk nicht nach und nach erfolgt, sondern sogleich.

Stadtv. **Osterburg:** Ich möchte bei dieser Gelegenheit dem Wunsche Ausdruck verleihen, daß das Bauamt die Arbeiten bald in Angriff nehmen läßt, möglichst noch vor dem Ende des Winters, mit Rücksicht namentlich auf die vielen Arbeitslosen und die große Not, in der sie sich meist befinden. Das Bauamt sollte auch mit den beauftragten Unternehmern vereinbaren, daß nach Möglichkeit hiesige Arbeiter beschäftigt werden und daß ihnen ein anständiger, tariflicher Lohn gezahlt wird.

Stadtv. Colberg wirft die Frage auf, ob die Jägerbrücke nicht als Fußgängerbrücke genüge.

Der Stadtbaurat widerspricht. Die Brücke diene mit zur Schaffung eines durchgehenden Straßenzuges zwischen dem Süden und Norden, und deshalb sei ihre sofortige Anlage als Fahrbrücke notwendig. Dem ersten Wunsche des Herrn Osterburg würde schon entsprochen durch die bereits erfolgte Ausschreibung der Arbeiten für die Hälfte des Projekts, weiter würde auch, wie bisher schon darauf gesehen werden, daß die Unternehmer hiesige Arbeiter zu guten Löhnen beschäftigten.

Die Magistratsvorlage wird angenommen.

Beratung des Haushaltsplanes.

Stadtv. Steinbrück referiert zu Kap. 3, Berechtigungen.

Stadtv. **Emmer** fragt an, ob der Magistrat in eigner Regie das Marktstandgeld erhöhen oder erniedrigen oder ob er es auf dem gleichen Satze stehen lassen wolle. Vom Magistratstische wird entgegnet, es sei vielleicht möglich daß eine kleine Mehreinnahme erzielt würde, die würde sich dann als Ueberschuß zeigen.

Das Kapitel wird bewilligt.

Eine allgemeine Etatsdebatte.

Zu Kapitel Allgemeine Verwaltung ist Referent Stadtv. Brehmer.

Stadtv. **Hennig:** Wir halten gerade die Beratung dieses Kapitels, in dem die Gehälter für den Magistrat stehen, für besonders wichtig und geeignet zu allgemeinen Erörterungen über die Politik des Magistrats. Mit dem bisherigen Gange der Etatsberatung sind wir keineswegs zufrieden. Es sollte bei uns so verfahren werden, wie in den gesetzgebenden Körperschaften. Wenn der Etat eingebracht wird, müßte von seiten des Magistrats eine allgemeine Uebersicht über die Lage der Stadt und ihrer Finanzen gegeben werden, damit in einer allgemeinen Etatsdebatte die großen Richtlinien für die kommunale Betätigung in der Zukunft gezogen werden könnten. Nun erst hätte der Etatsausschuß in Tätigkeit zu treten und er würde dann, in welcher Richtung die Versammlung den Ausgleich des Etats wünscht. Auch wäre zu einer Aussprache über die Schmerzen der Kommunen, ihre Beschwerden gegenüber dem Staat bei einer allgemeinen Etatsdebatte die beste Gelegenheit. Zur Aeußerung liegt um so mehr Anlaß vor, als eine neues Kommunalabgabengesetz vorbereitet wird. Dabei wären die Vertreter von Halle in der Lage, unsere Wünsche in bezug auf Erweiterung der Steuerrechte der Städte zu erfahren. Wir unterbreiten Ihnen deshalb folgenden Antrag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, die Beratung des Haushaltsplanes in folgender Weise zu erledigen:

Bei Einbringung des Haushaltsplanes in der ersten Sitzung des Jahres hat der Magistrat neben den Steueranträgen und ihrer Begründung eine Uebersicht zu geben über den Stand der Finanzen des laufenden Rechnungsjahres und die voraussichtlichen Betriebsüberschüsse. Ueber diese Darlegungen und den gesamten Haushaltsplan findet in der nächstfolgenden Sitzung eine allgemeine Besprechung statt, in der die Richtlinien gezeichnet werden können, nach denen der Haushaltsausschuß den Voranschlag in seinen Einzelheiten zu prüfen und den Ausgleich zu suchen hat. Erst dann ist der Haushaltsplan dem Haushaltsausschusse zu überweisen.

Seine Annahme ist notwendig, zumal auch der Antrag des Etatsausschusses den Mangel des heutigen Zustandes feststellt. Erst wenn wir wissen, wie die städtische Wirtschaft sich im laufenden Jahre entwickelt hat, können wir genauer urteilen über die Notwendigkeit verlangter Steuerzuschläge. Ueberhaupt wünschen wir, daß die **Kommunalpolitik jedes Jahr neu orientiert wird.** (Wiederholte Zustimmung.) Im Kleinen hat ja der Magistrat schon angefangen, diese Bahn zu betreten, durch kein schriftliches Exposé und durch die Rede des Oberbürgermeisters am Beginne der ersten Sitzung. Das ist aber mehr äußerlich; wir wollen auch die innere Struktur der Hallischen Kommunalpolitik prüfen. Es muß darauf hingearbeitet werden, an die Stelle der heutigen Interessengemeinschaft eine soziale Gemeinschaft zu setzen. **Wir richten an den Magistrat die Anfrage, ob er sich an die Spitze der sozialen Bewegung stellen will?** Die Stadt muß die Lebensmittelversorgung in eigene Regie übernehmen. Grundsätzlich kann der Magistrat von Halle dagegen nicht sein, weil er den Fleisch- und Fisch- und Gemüseverkauf bereits betrieben hat, weil er sogar einmal einer kommunalen Buchbinderei das Wort redete. Daß die Wiederholung des Fleischverkaufs abgelehnt wurde der Interessenten wegen, ist für uns kein Ruhmesblatt. Aber diese Stellungnahme ist erklärlich durch die Zusammensetzung dieser Versammlung auf Grund des Dreiklassenwahlrechts mit dem Hausbesitzervorrecht, das manchmal auch dem Magistrat wie ein Bleigewicht an den Füßen hängen dürfte. Wohin der Einfluß der Interessenten führt, zeigt der Stand der Wohnungsfrage. Wir haben in Halle elende Wohnungszustände; wir haben auch eine Wohnungsinspektorin, aber die wirkt nur negativ. Sie stellte fest, daß je ein Viertel bis ein Drittel der geprüften Wohnungen ungeeignet zu Wohnzwecken oder überfüllt war. Eine große Zahl von Menschen kampiert in Räumen, die zu Wohnzwecken gar nicht genehmigt sind. Etwas praktisches ist gegen diese Wohnungsmisere nicht geschehen, das ist die große Schuld der Versammlung, die sich so leicht nicht abwaschen läßt.

Gerade auf dem Gebiete des Wohnungswesens werden wir Sozialdemokraten den Dränger spielen; wir werden uns nicht mit Palliativmitteln zufrieden geben, sondern fordern, daß die Stadt selbst Hand anlegt, um die unerhörten Zustände zu bessern. Noch viel mehr könnte eine Stadt wie Halle in bezug auf die Lebensmittelversorgung der Bürger tun. Mannheim hat längst eine kommunale Milchzentrale in Betrieb, Leipzig betreibt eine Brotfabrik mit großem Umsatz. Wir verlangen vom Magistrat, daß er weiter hinausblickt und daß er an der Spitze der Arbeiter — ich spreche mit den Worten des Herrn Oberbürgermeisters — eine kraftvolle Initiative entfaltet. (Zuruf Dr. Rives: Das hat Ihnen wohl gefallen?) Das wird ja nicht so leicht sein, weil die Gemeindeverwaltung nicht eine selbstverwaltende Körperschaft, sondern auch ein staatliches Organ ist und weil wir **durch die staatliche Gewalt an Händen und Füßen gefesselt** sind. Ich möchte den Herrn Oberbürgermeister fragen, was sein soziales Programm ist? Wir haben ja jetzt eine Soziale Kommission, aber es ist wohl jedenfalls recht zweifelhaft, ob sie auch dazu übergehen wird, die Gemeinde auf ihren sozialen Inhalt hin zu prüfen. Vielleicht wird sie ebenso schlafen, wie die Wohnungskommission geschlafen hat, vielleicht wird sie nur ein Diskussionsklub sein. Die Kommission sollte aber energisch daran gehen, die Verhältnisse der städtischen Arbeiter zu bessern, vor allem sollte sie für die Einsetzung von Arbeiterausschüssen eintreten. Das ist ein wunder Punkt. Die Stadtverordneten haben kürzlich dem Oberbürgermeister Gelegenheit gegeben, sich in glänzendem, sozialen Lichte zu zeigen, indem er auf Sie zeigen und sagen konnte: Ich bin für die Einsetzung der Arbeiterausschüsse, aber Sie selbst waren in den Deputationen dagegen und schuld daran, daß die Ausschüsse nicht zustande kamen. Wir freilich müssen diese Worte des Herrn Oberbürgermeisters kritisch betrachten. Wir sind der Meinung, wäre es ihm Ernst gewesen um die Einführung der Ausschüsse, dann wäre es ihm ein Leichtes gewesen, einen entsprechenden Beschluß herbeizuführen, und dann hätten sich die Deputationen fügen müssen. Wir verlangen für die städtischen Arbeiter die Einführung des Achtstundentages, wir verlangen die Gewährung von Ferien mit Lohnzahlung. Wir verlangen weiter — was uns besonders wichtig ist, so daß wir erneut einen besonderen Antrag einbrachten — **die Einführung der Arbeitslosenversicherung.** (Lachen der bürgerlichen Stadtverordneten.) Sie lachen darüber, das finde ich einer Stadtvertretung unwürdig. Sie scheinen keine Ahnung zu haben, wie groß die Not unter den beschäftigungslosen Arbeitern ist. Sie haben auch keine Ahnung davon, wie die Arbeiter ihre Groschen opfern, um die arbeitslosen Kameraden unterstützen zu können. Sie haben auch keine Ahnung davon, daß die Hallischen Gewerkschaften im verflossenen Jahre über Hunderttausend Mark als Arbeitslosenunterstützung gezahlt haben! Die Armen helfen sich mit ihren schwachen Kräften. Die Reichen aber, deren Vermögen auch in der Krise noch fortgesetzt wachsen, tun nichts für die armen Opfer der Wirtschaftskrise. Genau so handelt die Stadt, die die Reichen in ihren Mauern schützt — auch sie tut für die Linderung der Not der Arbeitslosen nichts. Doch es ist höchste Zeit, daß wir endlich Vorbereitungen treffen. Wie schlecht es noch um die soziale Fürsorge in Halle bestellt ist, beweist auch der Verwaltungsbericht für 1912, in dem es heißt:

„An dieser Stelle sei wiederum darauf hingewiesen, daß im Interesse der vorbeugenden Armenpflege u. a. ein fühlbarer Mangel besteht an Stiftungsfonds zur Unterbringung von Tuberkulösen in Heilstätten, von Kindern in Kinderheilstätten, See- und Soolbädern, von Kranken aller Art und Genesenden in Bade- und Luftkurorten, in Walderholungsstätten oder Genesungsheimen, und zwar in erster Linie für solche Personen, welche der öffentlichen Armenpflege sonst noch nicht anheimgefallen, aber nicht in der Lage sind, die Kosten aus eigenen Mitteln zu bestreiten und die Armenkasse nicht in Anspruch nehmen wollen. Sehr erwünscht wären auch Stiftungen zur Errichtung eines städtischen Krankenhauses, eines Schwangeren- und Wöchnerinnen-Asyls nebst Säuglingsheim, einer Waldschule, eines Heims für schwachsinnige Kinder, welche wegen mangelnder Bildungsfähigkeit aus der Hilfsschule entfernt, aber andererseits im eignen Interesse der völliger Verwahrlosung bewahrt und für einen späteren Beruf nach Möglichkeit ausgebildet werden müssen. Endlich muß widerholt betont werden, daß die bis jetzt zur Unterstützung verschämter Armen, insbesondere von Witwen überhaupt zur Verfügung stehenden Stiftungsmittel nicht im entferntesten den tatsächlichen Bedürfnissen genügen.

Damit stellt sich die Stadt Halle ein soziales Armutszeugnis aus! Wir Sozialdemokraten haben eine neue, andere Auffassung von der Gemeindepolitik. Einige unserer Forderungen habe ich Ihnen genannt. Sie werden sagen, das würde einen schönen Batzen Geld kosten, wenn es durchgeführt werden sollte. Vieles wird sich schon durchführen lassen, ohne daß Kosten entstehen. Aber die besitzende Bürgerschaft wird auch zahlen können, wenn selbst die Arbeiterschaft so große Opfer bringt. Sie wird auch bereit sein, mehr Steuern zu bewilligen, wenn die Gemeinde ein gebührendes Maß sozialer Fürsorge übt. Kommen Sie der Arbeiterschaft entgegen, erfüllen Sie Ihre sozialen Pflichten, dann werden Sie stets die Arbeiterbewegung hinter sich haben. Wir könnten ohne weiteres größere Aufgaben erledigen, wenn wir die Besitzenden besser zur Steuer heranziehen könnten (Widerspruch); aus der Grundsteuer wäre bei uns noch viel mehr herauszuholen, was auch Herr Bürgermeister v. Holly kürzlich im Etatsausschuß indirekt zugab, als er anhand einer Statistik feststellte, daß inbezug auf die Erträgnisse der Grundsteuer die Stadt Halle unter 108 befragten Städten den 93. Platz einnimmt. Aus der Wertzuwachssteuer zieht Köln 706 000 Mark. Gewiß nimmt das Reich mehr als die Hälfte von dem Ertrag, aber die Städte haben doch das Recht, Zuschläge bis zu hundert Prozent für eigene Rechnung zu erheben. Es ließe sich so mancher schöne Betrag herausholen, wenn wir nur wollten. Hüten Sie sich, inbezug auf die Erweiterung der städtischen Regie weiter so

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219140128-15/fragment/page=0005

kurzsichtig zu sein, wie 1902, wo Sie den Ankauf der Stadtbahn ablehnten. Der Oberbürgermeister führte kürzlich im Haushaltsausschuß an, wäre damals im Sinne des Magistratsantrages beschlossen worden, dann hätte die Stadt in der Zeit von 1902 bis 1910 eine bare Million Ueberschuß aus der Bahn gezogen. Vielleicht sind die Stadtverordneten, die damals für den Ankauf sprachen, auch als Utopisten verschrieen worden. (Heiterkeit).

Bei Betrachtung der Finanzlage ist außerordentlich interessant die Beobachtung, daß nicht die armen Arbeiter, wohl aber die Reichen Sturm laufen gegen die geplante zehnprozentige Erhöhung des Steuerzuschlags. Das hiesige liberale Blatt machte auch die Feststellung, daß anläßlich des Generalpardons bei der Erhebung des Wehrbeitrags **in Halle Millionen von Einkommen und Vermögen mehr deklariert worden sind.** Das Gemeindesteuermehr aus diesen höheren Veranlagungen wird auf 300 000 Mk. geschätzt! Wenngleich solche Versuchsballons auch nicht gerade viel Wert haben, so hoffen wir doch, daß die Angaben zutreffen; immerhin werfen sie auch ein bezeichnendes Licht auf unsere wohlhabenden Kreise. Sie, die Steuerhinterzieher, haben wirklich kein Recht, sich über mangelnden Opfersinn der Arbeiter zu beklagen, aber gegen die Absicht, Gemeindesteuer schon von dem Einkommen in Höhe von 660 Mk. erheben zu wollen, müssen wir uns aufs Entschiedenste wenden. Das ist einer Stadt unwürdig; da ist ja der Preußische Staat noch nobler, indem er die Einkommen bis 900 Mk. steuerfrei läßt. Die Arbeiterklasse ist zu tätiger Mitarbeit in der Gemeinde bereit. Wir möchten gern, daß die Arbeiter stärkeres Heimatsgefühl hätten. Aber die Stadt muß Ernst machen mit den sozialen Reformen. Die Arbeiterschaft bildet den größten Teil der Bürgerschaft. Halle wählt unter dem gleichen Wahlrecht sozialdemokratisch. Daß wir hier nur eine Bank haben und Sie die Mehrheit, resultiert aus dem Dreiklassenwahlrecht. Hätten wir auch in der Gemeinde das gleiche Wahlrecht, sähe die Vertretung hier anders aus. Der Herr Oberbürgermeister will sich nicht auf diese Masse der Bevölkerung stützen, das bewies auch seine **letzte Abstimmung im Herrenhause** für den Antrag York von Wartenburg auf Ausdehnung der Vorpreußungsbestrebungen gegen das Reich. Diese Stellungnahme dürfte auch für die Liberalen interessant sein. (Unruhe.)

Vorsitzender Dr. Lembier: Es ist unzulässig, daß private Angelegenheiten der Magistratsmitglieder besprochen werden.

Stadtv. **Hennig** (fortfahrend): Wenn wir das Gehalt des Oberbürgermeisters mit 18 000 Mark und 3000 Mark Repräsentationsgelder bewilligen sollen, muß es erlaubt sein, was in anderen Städten von seiten der Stadtverordneten ebenfalls geschehen ist, Kritik an dem Verhalten des Oberbürgermeisters, des Vertreters der Stadt im Herrenhause, zu üben. Wir wollen niemandem das Recht bestreiten, im Parlament seiner politischen Ueberzeugung gemäß abzustimmen. (Zuruf Dr. Rives: Das geht Sie gar nichts an!) Aber es ist doch einigermaßen auffällig, den Oberbürgermeister der Stadt Halle, deren Bürger zum übergroßen Teil sozialdemokratisch und liberal, zum kleinen nur konservativ gesinnt, mit den Konservativen stimmen zu sehen, und wir betrachten es, besonders da die Versammlung den Vertreter repräsentiert hat, als unser Recht, unserer Verwunderung Ausdruck zu geben.

Zum Schluß bemerke ich: Wir hoffen, daß unsere Kritik Beachtung findet und daß es recht bald gelingt, Halle auf dem Wege zur sozialen Gemeinschaft wenigstens ein kleines Stück vorwärts zu treiben. Not tut es! (Beifall bei den Soz.).

Oberbürgermeister Dr. Rive: Vom Etat selbst hat der Vorredner nur wenig geredet. Er hat sich meist mit dem Oberbürgermeister befaßt und wollte — wie das auch andere Kreise tun — seine Unzufriedenheit an meine persönliche Adresse richten. Was der Vorredner ausgeführt hat, ist uns nichts neues, das haben wir uns schon an den Schuhsohlen abgelaufen. Auf die Frage, ob ich mich an die Spitze der sozialen Bewegung für die Arbeiter stellen wolle, antworte ich: Der Magistrat ist für die Gesamtgemeinde da, nicht für einen Stand. Halle hat den Mut gehabt, zuerst den Fleischverkauf einzurichten. Meinem Drängen war die Durchführung des Planes zu danken. Das gleiche kann ich von der weiblichen Wohnungsinspektion sagen. Gesetzt hat uns soziales Verständnis noch nie. Wenn Mannheim eine Milchzentrale hat und Leipzig eine kommunale Brotfabrik, so ist das kein Beweis, daß wir solche Einrichtungen auch in Halle treffen müssen. Denken Sie nicht, daß wir nicht bemerkt hätten, weshalb Sie überall Regiebetrieb fordern. Sie wollen die sozialdemokratische Gemeindeverwaltung. (Zuruf Hennigs: Sehr richtig!) Ueber die Arbeitslosenversicherung haben wir hier stundenlang verhandelt und sind uns schlüssig geworden, auf den Boden nicht zu treten. **Auch ich denke nicht daran, der Arbeitslosenversicherung nur irgendwie oder irgendwo das Wort zu reden.** Wenn die Arbeitsnachweise geregelt sind und dann noch Arbeitslose übrig bleiben, dann wird die Versicherung auch in mir einen Befürworter finden. Im Herrenhause habe ich nach meiner Ueberzeugung gehandelt, und wie ich im Landtage meine Stimme abgebe, das ist allein die Sache meines Gewissens. Ich habe mit Politik nichts zu tun. (Beifall.) Auch wir in der Hallischen Stadtverordnetenversammlung sind bisher so göttlich glücklich gewesen, von Politik verschont geblieben zu sein. (Neuer Beifall.) Ich muß einer Anekdote ein Ende machen, daß ich am Grabe Eugen Richters einen Kranz der Breslauer Freisinnigen niedergelegt hätte. Es wäre mir eine Ehre gewesen, den Kranz niederlegen zu können. Aber ich habe nicht die allermindesten politischen Beziehungen gehabt, weder zur Breslauer Demokratie noch zur Hallischen oder einer anderen Partei. Ich habe in meinem Leben überhaupt niemals politische Beziehungen gehabt. Die Sozialdemokraten halten viel auf Wahrheit; mögen sie ihr also die Ehre geben. (Beifallklatschen der Bürgerlichen.)

Stadtv. **Hennig** stellt in einer persönlichen Bemerkung fest, er habe ausdrücklich erklärt, Dr. Rive sei kein Vorwurf daraus zu machen, daß er dem Antrag York zugestimmt habe. Er habe nur festgestellt, daß diese Abstimmung der großen Mehrheit der Hallischen Bevölkerung nicht sympatisch war.

Es tritt, da weitere Wortmeldungen nicht vorliegen, Schluß der Debatte ein, das Kapitel 6 des Voranschlags wird genehmigt; der Antrag Hennig wird gegen die sozialdemokratischen Stimmen abgelehnt.

Generalabrechnung mit der Polizei.

Stadtv. Zell referiert zu Kapitel 7, Polizei, und beantragt Genehmigung, auch der Kosten von 1800 Mk. für die Polizeigehilfin.

Stadtv. Brehmer findet es unverständlich, daß diese Forderung wieder erhoben sei, trotzdem sie vor ganz kurzer Zeit abgelehnt worden war. Der Referent hätte keinen neuen Grund für die Bewilligung vorgebracht. Nach dem ablehnenden Beschluß hätte sich der Magistrat richten müssen. Im Gesamtetat sind bei den werbenden Instituten sehr niedrige Einnahmen und sehr hohe Ausgaben eingesetzt. Fünf Prozent Steuerzuschlag mehr dürften genügen.

Bürgermeister von Holly erfucht um Bewilligung der Polizeigehilfin. Sie steht schon im Etatsvoranschlag, weil dieser schon gedruckt war, als die Stadtverordnetenversammlung den ablehnenden Beschluß faßte. Und korrigieren wollten wir nicht.

Stadtv. Hoë will jetzt für Bewilligung eintreten.

Stadtv. **Hennig**: Wir werden für Bewilligung des Gehalts der Polizeigehilfin stimmen, nachdem festgestellt, daß damit eine Verstärkung der polizeilichen Gewalt nicht verbunden ist, daß die Gehilfin vielmehr soziale Aufgaben erfüllen soll. An der Polizeiverwaltung haben wir mancherlei Kritik zu üben. Von unseren Rechtsauskunftstellen wird geklagt, daß die Polizeibeamten bei Streitigkeiten zwischen Herrschaften und Dienstmädchen die Vorschriften nicht immer erfüllen. Wir müssen verlangen, daß das in der ernstesten Weise geschieht. Den Gewerkschaftsmitgliedern gibt die Polizei niemals die Erlaubnis zum Verteilen von Einladungszetteln vor den Fabriken, obwohl dadurch niemals der Verkehr oder die Sicherheit behindert werden kann. Dies Verbot finden wir sozial unverständig. Die Polizei könnte hier ein klein wenig liberaler sein. Dann habe ich nachdrücklichst Beschwerde einzulegen gegen das im vorigen Jahre erfolgte Verbot des Maifeierumzuges. Die beigegebenen Gründe kann ich als stichhaltig nicht anerkennen. Was heißt das: „der herausfordernde Charakter des Zuges"? Das ist gewiß nicht klar ausgedrückt. Die Polizei sollte sich bei ihren Entscheidungen mehr auf Tatsachen stützen, vor allem bei dem Erlaubnisgesuch für den Festzug darauf, daß der Zug im Jahre 1912 genehmigt war und sich in vollster Ordnung vollzogen hat. Wir verlangen, daß man auch die Arbeiterschaft mit dem gleichen Maßstabe mißt und ihr nicht unterjagt, was man anderen Vereinen ohne weiteres gestattet. Das gleichfalls erfolgte Verbot des Lampionzuges der Kinder um den Volkspark herum ist eine Maßnahme, die nicht verstanden werden kann. Daerst hat sie bei uns das hellste Gelächter ausgelöst. Aber dann haben wir uns doch gefragt, wie so etwas möglich ist. Die öffentliche Sicherheit kann unmöglich durch die Kinder mit den Lampions gefährdet sein und Anstoß hat an dem Zuge gewiß noch niemand genommen. Im Gegenteil, der Kinderumzug hat den Anwohnern stets Freude gemacht. **Die Polizei muß damals recht nervös gewesen sein,** was erklärlich ist bei Beachtung der Tatsache, daß der unzurechnungsfähige Polizei-Inspektor von Dossow damals noch im Amte war. Durch solche Verbote wird in die Seelen der kleinen Kinder schon das Gift getrüufelt. Sie fragen sich, weshalb sollen wir in diesem Jahre nicht das Vergnügen haben können, was wir noch jedes Jahr hatten. Und sie erfahren dann, daß ihre Freude auf Kommando der Polizei gestört worden ist. Eine großzügige Maßnahme ist das Verbot jedenfalls nicht!

Auch den nichtpolitischen Gewerkschaften hat die Polizei den Festzug verboten, trotzdem feststand, daß ein größerer Festzug der Arbeiter vom Roßplatz bis zum Volkspark ohne jede Störung sich vollzogen hat. Die Polizei hat die Verlegung der Genehmigung mit dem starken Verkehr begründet, der Sonntags im Nordviertel herrsche. Die Rechnung über die Zahl der Besucher, die zu diesem Zwecke aufgemacht worden ist, ist zu originell, als daß man sie nicht vortragen sollte. Bad Wittekind soll nach Feststellung der Polizei durchschnittlich an jedem Sonntag 9000 Besucher haben, der Zoologische Garten 8000, der Volkspark 10 000 rc. Dabei steht auf Grund der städtischen Berechnungen bei der Uebernahme des Zoologischen Gartens fest, daß die angegebene Besucherzahl im vorigen Jahr nur ein einziges Mal erreicht worden ist bei einem billigen Sonntag. Der Volkspark zählt an Sonntagen auch selten mehr als 3000 Besucher. Aber die Polizei kann auch anders. Sie genehmigte beim Kavallerieapell einen Festzug nach der Bergschenke an dem Sonntag, an dem der Blumenkorso stattfand und die Straßen stark belebt waren. Sie genehmigte den Schutztrupplern einen Festzug nach der Saaschlaßbrauerei, ohne daß sie Verkehrsschwierigkeiten befürchtete. Wir verstehen die Kleinlichkeit uns gegenüber nicht. Wir freuen uns sogar darüber, daß die Studenten selbst auf dem Marktplatz und den engen Straßen der Altstadt Freiheit genießen.

Wir sind über die einzelnen Verbote nicht betrübt, denn auch sie fördern unsere Bewegung. **Aber wir wenden uns mit aller Schärfe gegen die Anwendung zweierlei Rechts!** Wenn Sie einmal genehmigen und das andere mal verbieten, dann lernen wir Strategie. Aber diese fortgesetzten Verbote zu einer Zeit, da man bürgerlichen Vereinen die Umzüge gestattet, **werden von uns als empörend empfunden.** Andersmo ist die Polizei bei Festzusanträgen der Arbeiter nicht so mit Verboten bei der Hand. In Leipzig und Hamburg gestattet die Polizei stets die Mai- und Gewerkschaftsfestumzüge. Beim Baseler Internationalen Kongreß marschierte sogar der dortige Polizeipräsident im Festzuge mit. (Heiterkeit. Zuruf: Der ist wohl selbst Sozialdemokrat?) Jawohl, das ist er! Meine Herren, Sie lachen, wenn hier die Vertreter der Arbeiterschaft berechtigte Beschwerden über die Polizei vortragen. Das ist kennzeichnend für Sie. Aber täuschen Sie sich nur nicht über die Wirkung der Polizeiverbote und Ihr Lachen. Damit fördern Sie die politische Aufklärung, **und wer zuletzt lacht, lacht am besten!** (Beifall bei den Soz.).

Oberbürgermeister Dr. Rive: Einmal schlägt auch der Sozialdemokratie die hohe Stunde, in der sie ihre Beschwerden gegen die Polizei anbringen kann. Weshalb aber sang uns der Vorredner ein so langes Klagelied, wenn er erfreut ist am Schluß? Furchtsamkeit wird mir die Sozialdemokratie nicht nachsagen können. Wenn ihr die Verbote von Umzügen zu unrecht erfolgt dünken, mag sie den Klagewegs beschreiten. Wie soll ich es eigentlich den Sozialdemokraten recht machen? Bringe ich soziale Vorlagen, dann verhöhnen, bringe ich keine, dann beschimpfen sie mich. (Widerspruch bei den Soz.) Aber sie sehen: Ich gehe Ihnen mit sozialen Anträgen voran. Die Polizeigehilfin bitte ich heute zu bewilligen. Sie fehlt uns wirklich. Und wenn sich jemand an dem Namen stoßen sollte, dann könnten wir die Beamtin auch Gemeindeschwester nennen. (Heiterkeit.) Sie haben die Gehilfin abgelehnt, das ist richtig, aber heute darf das nicht geschehen. Das würde den Sozialdemokraten helle Freude machen! (Große Heiterkeit.) Die meisten von uns haben wahrscheinlich gar keine Ahnung davon, welche Verführungen jungen Mädchen gerade hier in Halle drohen. (Er verliest die Leidensgeschichte eines jungen, hübschen Mädchens, das auf die schiefe Ebene geraten war, als sie am Bahnhof bei der Ankunft einer Kupplerin in die Hände gefallen war.) Hunderte, wenn nicht tausende von Mädchen sind wirtschaftlich, sittlich und seelisch gefährdet, und wenn wir nur eine Seele retten, haben sich die 1800 Mark reichlich bezahlt gemacht.

Stadtv. Dr. Herzfeld bringt Klagen der Halleschen Spielbudenbesitzer vor, denen die Polizei eröffnet hat, daß sie zukünftig auf dem Markte nicht mehr zugelassen werden sollen.

Der Oberbürgermeister will sich für den Fall interessieren.

Stadtv. Dr. Herzau: Ich erlaube mir, an Herrn Hennig die Frage zu richten, ob er und seine Freunde bei der Schlußabstimmung gegen den Etat stimmen werden?

Stadtv. **Hennig**: Selbstverständlich werden wir das tun. Aber Herr Dr. Herzau weiß gewiß, daß dies Verfahren parlamentarischer Brauch, die Ablehnung des Etats eine Waffe der Opposition ist. Mit dem sozialen Empfinden hat das garnichts zu tun. Da ich zu der Ueberzeugung gekommen bin, daß es wenig Wert hat, mit dem Polizeichef zu streiten, beschränke ich mich darauf zu erklären: 1. Ich nehme Notiz davon, daß der Oberbürgermeister eine durchaus ernste Sache in humoristischer Weise abgetan hat. 2. Ich bin nicht zufrieden mit den Verboten der Festzüge. Wenn ich mich aber nicht empörte über den einzelnen Fall, dann aber über die Gesamttendenz der polizeilichen Verbote, die das gleiche Staatsbürgerrecht aufheben. 3. Bei der Anwendung des Wortes „beschimpfen" möchte ich Herrn Dr. Rive nicht folgen, sondern parlamentarisch bleiben.

Stadtv. Dr. Herzau: Herr Hennig hat meine Frage nicht restlos beantwortet. In Süddeutschland sind von Sozialdemokraten Landes- und Gemeinde-Etats bewilligt worden. Die Herren Sozialdemokraten in unserm Kollegium werden aber wieder der Caprice huldigen und den Etat ablehnen.

Stadtv. **Hennig**: Die Zustimmungen zum Etat sind einige Male erfolgt; aber die Parteitage haben anders entschieden. (Lachen). Meine Herren, wollen Sie uns verwehren, daß wir uns Dingen gegenüber, die uns unsympathisch sind, genau so verhalten wie Sie? Wie oft haben Sie Anträge von uns abgelehnt! Die sozialen Anträge sind zumeist von den Sozialdemokraten angeregt worden.

Damit schließt die Debatte. Der Etat der Polizei wird bewilligt einschließlich der Polizeigehilfin-Gemeindeschwester. Dafür traten auch unsere Genossen ein, den Etat dagegen lehnten sie ab.

Kapitel 8, Staat- und Provinzial-Angelegenheiten (Referent: Stadtv. Colberg) passiert debattelos.

Bei Kapitel 9, Kirchenwesen führt Stadtv. **Osterburg** aus, er und seine Freunde würden gegen die Bewilligung städtischer Gelder zu Kirchenzwecke stimmen. Die Trennung von Staat und Kirche sei notwendig. Gegen den Etat votieren nur die fünf Sozialdemokraten.

Stadtv. Brehmer referiert zu Kapitel 14, Straßenbeleuchtung.

Stadtv. **Osterburg** wünscht, daß die Laternen frühmorgens im Dezember und Januar so lange brennen, daß die Straßen erhellt sind, wenn die Arbeiter zur Arbeit gehen. Er regt weiter elektrische Beleuchtung für die städtische Eisbahn auf den Pulverweiden an.

Stadtv. Heine fordert ein eigenes Dezernat für die Straßenbeleuchtung, unabhängig von Gas- und Elektrizitätswerk. Wegen Aufhellung einer vermeintlichen Zahlenverwechslung wird die Beschlußfassung ausgesetzt.

Um die Gehaltszulage der Direktoren.

Das Kapitel Oeffentliche Gesundheitspflege wird vom Stadtv. Dr. Herzau in vier Abschnitten vorgetragen. Der Magistratsantrag auf Erhöhung des Gehaltes für den Direktor im Nahrungsmittelunterfuchungsamt (um 600 Mk.) entfesselt eine lebhafte Debatte. Der Referent pertrat nicht den ablehnenden Beschluß des Etatsausschusses, sondern plädierte aufgrund seiner persönlichen Anschauung für Bewilligung der Zulage.

Stadtv. Hoë begründete seinen Umfall. Stadtv. Michel erfucht um Ablehnung des Antrages, der vom Etatausschuß und und Plenum einstimmig aus grundsätzlichen Erwägungen heraus abgelehnt worden sei. Redner bedauert, daß der Magistrat das Mehrgehalt trotzdem eingestellt hat. Bürgermeiner von Holly tritt für Bewilligung ein. Die Besoldungsordnung zeige hier eine Lücke.

Stadtv. **Emmer**: Hier sieht man wieder einmal, wie weit die Mißachtung des Magistrats vor der Versammlung der Stadtverordneten gediehen ist. Der Magistrat glaubt alles durchsetzen zu können getreu der Devise des Herrn von Holly: Die fressen uns ja aus der Hand! (Heiterkeit.) Nachdem wir die Ablehnung der Gehaltsaufbesserung für die Direktoren beschlossen haben, sollten wir daran heute nicht rütteln. Von einer Erhöhung der Arbeiterlöhne steht im Etat nichts. Wenn Sie den Direktoren die Zulage bewilligen, ist das der Anfang vom Ende. Der Dezernent gjaubt wohl, daß er durch die Mehreinnahme anläßlich des Wehrsteuerpardons soviel mehr einnimmt, um das alles bezahlen zu können. Wir müssen an unserem Beschluß festhalten und endlich einmal Rückgrat zeigen. Sonst nimmt der Magistrat unsere Beschlüsse überhaupt nicht ernst.

Oberbürgermeister Dr. Rive: Darauf kommt es nicht an. Es fragt sich, sprechen heute bessere Gründe für die Bewilligung. Wenn die Gehaltsordnung Fehler aufweist, müssen wir sie ausmerzen. Wir brauchen junges, frisches Leben und einen so tüchtigen Beamten möchten wir gerne für Halle festhalten. Trotzdem ich vorsichtig reden muß, lage ich: die Kaufleute sind uns Bureaukraten oft über bei der Gehaltsfestsetzung für tüchtige Kräfte.

Stadtv. Hüllemann ist für die Gehaltsaufbesserung der Direktoren, wenn in eine Verbesserung der Assistentengehälter gewilligt wird.

Stadtv. **Emmer**: Es ist ein gar schweres Geschütz aufgefahren worden, indem man vom Verlust tüchtiger Beamten sprach. Ich und meine Freunde haben persönlich gegen den Beamten nichts; wir möchten ihm gern noch mehr geben. Aber wir müssen der Versuchung widerstehen grundsätzlicherweise. Das können wir mit gutem Gewissen tun. Wenn aber gesagt wird, wir seien gezwungen, so und nicht anders zu stimmen, so erwidere ich, daß da vorne auch einige Herren sitzen, die genau dasselbe Verfahren üben. Herr Dr. Herzau, Ihnen möchte ich sagen: So schlau, wie Sie sind, sind wir schon lange. (Stürmische Heiterkeit.) Wir votieren stets frei und offen; unsere Opposition kann sich sehen und hören lassen. Noch einmal, wir müssen Rückgrat zeigen. Wenn die Männer da oben nicht soviel Bücklinge machten, um zu Ehren und Orden zu kommen, dann wäre es anders.

Stadtv. Michel polemisiert gegen den Oberbürgermeister und zieht Vergleiche mit der Abstimmung zur Sonntagsruhe. Dr. Rive erwidert gereizt, das wäre vor den Wahlen gewesen, wo manche Petition leicht Erfolg hätte.

Der Magistratsantrag auf Gehaltserhöhung für den Direktor des Nahrungsmittelunterfuchungsamtes wird darauf mit etwa 20 gegen 12 Stimmen abgelehnt, das Kapitel des Etats aber angenommen.

Um 8¼ Uhr werden die Verhandlungen abgebrochen.

Halle und Saalkreis.

Halle (Saale), den 27. Januar 1914.

Sozialdemokratischer Verein Halle-Saalkreis.

Heute, Dienstag, den 27. Januar, abends 8½ Uhr, findet im Volkspark eine **Sitzung der Funktionäre** nach § 13 des Statuts statt. Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen aller Funktionäre dringend notwendig. Im Behinderungsfalle des Distriktsführers wird ersucht, den Ersatzmann zu entsenden.

Andauernd glänzende Geschäfte

machen die beiden in der Nähe von Halle liegenden Papierfabriken. Eben sind die hohen Dividenden für 1912-13 den Aktionären in den Geldbeutel geschüttet worden, da wird ihnen bereits wieder das neue „Evangelium" verkündet. In Zeitungsnotizen, die am Sonnabend veröffentlicht wurden, heißt es:

Dem Aufsichtsrat der Ammendorfer Papierfabrik, Radewell, lag in seiner heutigen Sitzung der Abschluß des ersten Halbjahres 1913-14 vor. **Das Ergebnis stellt sich reichlich so günstig wie in demselben Zeitraume des Vorjahres.** Die Fabrik ist weiter gut beschäftigt.

Kröllwitzer Aktien-Papierfabrik. In der heutigen Sitzung des Aufsichtsrates gelangte der Semestral-Abschluß zur Vorlage. — **Der Nutzen übertrifft den der gleichen Zeit des Vorjahres nicht unerheblich.** — Die Fabrik ist mit Aufträgen gut versehen.

Die an den Papierfabriken beteiligten Kapitalisten dürfen also für das neue Jahr Dividenden mindestens in gleicher Höhe erwarten. Das wird ihnen ein Trost in der trüben Zeit sein, da — der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe — sie das patriotische Opfer des Wehrbeitrags zu bringen haben.

Und die Arbeiter, die diesen Gewinn schaffen — was wird mit ihnen? Haben sie auch Aussichten auf Steigerung des Verdienstes beim Höherwerden des Fabrikationsgewinnes? Oder nur auf neue Fabrikanschläge der Direktionen mit „guten" Lehren?

Schwurgericht.

In der am 2. Februar 1914 beginnenden Sitzungsperiode des Schwurgerichts zu Halle, kommen folgende Sachen zur Verhandlung:

Am 2. Februar, vormittags 9 Uhr, gegen den Knecht Karl Soboth und den Gießereiarbeiter Georg Koch wegen Brandstiftung;

am 2 Februar, vormittags 9 Uhr, gegen das Dienstmädchen Martha Auerbach in Halle wegen Meineids;

am 3. Februar, vormittags 9 Uhr, gegen den Geschäftsführer Hermann Drese aus Gröbzig wegen wissentlich falscher Anschuldigung und Meineids;

am 4. Februar, vormittags 9 Uhr, gegen den früheren Füsilier (Geschirrführer) Wilhelm Rose wegen Meineids;

am 5. Februar, vormittags 9 Uhr, gegen den Fahrkartenausgeber Albert Oehring aus Eisleben wegen Amtsunterschlagung und Urkundenfälschung.

Außerdem werden noch einige Sachen zur Verhandlung kommen.

* **Der 2. Distrikt** hält am Donnerstag, den 29. Januar, in Kautzsch Restaurant, Martinsberg 6, eine Distriktsversammlung ab. Da ein Vortrag über Agitation und Organisation gehalten wird und im

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219140128-15/fragment/page=0006

schluß daran der innere Ausbau unseres Distrikts behandelt werden soll, so ist das Erscheinen aller Mitglieder dringend notwendig.

Der Vorstand.

* **Parsifal-Festaufführung in Halle.** Mit Beginn dieses Jahres ist der Parsifal von Richard Wagner allen deutschen Bühnen zugänglich geworden. Auch unser Stadttheater hat es für seine Pflicht gehalten, dieses letzte Bühnenwerk unseres größten dramatischen Tondichters zur Aufführung zu bringen.

Es ist glücklich gelungen, für die Hauptrollen erste Kräfte zu gewinnen, die zu den Stützen der Baireuther Festspielaufführungen gehören; es ist ferner gelungen, für die dekorative Ausgestaltung einen Meister, wie den Münchener Hoftheatermaler Professor Hans Frahm, zu interessieren.

Dem Parsifal soll eine Sonderstellung gewahrt bleiben; er kann nicht im ständigen Opernrepertoir erscheinen, weil die technischen Schwierigkeiten zu große sind. Es sind im Hallischen Stadttheater zwei Festaufführungen geplant, und zwar am Mittwoch, den 11. Februar 1914 nachmittags 6 Uhr und am Sonntag, den 15. Februar 1914, nachmittags 5 Uhr. Den Parsifal singt in der ersten Aufführung Kammersänger Walter Kirchhoff, der auch bei den nächstjährigen Festspielen in Baireuth diese Partie übernommen hat; in der zweiten Aufführung Herr Robert Hutt vom Opernhaus in Frankfurt a. M. Beide Künstler haben einen Weltruf. Die Kundry singt in beiden Aufführungen Kammersängerin Martha Leffler-Burckard von der Hofoper in Berlin die zu den ständigen Vertreterinnen dieser Partie in Baireuth gehört. Den Amfortas singt in beiden Aufführungen Kammersänger Walter Soomer-Dresden und Baireuth. Der Gurnemanz ist unserem Kammersänger Franz Schwarz übertragen; den Klingsor singt Viktor Erik van Horst.

Besonders schwierig ist die Chorfrage, doch hat sie eine glückliche Lösung gefunden. Während die Solo-Blumenmädchen von den Damen Bruger-Drevs, v. Boer-Gruselli, Gollmer, Kühn, Nolte und Reisse gesungen werden, werden die übrigen Damen des Stadttheaters in liebenswürdiger Weise durch die Solo-Damen des Heydrichschen Konservatoriums unterstützt. Dem Chor der Ritter ist eine besondere Klangpracht durch die Mitwirkung des Vereins Sang und Klang gesichert, der sich in uneigennütziger Weise bereit erklärt hat, bei den Parsifal-Aufführungen mitzuwirken. Ein Teil der Damen des Konservatoriums vereinigen sich mit den Solo-Damen des Stadttheaters und mit den Herren von Sang und Klang zu den Chören der mittleren Höhe. Schließlich ist noch besonders der Mitwirkung des altberühmten Hallischen Stadtsingechors zu gedenken, der unter Herrn Chordirektor Klanerts Leitung die höchste Höhe studiert hat und sie zu der von dem Meister beabsichtigten engelgleichen Wirkung bringen wird.

Der Einzelverkauf für beide Vorstellungen beginnt am Mittwoch, den 28. Januar, vormittags 10 Uhr, an der Kasse des Stadttheaters. Von auswärts einlaufende schriftliche Bestellungen werden sofort per Nachnahme erledigt.

Die Preise der Plätze sind ganz unheimlich hohe. Sie betragen schon für 2. Rang letzte Reihen 2.30 Mk. und Galerie 3,30 Mk. einschließlich städtischer Billettsteuer und Garderobegebühr.

Die anderen Plätze sind selbst für solche Proletarier, die zu den größten Opfern für die Kunst bereit sind, ganz unerreichbar, da die Preise sich wegen der großen technischen Unkosten von 5,30 Mk. bis 25,30 Mk. aufwärts bewegen.

* **Auf dem Eise eingebrochen.** Ein zwölf Jahre altes Schulmädchen brach gestern nachmittag auf der Saale beim Ueberschreiten des Eises unterhalb der Kröllwitzer Brücke ein. Ein Feldwebel versuchte das Kind herauszuholen, brach aber selbst ein. Er konnte sich jedoch retten. Das Kind wurde dann von einem Maurer aus dem Wasser gezogen und in ein Haus der Seebener Straße gebracht.

* **Allerlei Notizen.** Drei junge Männer erbrachen gestern nachmittag auf dem Saalwerder eine Gerätebude und entwendeten aus dieser eine Waschleine. Der Eigentümer, der den Vorgang bemerkt hatte, verständigte die zuständige Polizeiwache. Als die Männer dies merkten, ergriffen sie die Flucht. Der nachgesandte Polizeihund Seppel stellte die Männer solange, bis der begleitende Polizeibeamte nachkam. — Ein Motorwagen der Stadtbahn stieß an der Ecke der Herren- und Mansfelder Straße mit einem Lastwagen zusammen, wobei der Vorderteil des Motorwagens stark beschädigt wurde. Die Schuld trifft den Geschirrführer, weil er kurz vor dem Motorwagen quer über die Straße fuhr. Es wurde niemand verletzt. — In einer Backstube am Graseweg entstand gestern nachmittag ein Balkenbrand. Die herbeigerufene Feuerwehr beseitigte die Gefahr nach etwa ¾stündiger Tätigkeit. — Heute vormittag gegen 9 Uhr stürzte der Invalide Mehlig in der Beesener Straße infolge des Glatteises derart unglücklich hin, daß er das rechte Bein brach. Er wurde von Passanten zum nächsten Arzt gebracht.

* **Stadttheater.** Die heutige Aufführung Die Meistersinger von Nürnberg beginnt um 7 Uhr. Morgen wird das Lustspiel Das Buch einer Frau von Lothar Schmidt zum zweite Male gegeben. Donnerstag gastiert der lyrische Tenor Bernhard Bötel von Wien als Lyonel in Martha auf Engagement. Freitag zum letzten Male Das Mädchen aus dem goldenen Westen. Sonnabend Wie einst im Mai. Sonntag nachmittag Volksvorstellung Rosmersholm. Auf vielfachen Wunsch und weil bei der letzten Volksvorstellung dieser interessanten Ibsen-Aufführung viele kein Billett erhalten konnten, wird das Werk nochmals als Volksvorstellung auf den Spielplan gesetzt. Sonntags abends 7 Uhr Die Meistersinger vonNürnberg.

* **Eislauf-Konkurrenz auf der Eisbahn Ziegelwiese.** Infolge des unverhofften Eintritts von Regenwetter mußte das für heute angesetzte Preisfahren bis zum Eintritt von Frost verschoben werden. Falls bis Sonnabend ein Wechsel eintritt, so findet das Kunstfahren Sonnabend nachmittag und das Konkurrenzfahren Sonntag vormittag statt.

Wettin. Wer terrorisiert? Es vergeht wohl gegenwärtig kaum ein Tag, wo nicht die Scharfmacher aller Schattierungen verstärkten Arbeitswilligenschutz vor dem angeblichen Terrorismus der freien Gewerkschaften fordern. Doch davon, daß die Arbeiter, ohne Gefahr zu laufen, entlassen zu werden, sich der Organisation anschließen können, hört man nichts, obwohl stets versichert wird, man wolle das Koalitionsrecht nicht antasten. Wie es damit aber in Wirklichkeit aussieht, zeigt folgender Fall, der sich in der Mühle Wettin, Firma Theodor Thielicke abgespielt hat. Ein Arbeiter, der 2½ Jahre daselbst beschäftigt war, bekam jetzt seine Entlassung, weil er angeblich ein unbotmäßiges Verhalten an den Tag gelegt und die Arbeiter zum Ungehorsam aufgefordert haben soll. Man geht wohl kaum fehl in der Annahme, daß die Entlassung aus anderen Gründen erfolgte, wenn dabei in Erwägung gezogen wird, daß sich der betreffende Arbeiter nichts anderes zuschulden kommen ließ, als daß er versuchte, seine Mitarbeiter für die Organisation zu gewinnen. Zur Strafe dafür schwingt man die Hungerpeitsche, indem man derartige Leute mitten im Winter bei der ohnehin schon großen Arbeitslosigkeit einfach aufs Straßenpflaster setzt. Angebahnte Verhandlungen, die Entlassung rückgängig zu machen, scheiterten an dem Widerstand des Herrn Thielicke und des Prokuristen Altstedt.

Wir werden sehen, was von der Erklärung zu halten sein wird, die von den Herren gegeben wurde, indem sie wiederholt versicherten, gegen die Organisation nichts zu haben. Jeder könne tun, was er wolle; es sei eine Gegnerschaft gegen das Koalitionsrecht schon deshalb nicht angängig, weil man mit Arbeiterkonsumvereinen in Geschäftsverbindung stehe. Ein jeder Arbeiter löne nach seiner Fasson selig werden. Soviel wollen wir der Firma sagen, daß wir die Vorgänge im Betrieb im Auge behalten werden und sollte sich herausstellen, daß die **Firma den Arbeitern Schwierigkeiten wegen Zugehörigkeit zu** ihrer Organisation macht, so müssen wir uns dann wehren. Das Recht der Vereinigung werden sich die Arbeiter unter keinen Umständen nehmen lassen.

Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verw. Berufsgen., Bezirk 6.

Aus der Provinz.

Die Landwirtschaftskammer der Provinz Sachsen hielt kürzlich im Kammergebäude zu Halle ihre fällige Voll-Versammlung ab. In seinem Rückblick auf das verflossene Jahr stellte der Kammerpräsident Graf von der Schulenburg-Bitzenburg die für die „Notleidenden" gewiß erfreuliche Tatsache fest, daß der im letzten Augenblick niedergehende Regen eine so gute Getreideernte geschaffen habe, wie wir sie seit Jahren nicht gehabt hatten. Die Rüben- und Kartoffelernte hingegen soll, im Gegensatz zum übrigen Deutschland, wo eine Rekordernte erzielt wurde, noch unter einer Mittelernte zurückgeblieben sein. Die Viehzucht habe sich gut entwickelt. Welcher Art diese „Entwickelung" war, haben wir ja kürzlich in einem Fleischwucher und Millionenprofite überschriebenen Aufsatz unter Benutzung der amtlichen Zählergebnisse gebührend gekennzeichnet. Das „Fleischnotgeschrei", durch das sich die Regierung veranlaßt gesehen habe, die unerhört hohen Viehzölle ein wenig herabzusetzen, soll nach der Ansicht des Herrn Grafen ohne Erfolg geblieben sein, weil das Fleisch im Ausland fast ebenso teuer war wie bei uns!! Trotzdem das „Fleischnotgeschrei aufgehört", können die Agrarier es kaum erwarten, daß der volle, der lückenlose Grenzschutz wieder in Kraft tritt, denn fast mit Bedauern wurde gesagt, daß diese Maßnahme erst zum 1. April zu erwarten sei. Obwohl 1913 das Jahr der berühmten Jahrhundert-Feier war, standen die letzten Monate unter einem dunklen Stern. „Erst die letzten Wochen haben gezeigt, daß der alte rocher de bronce des preußischen Geistes noch feststeht". Die Echtpreußen haben auch wirklich Ursache, sich zu freuen.

Die Rechnung der Kammer für das Geschäftsjahr 1912 schließt ab mit einer Einnahme von 1 987 190.66 M. und einer Ausgabe von 1 890 045.32 M. Von der 96 245.34 M. betragenden Mehreinnahme sollen 93 656.60 M. zurückbehalten werden. Bei Festsetzung der Haushaltspläne wurden für die Prämiierung von Dienstboten 1000 M. mehr angefordert als bisher, weil zahlreiche Anträge vorliegen. Die Großagrarier wissen ganz gut, daß es weit billiger ist, den treuen Dienstboten, die ihnen jahrzehntelang den Profit erschufteten, statt einen höheren Lohn zu zahlen, mit einem papiernen Diplom oder einer blechernen Medaille „auszuzeichnen". Weiter wurde beschlossen, den preußischen Landwirtschaftsminister zu bitten, über die in den Haushaltsplan bereits eingestellten Staatsbeihilfen hinaus bewilligen zu wollen: zur Förderung der Pferdezucht 6400 M., und zwar zur Prämiierung von Pferden 3000 M., zur Einführung von Zuchtpferden 2400 M., zur Unterstützung an Pferdezuchtvereine 1000 M.; zur Förderung der Rindviehzucht 9000 M.; zur Förderung der Ziegenzucht 3500 Mark, und zwar zur Besoldung und zu den Reisekosten eines Ziegenzucht-Instruktors 2500 M. und zur Förderung der Ziegenzucht im allgemeinen 1000 M.; zur Förderung der Kaninchenzucht 1000 M.; zur Förderung der Geflügelzucht 2000 M.; zur Förderung der Waldkultur, und zwar zur Abhaltung von forstlichen Lehrgängen 600 M.; zur Förderung des Obstbaues, und zwar zur Begutachtung von Obstanlagen 1000 M.; zur Förderung des Gemüsebaues 5000 M.; und zwar zu den Kosten der Geschäftsführung und zur Anstellung eines Beamten für den Ausschuß für Gemüse- und Gartenbau 3000 M., zur Förderung des Feldgemüsebaues 2000 M.; zusammen: 28 500 M.

Der derzeitige Vorstand der Kammer wurde durch Zuruf wiedergewählt. Ihm gehören u. a. an als stellvertretende Vorstandsmitglieder: Dr. Eckert, Auerstedt, Kleemann, Cannawurf, Landrat Schaeper, Nordhausen. Als Mitglieder zum Deutschen Landwirtschaftsrat und zum Landes-Oekonomie-Kollegium wurden gewählt Rittergutsbesitzer von der Schulenburg-Bitzenburg und Landes-Oekonomierat von Nathusius-Hundisburg.

Sodann erklärte man sich mit der Errichtung eines Ausschusses für Gemüse- und Gartenbau und der Uebernahme der für die Arbeiten des Ausschusses erforderlichen Gelder einverstanden, wenn der Minister dazu einen besonderen Zuschuß von 3000 Mk. leistet. Es wurde hierbei aber gleich zum Ausdruck gebracht, daß für die Zukunft die für die besondere Förderung des Garten- und Gemüsebaues, sowie die zur Vertretung der besonderen Interessen dieser Berufsstände nötigen Gelder, soweit nicht staatliche Mittel bewilligt werden sollten, von den Interessenten selbst aufgebracht werden müßten. Für die Interessenten des Gemüse- und Gartenbaues, also die kleinen Gemüsebauern, haben die Großagrarier auch nichts anderes als schöne Worte übrig. Mögen sie doch, so denkt man jedenfalls, recht kräftig nach dem Gemüse- und Obstzoll schreien. Aber wenn den eigenen Interessen gedient werden kann, dann haben die Herren Agrarie sofort Geld in Hülle und Fülle zur Verfügung. Um den Umfang des Amtsblattes der Landwirtschaftskammer zu erweitern, beschloß die Versammlung „in Anerkennung der Bedeutung, welche eine wohlausgestattete Wochenschrift als Amtsblatt der Landwirtschaftskammer für die Förderung aller Betriebszweige der Landwirtschaft im allgemeinen und des landwirtschaftlichen Vereinswesens im besonderen hat, für das laufende Jahr aus den Reserven der Landwirtschaftskammer zur weiteren Ausgestaltung der Wochenschrift im Bedarfsfalle eine Summe bis zu 10 000 Mk. zur Verfügung zu stellen." Weiter wurde beschlossen, dem Vorstand außer dem auf 14 000 Mk. angesammelten Provinzial-Schaufonds noch 20 000 Mk. aus den Reserven der Kammer mit der Maßgabe zur Verfügung zu stellen, daß der nächsten Plenarversammlung ein eingehender Voranschlag über die Veranstaltung einer landwirtschaftlichen Provinzialausstellung im Jahre 1915 aus Anlaß des 100jährigen Bestehens der Provinz Sachsen zur Genehmigung unterbreitet werde. Ob sich die Junker nächstes Jahr in Halle oder in Magdeburg — denn diese beiden Städte dürften ja wohl nur in Frage kommen — auf echt konservative Art amüsieren werden, bestimmt der Vorstand der Kammer.

Sodann hielt man es für angezeigt, wieder mal die Notwendigkeit einer intensiveren Förderung der Viehzucht anzuerkennen und zu beschließen, den Vorstand zu ermächtigen, zur Durchführung der erforderlichen Maßnahmen die Provinz in Zuchtinspektionsbezirke einzuteilen und den zuständigen Zuchtinspektoren ihren Wohnsitz in diesen Bezirken anzuweisen. Auch zur Durchführung dieser Maßnahmen, die angeblich der Förderung der Rindviehzucht dienen sollen, soll der Staat eine erhöhte Unterstützung hergeben. Mit der Errichtung einer einklassigen landwirtschaftlichen Winterschule für den Kreis Ziegenrück erklärte sich die Kammer unter der Bedingung einverstanden, daß von der Stadt, in welcher die Schule ihren Sitz erhalten soll, die für den Schulbetrieb erforderlichen Räumlichkeiten, sowie Feuerung, Beleuchtung und Reinigung derselben kostenfrei zur Verfügung gestellt werden, und daß der Kreis einen Beitrag bis zu 1000 Mk. für die Unterhaltung der Schule leistet. Beim Landeshauptmann sollen außerdem die Mittel für Unterhaltung und Verwaltung der Schule beantragt werden.

Zum Schluß erörterte Abteilungsvorsteher Zecher die Frage, **welche Erfahrungen bei der Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche gemacht worden sind,** worauf folgender Antrag angenommen wurde. „Die Plenarversammlung erkennt nach den bei dem jetzigen Seuchenzuge gemachten Erfahrungen die sofortige Abschlachtung verseuchter Bestände als ein geeignetes Mittel zur erfolgreichen Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche an. Sie ersucht den Vorstand, die Ausführungen des Berichterstatters dem Herrn Minister zu unterbreiten und dabei zu betonen, daß ein nachhaltiger Erfolg aber mit der Abschlachtung nur zu erreichen ist, wenn der Seuchenausbruch sofort zur Kenntnis der Behörden gebracht wird, die gesetzlichen Sperr- und Desinfektionsvorschriften auf das genaueste Beachtung finden und die Abschlachtung ohne Verzug angeordnet und durchgeführt wird. Zur Vermeidung von Ungerechtigkeiten bei der Feststellung des gemeinen Wertes der in Betracht kommenden Bestände und zur Verhütung von Seuchenverschleppungen empfiehlt es sich, die Ausführungsbestimmungen des Gesetzes dahin abzuändern, daß für die erforderlichen Abschätzungen besondere Sachverständige für jeden Regierungsbezirk zu ernennen sind, die nach ihrem Beruf und Wohnsitz in dieser Hinsicht entsprechende Garantien bieten." Mit den Massenabschlachtungen verseuchter Viehbestände sind die Gutsbesitzer also einverstanden, nur wünschen sie, daß die Sachverständigen zur Abschätzung des Werts der engeren Heimat entstammen sollen, damit „Ungerechtigkeiten vermieden" werden. Was mit diesen Ungerechtigkeiten gemeint ist, ist nicht schwer zu erraten.

Passendorf. Gemeinderatssitzung. Der wichtigste Punkt der Tagesordnung war die Beschlußfassung über das schon oft besprochene Kanalisationsprojekt mit Kläranlage. Aus diesem Grunde war auch der Landrat v. Wilmowsky sowie der Regierungsassessor v. Devald erschienen. Nachdem der Landrat nochmals über die Projekte und Zeichnungen, die von der Gemeindevertretung mehrmals abgelehnt worden sind, ausführlich gesprochen, betonte er, daß doch etwas geschehen müsse. Nach örtlicher Besichtigung durch den Landrat und Kreisarzt waren die Bedenken über die Abführung der Schmutzwässer, namentlich in der Gartenstraße, in sanitärer Hinsicht so überzeugend, daß schon aus diesem Grunde von der Regierung darauf gedrungen werden müsse, eine Aenderung herbeizuführen. Ingenieur Bohrmeister, der die Projekte ausgearbeitet hatte, sprach sodann noch ausführlicher darüber und meinte, daß das erste Projekt über Abführung der Haus- und Regenwässer, welches auf 51 000 Mk. veranschlagt war, etwas teuer sei, und befürwortete ein anderes Projekt, das nur die Abführung der Schmutz- oder Hauswässer vorsieht und nur 13 000 Mk. mit Kläranlage kosten würde. Es kommen hier vorläufig nur die Hallesche Straße bis Schacht 5, die Wiesen- und Gartenstraße sowie die Straße C in Betracht; die Entwässerung soll in den sog. Roßgraben münden. Von einigen Gemeindevertretern wurde betont, daß die Ausführung der Kanalisation der hohen Kosten wegen von ihnen abgelehnt würde, denn es könne nicht verlangt werden, daß die Gemeinde wegen einiger Häuser, die in Frage kämen, so hohe Kosten aufwenden solle. Doch ließe sich über das billigere Projekt schon eine Einigung erzielen. Der Landrat führte nochmals an, daß schon wegen der Gutachten der Sachverständigen und der Beschwerden der Anlieger absolut etwas geschehen muß. Die Regierung könne nicht tatenlos zusehen. Er legte der Versammlung folgenden Antrag zur Beschlußfassung vor: „Die Gemeindevertretung wolle beschließen, zwecks Kanalisierung der Straßen eine Anleihe aufzunehmen und mit den Anliegern der genannten Straßen in Verbindung zu treten, damit dieselben zu den Kosten der Verzinsung und Amortisation herangezogen werden sollen, die bei einem Kapital von 13000 Mk. zirka 700 Mk. betragen würden. Falls eine Verständigung zustande kommt, möge man der Regierung das Projekt unterbreiten, um die Genehmigung einzuholen." Es wurde ferner der Ansicht Ausdruck gegeben, daß dann auch die Gemeinde etwas zu den Kosten beitragen würde. Dieser Vorschlag wurde mit großer Mehrheit angenommen und eine Kommission von 5 Mitgliedern gewählt, welche die nötigen Vorarbeiten zu erledigen hat. Die Kommission besteht aus den Vertretern Bedau, Otto, Dietze, Kühl und Strich. Außerdem schlug der Landrat der Versammlung vor, ein Ortsstatut zu schaffen, daß nur sogenante Einfamilienhäuser gebaut werden dürfen. In vielen Orten sei dies schon geschehen und gute Resultate damit erzielt worden. Der Gemeindevorsteher ersuchte den Landrat, daß eine Zahlstelle der Landkrankenkasse hier eingerichtet werde. Der Landrat sagte dies zu. Außerdem gab der Vorsteher bekannt, daß wegen der Schullastenangelegenheit mit Nietleben das Jahr 1911 beglichen worden ist, und die Klage für 1912 dem Bezirksausschuß überwiesen worden ist. Einige Unterstützungssachen von Ortsarmen wurden sodann geregelt. Die Ueberlandzentrale Amsdorf ersuchte die Gemeinde, da in der Wiesenstraße für 20 Mk. Kupferdraht gestohlen worden ist, um Zurückerstattung des bei der Reparatur entstandenen Arbeitslohnes. Die Gemeindevertretung beschloß, nur dann etwas zu zahlen, wenn in dem Vertrag eine Verpflichtung dazu vorgesehen ist. Von der Portlandzementfabrik Granau wurden 40 Mk., sowie ein Dankschreiben eingesandt für die Bemühungen der Passendorfer Feuerwehr bei den Löscharbeiten beim Brande eines Schuppens.

Lützen. Unterrichtskursus. Am letzten Donnerstag hat der erste Unterrichtskursus über die Wirtschaftslehre stattgefunden. Obwohl die Beteiligung eine gute zu nennen ist, wäre es doch notwendig, daß sich noch verschiedene Genossen und Genossinnen an den weiteren Abenden beteiligen. Die Vorträge sind für jeden von sehr großer Bedeutung, der noch etwas lernen will. Genosse Schöning-Leipzig versteht es, in leichtverständlichen Ausführungen jedem Teilnehmer über dieses wichtige Thema Aufklärung zu verschaffen. Da in dem ersten Vortrage nur die Einleitung gegeben wurde, so können sich jetzt noch neue Teilnehmer an dem Kursus melden. Der nächste Vortragsabend findet diesen Donnerstag, abends ½9 Uhr, statt. Die Teilnehmer werden ersucht, wieder recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

Bitterfeld. Feuer in der Anilinfabrik. Kurz nach 9¾ Uhr wurde am Montag abend die Einwohnerschaft von Bitterfeld und Umgegend durch Feuerlärm auf die Beine gebracht. In der Anilinfabrik war Feuer ausgebrochen. Ueber die Entstehung des Brandes war nichts in Erfahrung zu bringen.

— Im Straßengraben erfroren. Einen schaurigen Fund machten zwei Frauen, die sich auf dem Wege nach Pouch befanden. Sie sahen in aller Frühe eine männliche Person zusammengekrümmt im Straßengraben liegen. Die nähere Untersuchung stellte fest, daß es sich um den Arbeiter August Schinkel aus Friedersdorf handelt. Er ist nach Feierabend sicher unterwegs von Müdigkeit überfallen worden, hat sich im Straßengraben niedergelassen und dort den Tod durch Erfrieren gefunden. Fürwahr, ein sprechendes Bildchen aus unserer kapitalistischen Weltordnung!

Delitzsch. All zu laute Totenklage und strafbare Totenwacht. Der Handarbeiter Erdmann aus Zwochau stand vor der Hallischen Strafkammer, weil er sich nach dem Tode seiner Frau durch Trauerhandlungen in zwei Fällen strafbar gemacht hatte. Das Delitzscher Schöffengericht hatte auf Geldstrafen von 6 Mk. und 2 Mk. erkannt, wogegen er Berufung eingelegt hatte. Als am 23. Oktober v. J. seine Frau gestorben war, nahm er sich die Sache so zu Herzen, daß er laut klagte und nach dem Pfarrer verlangte. Dann trank er einen und machte Skandal, daß man seine Frau nicht in die Leichenhalle geschafft, sondern sie in einem Stall aufgebahrt hatte. Schließlich wurde der Lärm derartig, daß Hausnachbarn sich belästigt fühlten und einen Gendarm zu Hilfe holten. Sein Unwille über die Aufbahrung der Toten, das wurde vom Gericht anerkannt, soll vielleicht nicht unberechtigt gewesen sein. Um nun die häßliche Aufbahrung etwas abzumildern, verschaffte sich der Angeklagte, der ein gutgläubiger Katholik sein soll, ein Kirchenlicht von der Länge eines halben Meters und errichtete damit in dem Stall eine förmliche Totenschau. Er will das Licht in einen Eimer, den er halb mit Kies und Wasser gefüllt hatte, gestellt und dann die Vorrichtung neben seine Gattin, die auf einer Strohmatratze ruhte, hingestellt haben. Als der Zwochauer Nachtwächter kam und die gewiß pietätvoll gemeinte Totenschau erblickte, löschte er das Licht aus. Wegen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219140128-15/fragment/page=0007

der Totenschau erhielt Erdmann dann eine zweite Anzeige, weil er in gefährlicher Nähe von feuerfangenden Sachen (Strohmatratze), Feuerwerke (Licht) abgebrannt hatte. Der Nachtwächter bekundete vor Gericht, es habe die Gefahr bestanden, daß das Licht die Matratze leicht in Brand setzen konnte. Im übrigen soll sich der Angeklagte bei seinen Trauerhandlungen etwas übermäßig laut benommen haben. Der Angeklagte meinte vor der Strafkammer in Halle, daß er etwas laut gewesen sei, gebe er gern zu, das käme aber nur daher, daß er bei der Artillerie gedient habe, wo es mode sei, „ein scharfes Wort zu führen“. Im übrigen meinte er, sei man mit seiner toten Frau nicht recht verfahren. Das Gericht erkannte vorliegende Milderungsgründe an, bestätigte aber die Schöffengerichtsurteile und kam zur Verwerfung der Berufungen.

Düben. Also doch noch „Bad Düben“. In aller Stille haben geschäftstüchtige Kapitalisten die Moorbadangelegenheit ein gut Stück vorwärts gebracht, so daß aller Voraussicht nach noch in diesem Frühjahr mit dem Bau begonnen werden wird. Es ist vor allem in Aussicht genommen, das zu errichtende Bad so auszustatten, daß neben Moorbädern auch alle Arten medizinischer Bäder sowie für den allgemeinen Gebrauch eine entsprechende Zahl Brause-, Wannen-, Dampf- und römisch-irischer Bäder verabfolgt werden können.

Teutschenthal. Zu einer machtvollen Demonstration gestaltete sich die am Sonntag im Gasthaus Fortuna abgehaltene Protestversammlung gegen die Niedertrampelung des Koalitionsrechtes. Der Saal war überfüllt, so daß mit Schließung gedroht wurde. Landtagsabgeordneter Genosse Adolf Hoffmann hatte das Referat übernommen. Ausgehend von den Worten des Dichters: Der Gott, der Eisen wachsen ließ, der wollte keine Knechte, schilderte er die Zusammensetzung der heutigen bürgerlichen Gesellschaft, ihre Stützen und ihre Volksvertreter und den beabsichtigten Raub des Koalitionsrechtes. Donnernder Beifall folgte seinen Ausführungen. Der Arbeitergesangverein entfachte durch seine vor und nach der Versammlung vorgetragenen Kampf- und Trutzlieder eine starke Begeisterung. Nach Beantwortung einiger Fragen und nachdem der Vorsitzende als beste Antwort auf den von der herrschenden Klasse beabsichtigten Anschlag die Stärkung der Arbeiterreihen empfohlen hatte, auch eine Protestresolution Annahme fand, wurde die Versammlung mit brausenden Hochs auf das Koalitionsrecht, auf die Gewerkschaften und auf die Partei geschlossen.

Mansfeld. In der letzten Stadtverordnetensitzung wurde nach Bekanntgabe einiger Monita die Stadtkassenrechnung für 1912, die eine Einnahme von 84 310,30 Mk. und eine Ausgabe von 81 0?2,82 Mk. hatte, angenommen und dem Kassierer Decharge erteilt. Nicht so leicht kam man über den zweiten Punkt der Tagesordnung weg. Der ausgeschiedene frühere Vorsteher hatte bekanntlich die Sache mit den Betriebsgemeinden ins Rollen gebracht, und die Stadtväter hatten damals beschlossen, daß der Magistrat öfter über die Sache referieren sollte, damit man nicht immer im Dunkel bleibe. Nun berichtet der Magistrat, daß er mit den Gemeinden einen Vergleich abgeschlossen, wonach die Gemeinde Großörner 6800 Mk. und Burgörner 390 Mk. zahlen soll. Der Vergleich wurde genehmigt. Sodann stand die Errichtung einer Wartehalle an der Post zur Debatte. Der Vorsitzende des Verkehrsvereins, Herr Mank, der ja jetzt auch Stadtverordneter geworden ist, hatte schon früher mit einer Dresdener Firma um Aufstellung einer sogenannten Reklamewartehalle unterhandelt. Und jetzt stand, da ja die Stadt Grund und Boden kostenlos hergeben soll, der Antrag zur Debatte. Dabei konnte man feststellen, wie wenig verschiedene erstklassige Vertreter über ihre Kreise informiert sind. Sie fragten nämlich, ob die Reklame die hiesigen Geschäftsleute schädigen würde, was verneint wurde. Sollten die Herren nicht wissen, daß gerade die Kreise, denen sie angehören, auch ohne Reklameschilder zu lesen, die kleinen Geschäfte meiden und ihr Geld nach auswärts tragen? Der Antrag wurde angenommen. Ob es aber für das Stadtbild von Vorteil ist, wenn eine Wartehalle mit lauter Reklameschildern den Postplatz „ziert“, wollen wir dahingestellt sein lassen. Ein Antrag, die Wohnung des Lehrers Pönicke zu renovieren, wurde angenommen. Zum Ratmann wurde Herr Trautmann wiedergewählt. Auf der Tagesordnung stand dann noch ein Punkt, der von den Stadtverordneten schon einmal mit zehn gegen eine Stimme abgelehnt worden war. Der Magistrat, der ja die „konsequenten“ Stadtväter kennt, hatte diesen Antrag abermals eingebracht. Es handelt sich um die Herausgabe der Akten bezw. der Rechnungsbelege aus dem Magistratsbureau an die Mitglieder der Rechnungsprüfungskommission zur Mitnahme in ihre Wohnungen. Schon 50 Jahre ist das Verfahren hier so üblich und jetzt sollen die Mitglieder der Rechnungskommission in ein paar Stunden im Bureau die Rechnungen prüfen. Der Magistrat schickte diesmal Herrn Fach zur Verteidigung seines Antrages vor. Und seine Worte, die sonst immer von „gemeinsamen Frieden“ handeln, waren diesmal von großem Mißtrauen erfüllt. Er erzählte den Stadtvätern, daß der Stadtverordnete nicht zum Schweigen verpflichtet sei, und wenn man gründlich die Rechnungen prüfen wolle, so müsse man auch die Steuerliste zur Hand haben. Man könnte sich gar nicht hineindenken, was da alles vorkommen könnte, wenn ein Stadtverordneter die Steuerliste zu Hause hätte. Kind und Kegel, Freunde und Verwandte könnten sich Notizen machen und dann die Vermögensverhältnisse eines einzelnen ausplaudern. Zum Schlusse seiner Rede meinte er, wenn der Antrag wieder abgelehnt würde, so würde er sich als Bürger bei der Regierung beschweren. Das zog. Bei der Abstimmung sah man, wie die Worte des Herrn Fach gewirkt hatten und der berühmte Mansfelder Mannesmut kam wieder zum Ausdruck. Zwei Stimmen waren dagegen, drei stimmten gar nicht und sieben stimmten für den Antrag. Der Magistrat hat also seinen Willen bekommen und die Arbeiter haben wieder mal gesehen, was für tapfere Vertreter auf dem Rathause sitzen.

Sangerhausen. Im Schnellzug erschossen. Zwischen Sangerhausen und Halle erschoß sich in einem D-Zuge während der Fahrt ein aus Bleicherode am Harz stammender Maurerpolier. Die Leiche wurde nach dem Südfriedhof in Halle gebracht. Der Grund zur Tat ist nicht bekannt.

Kleinwittenberg. Zur Lokalfrage. Wenn man die Versammlungen und Veranstaltungen in unserem Parteilokal, dem Kronprinzen, in letzter Zeit betrachtet, so muß sich einem der Gedanke aufdrängen, daß im Partei- und Gewerkschaftsleben in letzter Zeit eine Lauheit eingerissen ist, wie sie in einer so bewegten Zeit nur schwer verständlich ist. Aber nicht nur die Arbeiterbewegung allein leidet unter der Trägheit der Arbeiterschaft, nein auch die Lokalfrage ist dadurch wieder einmal akut geworden. So viel muß doch jeder vernünftige Mensch einsehen: auch unser Parteiwirt lebt letzten Endes nicht von der Luft. Um diesem Uebelstande abzuhelfen, hat sich die letzte Wahlvereinsversammlung damit befaßt und ist zu dem Beschluß gekommen, in nächster Zeit einige Veranstaltungen im Kronprinzen zu arrangieren. Der Bildungsausschuß beschloß nun, am Sonntag, dem 1. Februar, ein Wintervergnügen abzuhalten. Der Eintritt von 10 Pfg. pro Person ist so niedrig, daß es jedem möglich gemacht werden soll, die Veranstaltung zu besuchen. An der Arbeiterschaft unserer beiden Orte liegt es nun, zu zeigen, daß es ihr ernst ist, ihr Lokal sich zu erhalten.

Torgau. Die Beschneidung des Koalitionsrechtes und die Säbelherrschaft in Zabern. Das waren die beiden Gegenstände, mit denen sich die am Sonnabend stattgefundene öffentliche Versammlung beschäftigte. Genosse Kürbs-Halle hatte das Referat übernommen und rechnete mit den Schreiern nach einem besonderen Streikbrecherschutz usw. ab. Nicht weniger gut als den Krakeelern nach Streikbrecherschutz erging es den Zaberner „Helden“. Daß die Ausführungen des Referenten dem Geiste unserer örtlichen Bewegung entsprachen, bewies der gespendete Beifall. Eine Resolution fand einstimmige Annahme. Der Sonnabend brachte der Partei nicht weniger als 28 neue Mitglieder. Genossen und Genossinnen, das ist der Erfolg der Agitation eines einzelnen an einem einzigen Tage, was zur Nachachtung empfohlen werden kann. Viele Arbeiter sind noch vorhanden, die für unsere Ideen gewonnen werden können.

Mückenberg. Wählerlisten einsehen! Nur noch zwei Tage liegen die Listen zu den Gemeindevertreterwahlen beim Gemeindevorsteher aus. Wer die Prüfung noch nicht vorgenommen, wolle sich sofort in die Liste einzeichnen, welche in Rolloffs Lokal ausliegt.

Mühlberg. Stadtverordnetensitzung. In der ersten Sitzung der Stadtverordneten im neuen Jahre übernahm der Bürgermeister die Einführung der wieder- und neugewählten Mitglieder, darunter die Genossen Wendt und Tauchnitz. In längeren Ausführungen wies der Bürgermeister auf die bekannten Pflichten hin, die auch den Vertretern der kleinen Städte nicht erspart bleiben. Die Wiederwahl des bisherigen Vorstehers und Stellvertreters Teiche und Rohloff erledigte sich schnell. Dagegen wurde bei der Wahl eines Schriftführers der § 38 der Städteordnung angewandt und der Stadtsekretär Wunderlich gegen eine kleine Entschädigung mit dem Schriftführer-Posten betraut. Die Wahl der Kommissionen brachte einige Verschiebungen. Genosse Wendt wurde der Finanzkommission zugeteilt, Genosse Tauchnitz der Baukommission und in die Beleuchtungskommission trat Genosse Naumann. Die Festlegung über die Höhe der Verzinsung und Tilgung der 75 000 Mark betragenden Anleihe zum Landerwerb zur Kleinbahn wurde die Verzinsung auf 3½ Prozent und die Tilgung auf 1¼ Prozent angenommen. Nach längerer Aussprache wurde dem Magistratsantrag einstimmig zugestimmt, die über 20 Morgen großen Wiesen, die städtisches Eigentum sind und an der Liebenweelaer Straße liegen, an den Landwirt Kißling in der Weinberge auf drei Jahre zu verpachten, der sich verpflichtet hat, diese wenig ertragreichen Wiesen zu Ackerland zu kultivieren und pro Jahr und Morgen 18 Mark zu zahlen. Einem Antrage, den Pachtvertrag auf sechs Jahre abzuschließen, wurde nicht zugestimmt. — Einstimmig erklärten sich die Stadtverordneten prinzipiell damit einverstanden, wonach der Magistrat, veranlaßt durch den Regierungspräsidenten, ein Kapital von 100 000 Mark aufnehmen soll, um für Hausbesitzer die Beschaffung von zweiten Hypotheken auf Haus- und sonstige Grundstücke nur für Mühlberger Einwohner auszuleihen. Für die zweite Hypothek soll Amortisation bestehen und ein erhöhter Zinsfuß.

Zeitz. Der befangene Richter. Gegen den Genossen Blechschmidt vom Volksboten war eine Anklage erhoben, weil er durch den Ausdruck „bornierte Beamtenkaste“ in einem Artikel die gesamte Zeitzer Beamtenschaft beleidigt haben soll. Als die Klage vor dem Schöffengericht verhandelt werden sollte, lehnte Blechschmidt den amtierenden Amtsrichter wegen Besorgnis der Befangenheit ab. Der Richter erklärte jedoch zu Protokoll, daß er sich nicht beleidigt fühle, der Ablehnungsantrag also unbegründet sei. Das Landgericht Naumburg dachte jedoch wesentlich anders, es erklärte das Ablehnungsgesuch für begründet und entschied, da der Ablehnungsgrund auch für die übrigen Richter des Amtsgerichts Zeitz zutreffe, daß die Behandlung und Entscheidung der Sache dem Amtsgericht zu Osterfeld übertragen wird.

Vereine und Versammlungen.

Naundorf O.-L. Freitag, den 30. Januar, wird der fällige Frauenleseabend abgehalten.

Torgau. Eine außerordentliche Parteiversammlung findet am Mittwoch beim Genossen Pinschke statt. Genosse Drescher-Halle wird einen Vortrag halten.

Verantwortlich für Leitartikel, Politische Uebersicht, Parteinachrichten: Paul Hennig; für Ausland und Feuilleton Karl Bock; für Gewerkschaftliches, Soziales, Genossenschaftsbewegung und Vermischtes Wilhelm Koenen; für Halle und Saalkreis Otto Kilian; für Aus der Provinz Gottlieb Kasparek; für die Anzeigen Wilhelm Herzig; Verleger Alfred Jähnig; sämtlich in Halle. — Druck der Hallischen Genossenschafts-Buchdruckerei (e. G. m. b. H.).

Allerlei.

Die Frommen gegen die Kirchenflucht.

In Berlin fand am Sonntag im Zirkus Busch eine Versammlung der Frommen statt, die den Zweck hatte, gegen die Kirchenflucht mobil zu machen. Bezeichnenderweise wurde die Versammlung von einem Polizeirat von Loebell geleitet. Die beiden Pfarrer Phillips und Schwarzkopff haben aber anscheinend noch nicht begriffen, warum besonders in der letzten Zeit so viele der Kirche den Rücken kehren. Sie wetterten gegen den kirchlichen Liberalismus und forderten Festhalten am uneingeschränkten Dogma. — Solche Agitatoren braucht die Freidenkerbewegung noch, um bessere Geschäfte zu machen!

Eis und Schnee.

Während hier und im Westen des Reiches Tauwetter mit mehreren Wärmegraden eingetreten ist, herrscht am Bodensee noch anhaltend strenge Kälte, so daß auch der Untersee zwischen Reichenau und dem schweizerischen Ufer zugefroren ist und der Schiffsverkehr zwischen Konstanz und Schaffhausen am Montag eingestellt werden mußte. In Konstanz zeigte das Thermometer Montag früh zehn Grad, in Westkirch fünfzehn Grad Celsius unter Null.

Wie die Schlesische Zeitung aus Reichenbach meldet, herrscht im Eulengebirge seit Sonnabend starker Schneesturm. Die Züge der Eulengebirgsbahn, die zwischen Silberberg und Reichenbach verkehren, sind Montag vormittag im Schnee stecken geblieben. Der Sturm dauert unverändert an.

Zwei blutige Ehetragödien.

In der Nacht zum Montag erstach der Schiffsheizer Christoph in Hamburg in der Wohnung seiner von ihm getrennt lebenden Frau den Kaufmann Gause, der Frau Christoph in ihre Wohnung geleitete, mit einem Küchenmesser, nachdem Gause vorher angeblich auf Christoph zwei Revolverschüsse abgegeben hatte. Christoph wurde schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht. Frau Christoph, die behauptete, sie habe geschossen, nachdem ihr Mann den Kaufmann Gause angegriffen hätte, wurde verhaftet.

Montag nacht verletzte der pensionierte Zollaufseher Groth seine Frau in ihrer gemeinschaftlichen Wohnung durch Beilhiebe lebensgefährlich und sprang dann aus dem fünften Stockwerk auf die Straße, wo er tot liegen blieb. Die Frau wurde ins Krankenhaus gebracht.

Todesopfer der Arbeit.

Bei Heringen a. d. Werra ereignete sich auf Schacht Heilige Mühle am Montag ein schwerer Unglücksfall. Beim Anzünden einer Zündschnur löste sich ein Schuß und tötete einen Arbeiter aus Tiefenort, der Frau und vier Kinder hinterläßt.

In Erfurt geriet in der Nacht zum Sonntag auf dem Bahnhof der Rangierer Behringer zwischen die Puffer zweier Wagen und wurde totgedrückt.

In Bobrek bei Beuthen stiegen am Sonnabend mehrere mit der Ausbesserung der Rohrleitung in der Donnersmarckhütte beschäftigte Monteure trotz Verbotes in die Rohrleitung ein. Drei Monteure wurden betäubt, von denen zwei erstickten.

Der Amokläufer Wagner des 15fachen Mordes angeklagt.

Die Voruntersuchung gegen den Lehrer Ernst Wagner aus Degerloch ist abgeschlossen und vor dem Schwurgericht in Heilbronn Termin zur Hauptverhandlung angesetzt. Die Anklage lautet auf 15 vollendete Morde in Degerloch und Mühlhausen, 10 versuchte Morde in Mühlhausen und 9 Verbrechen der vorsätzlichen Brandstiftung.

Schwerer Automobilunfall bei Berlin.

Ein schwerer Automobilunfall ereignete sich am Sonntag nachmittag in der Hauptstraße in Lichtenberg. Ein Automobil des Kaufmanns Fritzsche aus der Linienstraße überschlug sich infolge Achsenbruches. Von den Insassen wurden drei lebensgefährlich, die anderen vier leichter verletzt.

Die schwarzen Blattern in Wien.

Am Sonnabend wurde der Leiter der Sanitätsstation Ottakring, Sommerer, der beim Transport des Blatternkranken Hoeller beschäftigt gewesen war, als blatternkrank in das Franz-Josephsspital eingeliefert. Außerdem sind in letzter Zeit in Verbindung mit dem Falle Hoeller eine Frau und drei Kinder an Blattern erkrankt. Die Erkrankungen sind durchweg leichter Natur.

Acht Personen durch Gas vergiftet.

Ein schwerer Unglücksfall wurde in Marseilles durch den Bruch einer Gasleitung verursacht. In einem Hause in der Rue Radeau wurden acht Personen bewußtlos aufgefunden. Herbeigeholte Aerzte konnten bei drei von ihnen nur noch den Tod feststellen. Die übrigen fünf befinden sich auch noch in Lebensgefahr.

Kleines Allerlei. Zum Streik der Rechtsanwälte in Genua. Während die Protestbewegung der Genuaer Rechtsanwälte andauert, beschlossen die Rechtsanwälte von Monza, Pavia und Modena, ebenfalls bis auf weiteres von allen Gerichtsverhandlungen fernzubleiben. — Eisenbahnunglück in Spanien. Auf der Linie San Sebastian – Pampelona ist ein Zug mit mehreren Wagen mit Eisenbahnmaterial zusammengestoßen. Ein Arbeiter wurde getötet und mehrere schwer verletzt. — Explosion auf einem Schiffe. Am Montag abend entstand an Bord der Mauretania, die in Liverpool im Dock liegt, eine Explosion, durch die mehrere Personen verletzt wurden. — Todessturz eines englischen Fliegers. Der Flieger Lee Temple ist am Sonntag nachmittag bei Hendon abgestürzt. Der Flieger war sofort tot und die Maschine vollständig zertrümmert.

Lest die Arbeiter-Jugend!

Bestellungen nimmt entgegen Frau Marie Schmidt, Wilhelmstr. 7

Jedes Wort nur 5 Pfg. oder Zeile 20 Pfg. Fettgedruckte Worte 10 Pfg., 2 Zeilen hoch 20 Pfg., Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt. Abonnenten erhalten, gegen Rückgabe der Abonnements-Quittung, 20% Rabatt. Auf Inserate mit Wiederholung Rabatt nach Vereinbarung. Zahlung bei der Aufgabe erbeten.

Kleiner Anzeiger
des Volksblattes für Halle und Saalkreis.

Annahmestellen für „Kleine Anzeigen“ sind die Zigarrenhandlungen von: A. Albrecht, Lindenstraße 54; J. Schneider, Beesenerstraße 23; Jungmann, Pfännerhöhe 33; E. Bendlin, Torstraße 43; J. Sanaw, Geiststraße 5; P. Leuschner, Mittelwache 9; G. Gerig, Materialwarenhandlung, Triftstraße 28.

Inserieren Sie
Ihre Gelegenheits-Verkäufe oder Kauf-Gesuche, Wohnungs- und Stellen-Angebote oder Gesuche sowie alle sonstigen Gelegenheits-Anzeigen :: :: :: :: :: ::
im
Kleinen Anzeiger
des Volksblattes.
Durch gutes Plazement an
besonders bezeichneter Stelle
wird Ihr Inserat gut hervorgehoben
und Sie haben Erfolg.

Sämtliche Parteischriften empfiehlt Volks-Buchhandlung.

Geschäfts-Anzeigen.

Volkspark.
Den geehrten Vereinen und Gesellschaften bringen wir den neugebauten kleinen Saal in empfehlende Erinnerung. f.

Gust. Kriese, Schuhmacher, Halle (S.), Fleischerstr. 35, Laden. 6581] empfiehlt sich bei Bedarf.

6333 **Zigarren, Zigaretten** empfiehlt Aug. Lehnhardt, Böllbergerweg 6 u. Delitzscherstr. 6.

Sofas und Matratzen polstert billig auf [6609 E. Dippold, Adolfstr. 9, H. p.

Verkäufe.

Mod. Kinder-, Sport- u. Zimmer-Wagen billig zu verkaufen 6625] Cecilienstr. 99, Sut.

6578 **Nur 55 Mark:** Küchen-Einrichtung, modern. Büfett, Tisch, 2 Stühle, großer Rahmen, Handtuchhalter; Bettstelle m. Matr. 20 Mk., prachtv. Plüschsofa 48 Mk. verkauft S. Rosenberg, Geiststr. 21, I.

N. Chaiselongue spottbill. z. vrk. 6610] Gr. Brunnenstr. 5, H. pt.

2 Chaiselongues, 8 u. 18 M., sof. z. vrk. Gr. Brunnenst. 52, H. p. [6592

Nur 18 Mk. Prachtv. Ober-, Unterbett, Kissen, rot Inlett, voll u. breit, z. verk. 6376 Geiststr. 21, II. l.

Gr. Federb. 9 M., Kissen 3 M. z. vrk. 6201] Albrechtstr. 16, I. links.

Vermietungen.

Hirtenstrasse 3:
2 Zimmer, Kammer, Küche, 300 Mark, per sofort zu vermieten.
2 Zimmer, Kammer, Küche, 360 Mark, per 1./4. zu vermieten.
6575] Rädler, Rannischestr. 2.

Kaufgesuche.

Fettes Schwein z. kaufen gesucht *3033] Radewell, Elsterstr. 2.

Zu verleihen.

Eleg. seid. D.-Masken bill. z. verl. 6586] Breitestraße 31, I.

Damen-Maske zu verleihen 6527] Halberstädterstr. 14, H. p. l.

5 Damen-Masken zu verleihen [*3015] Böllberg 49, pt. l.

× Eleg. Herren- u. Dam.-Mask. b. z. verl. Alt. Markt 17, III. [*3035

Verloren.

Messing-Wagenkapsel verloren. Geg. Belohn. abzug. G. Vester, G. m. b. H. [*3036 Zentr.-Güterbahnhof.

Arbeitsmarkt.

Kohlenhauer für Tiefbau *3043] sofort gesucht. Friedensgrube A.-G., Meuselwitz S.-A.

Verschiedenes.

Englischer Hof, 6349 Großer Berlin, empfiehlt seinen kleinen Saal sowie seine schönen Vereinszimmer zur Abhaltung von Versammlungen u. Festlichkeiten aller Art. Kräftiger Mittagstisch.

6017

Einzelverkauf: Kl. Berlin 2, I.

Zigarren, Zigaretten empfiehlt P. Jungmann, Pfännerhöhe 33

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219140128-15/fragment/page=0008

Halle, 28. Januar

Unterhaltungs-Beilage

des Hallischen Volksblattes.

Nummer 23 — 1914.

Wie wenig helfen uns doch die Schulwissenschaften, wenn sie nichts dazu beitragen, uns im Leben selber edler und besser zu machen' Lucian.

Die Schankkonzession in Neuyork.

Von Theodore Roosevelt.*)

Eins der immerwährend ernsten und schwierigen Probleme und eine der hauptsächlichsten Ursachen aller polizeilichen Erpressung und Korruption liegt in den Schankkonzessionsverhältnissen von Neuyork. Während meiner Kommissariatszeit war Neuyork eine Stadt mit zwölf- bis fünfzehntausend Schanklokalen, mit einem Staatsgesetz, das bestimmte, daß sie am Sonntag geschlossen sein sollten, und mit einer Bevölkerung, die gewissermaßen einen Preis auf die Uebertretung des Gesetzes setzte, indem sie den Sonntag für jeden Schankwirt, der das Wagnis nicht scheute, zum einträglichsten Tag der Woche machte. Und diese Bereitwilligkeit, das Wagnis auf sich zu nehmen, bot dem korrupten Politiker und dem bestechlichen Polizeibeamten die willkommene Gelegenheit.

Es herrschte in Neuyork eine starke Strömung zugunsten der Ehrlichkeit in der Politik. Zugleich war viel Stimmung dafür vorhanden, daß die Schanklokale am Sonntag offen gehalten würden, und andererseits ebensoviel Stimmung dafür, daß sie am Sonntag geschlossen blieben. Bedauerlicherweise war vielen von denen, die redliche Politik befürworteten, mehr am Offenhalten der Schanklokale am Sonntag als an einer redlichen Regierung gelegen, während andere Befürworter einer redlichen Regierung diese Forderung hinter der anderen, daß die Lokale am Sonntag geschlossen bleiben sollten, zurücktreten ließen. Ueberdies gab es unter denen, die dafür eintraten, daß man das Gesetz durchführen und die Lokale am Sonntag geschlossen halten solle, eine Menge Leute, die jede zu diesem Zweck erforderliche Maßnahme aufs schärfste mißbilligten, obwohl sie zugleich darauf bestanden, daß der Zweck erreicht werden müsse.

Inzwischen brachte es den Politikern unglaublichen Gewinn, das Gesetz als Keule zu benutzen, um die Schanklokale bei der Stange zu erhalten: alle mit Ausnahme der allergrößten, deren Besitzer oder deren Hintermänner, die Brauereibesitzer, im innersten Rat von Tammany saßen oder Tammanys Verbündete in der republikanischen Parteiorganisation beherrschten. Die Polizei benutzte die teilweise und unregelmäßige Durchführung des Gesetzes als Erpressungsmittel, was dazu führte, daß Polizeibeamte, Politiker und Schankwirte sich allmählich in ein Netzwerk von Verbrechen und strafbarem Einverständnis mit Verbrechern verwickelten. Die mächtigsten Schankwirte hatten die Politiker und die Polizei in der Hand, während diese wieder alle andern Schankwirte terrorisierten und durch Erpressung schröpften. Das Gesetz wurde nicht etwa nicht durchgeführt: es wurde auf das strengste durchgeführt, aber aus Erpressungsgründen mit Unterschieden.

Für Leute, die nicht mit der Seite des politischen Lebens in Berührung gekommen sind, die mit der politischen Unterwelt zu tun hat, ist es nicht leicht, die unverkennbare Offenheit zu verstehen, mit der diese Erpressungen den Gesetzesübertretern gegenüber ausgeführt wurden. Ein weiterer sehr dunkler Punkt war, daß viele Männer, die einem Teil ihrer Wähler zu Gefallen mit dabei geholfen hatten, das Gesetz in das Statutenbuch hineinzubringen, auch die korrupte und parteiische Nichtdurchführung des Gesetzes übersahen oder gar davon profitierten, um auch ihren andern Wählern einen Gefallen zu tun oder selbst daraus Gewinn zu ziehen. Das Organ der Spirituosenverkäufer war damals die Wein- und Spirituosenzeitung. Der Redakteur dieses Blatts war für den Ausschank am Sonntag und hielt es für ein unerhörtes Unrecht, ihn zu untersagen. Zugleich aber war er der Ansicht, daß die Bestechungs- und Erpressungsgelder ein zu hoher Preis für die teilweise Nichtdurchführung des Gesetzes war. Er stellte in seiner Zeitung eine Behauptung auf, deren Richtigkeit niemals angezweifelt worden ist, und die ein grelles Licht auf die Neuworker Politik jener Tage wirft. Er behauptete nämlich, das Erpressungssystem sei derartig vervollkommnet worden und lasse dermaßen auf den Schankwirten selbst, daß sie sich deshalb mit dem Gouverneur Hill (dem demokratischen Parteiführer des Staates Neuyork) und dann auch mit Herrn Croker (dem demokratischen Führer der Stadt) in Verbindung gesetzt hätten. Schließlich wurde die Sache in aller Form von einem Komitee des Zentralbunds der Spirituosenhändler in einer Unterredung mit meinem Tammany-Vorgänger im Polizeiressort, Herrn Martin, aufgenommen. Der Zeitungsartikel fährt in selbstverständlichem Ton wie folgt fort: „Es kam zu einer Vereinbarung zwischen den Führern von Tammany Hall und den Spirituosenhändlern, derzufolge die allmonatlich an die Polizei abgeführte Bestechungssumme nicht mehr gezahlt und dafür politische Unterstützung geleistet werden soll.“ Die großen Parteiführer in Stadt und Staat behandelten diese Vereinbarung und die Korruption, der sie entsprang, nicht nur wie etwas durchaus Normales und Angebrachtes, sondern gaben sich nicht einmal die Mühe, sie abzuleugnen, als sie in die Oeffentlichkeit drang. Uebrigens haben Tammany und die Polizei diese Vereinbarung nicht ganz innegehalten, und bei der Durchführung des Gesetzes wurden noch viele Unterschiede sehr korrupter Art gemacht, die für alle Schankwirte, die ehrlich zu bleiben wünschten, ungemein verdrießlich waren.

Kurzum, die Vereinbarung wurde nur denen gegenüber eingehalten, die „Einfluß“ besaßen. Diese Leute mit „Einfluß“ wurden begünstigt, während ihre Konkurrenten unter den Schikanen und Erpressungen der Polizei zu leiden hatten. Die Polizeibeamten aber, die ihre Anstellung oder Beförderung erkauft hatten, und ebenso die hinter ihnen stehenden Politiker dehnten diese Erpressungen auf alles aus: von den Kartenhäusierern und den kleinen oder großen Kaufleuten, die für die Ausstellung ihrer Waren gesetzwidrigen Gebrauch von den Bürgersteigen machten, bis zu den Inhabern von Bordellen, Spielhäusern und Buchmacherstuben. Die Gesamtsumme der Erpressungsgelder belief sich auf Millionen. Neuyork war der Stadt ohne Ordnung und Gesetz. Die großen politischen Führer wälzten sich im Golde, und die korrupten Polizeichefs verloren jedes Ansehens- und Rechtlichkeitsgefühl. Dennoch möchte ich hervorheben, daß die redlichen Schutzleute, die „Männer mit den Nachtstöcken“, auch fernerhin den Sieg der gerechten Sache herbeiwünschten, obwohl sie allmählich allen Mut und jede Hoffnung verloren.

So lagen die Verhältnisse, als ich in die Mulberry-Straße**) einzog. Das Schanklokal war die Hauptquelle alles Uebels. Mit dem Schanklokal mußte ich es aufnehmen, und das konnte nur auf eine Art geschehen, nämlich indem das Gesetz streng durchgeführt wurde. Das Gebeul, das sich darüber erhob, war ohrenbetäubend. Die gewerbsmäßigen Politiker tobten. Die gelbe Presse übertraf sich selbst an Lügenhaftigkeit und Geschrei. Eine Lieblingsbehauptung lautete, ich führte ein „blaues“ Gesetz durch, ein veraltetes Gesetz, das bisher noch niemals durchgeführt worden sei. Tatsächlich führte ich nur ein Gesetz auf redliche Weise durch, das man bisher unredlich durchgeführt hatte. Die Anzahl der Verhaftungen wegen Uebertretung des Sonntagsgesetzes nahm nur sehr wenig zu. Es kamen sogar Wochen vor, in denen sie geradezu abnahm. Der einzige Unterschied bestand darin, daß es keine protegierte Klasse mehr gab. Jeder wurde in gleicher Weise festgenommen, und ich sorgte besonders dafür, daß keine Unterschiede gemacht wurden, und daß große Leute und Männer mit politischem Einfluß ebenso behandelt wurden wie jeder andere. Die unmittelbare Wirkung war durchaus gut. Man hatte mir gesagt, es sei nicht möglich, die Schanklokale am Sonntag zu schließen, und es werde mir nicht gelingen. Dennoch gelang es mir. Der Direktor des Bellevuekrankenhauses berichtete acht bis zehn Tage nachdem wir begonnen hatten, daß zum erstenmal seit der Eröffnung des Krankenhauses an einem Montag kein einziger Fall von Körperverletzung infolge einer Rauferei in der Trunkenheit vorgekommen sei. Die Polizeigerichte meldeten ähnliche Tatsachen, während die Sparkassen eine Zunahme der Einlagen feststellten und die Pfandleiher über schlechte Zeiten klagten. Am rührendsten war es aber, daß mir Hunderte von Briefen von Müttern in Mietkasernen erhielten, die in den Tagen, da alle Schenken offen gewesen waren, mit ihren Kindern nie aufs Land hinausgedurft hatten, und deren Männer jetzt bereit waren, am Sonntag mit Frau und Kindern Ausflüge zu machen. Jake Riis und ich haben einmal einen ganzen Sonntag damit zugebracht, in den Mietkasernenvierteln umherzugehen und selbst zu sehen, was sich zugetragen hatte.

Während unsrer zwei Amtsjahre ist es nie wieder so arg geworden, wie es vorher gewesen war. Aber es gelang uns nicht, die Sache ganz auf derselben Höhe zu erhalten wie in jenen ersten Wochen. Hinsichtlich des Gesetzes, daß die Lokale am Sonntag geschlossen sein sollten, lag das teilweise daran, daß wir die öffentliche Meinung nicht ganz auf unserer Seite hatten. Die Leute, die nach Redlichkeit verlangt hatten, aber nicht geneigt waren, sie mit dem Verlust gesetzwidriger Freuden zu bezahlen, schlossen sich den Angriffen der ungeschminkt Unredlichen an. Außerdem versuchte man, das Gesetz auf jede mögliche Weise zu umgehen, und mancher Weg war erfolgreich. So gestattete das Gesetz z. B. jedem, bei der Mahlzeit auch geistige Getränke zu sich zu nehmen. Nach zwei bis drei Monaten fand sich ein Richter, der entschied, daß siebzehn Seidel und eine Brezel eine Mahlzeit ausmachen — worauf wenigstens in einigen der Lokale grenzenlose Freude herrschte und die gelbe Presse jubelnd verkündete, daß meine „Tyrannei“ gebändigt worden sei. Aber meinen Hauptzweck, die Verhinderung der Erpressungen, hatte ich zum größten Teil erreicht.

*) Im Verlage von F. A. Brockhaus in Leipzig erscheinen soeben die Memoiren des Exprätidenten Theodore Roosevelt unter dem Titel Aus meinem Leben. Wir geben unseren Lesern einen interessanten Abschnitt aus dem Werke, das die allgemeine Aufmerksamkeit erregen dürfte. Das Buch kostet gebunden 10 Mk.

**) In der Mulberry Street liegt das Neuyorker Polizeipräsidium

13] **Dunkle Mächte.** [Nachdr. verb.

Roman von Elise Schweichel.

In demselben Augenblick schellte es, und sobald Frau Bertram geöffnet hatte, vernahm Helma auch schon die frische, freudige Stimme ihrer Freundin, die zu hören allein schon Trost und Hoffnung in ihre Brust goß.

„Ich muß doch sehen, ob Sie gut einquartiert sind,“ begrüßte sie Frau Käthe. „Es ist spät geworden. Ich habe heute einen zweiten Pensionär bekommen, den mußte ich erst einschachteln. — Nun, das sieht ja hier ganz menschlich aus,“ fuhr sie fort, indem sie einen prüfenden Blick umhergleiten ließ, und dann brachte sie unter ihrem Radmantel ein großes Paket hervor. „Da bringe ich Ihnen noch ein Fußkissen und eine Schlummerrolle. Ich habe so viel solcher Dinge und gar kein Bedürfnis danach, auch kaum Zeit, mich ihrer zu bedienen. Machen Sie keine Worte, liebe Helma,“ wehrte sie den Dank der Freundin ab, „sondern trinken Sie Ihren Tee, so lange er heiß ist. So, kommen Sie, ich setze mich zu Ihnen. Lange kann ich nicht bleiben. Mein Mann wartet unten auf mich. Natürlich wollte er mich nicht allein gehen lassen. Ich soll Sie auch schön von ihm grüßen, und er schickt Ihnen hier dieses Buch,“ setzte sie lächelnd hinzu. „Naturwissenschaftliche Aufsätze. Ich wollte es nicht nehmen, aber er sagte, sich ein Buch sei der beste Trost für ein bedrücktes Gemüt. Na, probieren Sie's.“

Während Helma von der Güte dieser Menschen gerührt und zugleich in ihren eigenen Augen gehoben, ihren Tee trank und einen Bissen aß, erzählte ihr Frau Kolweit von der Neugestaltung ihrer Häuslichkeit und von ihren drei Trabanten, wie sie Fritz und die beiden Pensionäre nannte, bis sie die Freundin ein wenig heiter geplaudert hatte. Dann brach sie eilig auf, denn nun könnte sie ihren Alten nicht länger unten herumpatrouillieren lassen. Mit dem Versprechen, bald wieder zu kommen, nahm sie Abschied.

Es war, als ob ein Engel durchs Zimmer gegangen wäre. Der schlichte Raum schien gänzlich verändert, und jetzt spürte Helma auch zum ersten Male den Rosenduft von der Kommode her. Ihre Verzweiflung hatte einer gefaßten, resignierten Stimmung Platz gemacht. Sie wollte die Freundschaft dieser Frau verdienen, die ihr an Mut, Entschlossenheit und Selbstverleugnung in der schwierigsten Lage ein so heroisches Beispiel gab.

Frau Käthe hatte es bei den Bemühungen um Pensionäre nicht bewenden lassen. Ihr erster Schritt war vielmehr der gewesen, den Rücktritt des Geschäfts zu bewirken. Die langjährige Gehilfin, die es unter sehr günstigen Bedingungen erworben hatte, ging um so bereitwilliger darauf ein, als ihr die selbständige Geschäftsführung mancherlei Schwierigkeiten verursachte, auf die sie nicht gefaßt gewesen war. Ein sehr anständiges Abstandsgeld, welches Frau Käthe ihr bot und spätestens nach einem Jahre zu zahlen sich verpflichtete, brachte dann die Angelegenheit schnell ins reine. Erst dann hatte die junge Frau den Mut, ihre Eltern mit der veränderten Lage ihres Gatten bekannt zu machen. Nicht daß Kolweit sich gescheut hätte, ihnen die Sache mitzuteilen. Allein seine Frau sah voraus, daß es an Klagen und Vorwürfen, insbesondere von seiten des Vaters, nicht fehlen würde. Und so wollte sie wenigstens den ersten Anprall derselben von dem Geliebten auf sich selbst lenken. Auch meinte sie, daß sie als seine Frau seine Handlungsweise besser als er selbst verteidigen und als Tochter den elterlichen Unwillen leichter beschwichtigen könnte.

Kolweit ließ ihr den Willen. Er wußte, daß sie immer das richtige traf.

Sie fand beide Eltern zusammen in der Wohnstube, was sonst selten der Fall gewesen war. Der Vater, in einem neuen Schlafrock von warmem Wollstoff, den Käthe ihm angeschafft hatte, seine geliebte Pfeife in den Zähnen, sah Lenchens französisches Uebungsstück nach, während die Mutter, in einem bequemen Lehnstuhl, ebenfalls einem Geschenk Käthens, sitzend, nicht wie früher stopfte und flickte, sondern in einem Buche las.

Käthen schwoll das Herz bei dem Gedanken, dieses schwer errungene Behagen durch ihre Mitteilung zerstören zu müssen. Gerade weil die Eltern schon einmal in ihrem Leben, als Herr Maihöfer sein Predigeramt niedergelegt, einen ähnlichen Prozeß durchgemacht hatte, mußte dieser Schlag sie doppelt schwer treffen.

Es kam denn auch, wie Käthe vorausgesehen. Die Mutter nahm die Mitteilung ihrem Charakter gemäß zwar schweigend auf, aber sie nickte mit einem bitteren Lächeln vor sich hin, als bestätigte sie innerlich, was sie damals ihrer Tochter über das vermeintliche Glück der Ehe gesagt hatte. Herr Maihöfer sprang dagegen gleich bei den ersten Worten der Tochter auf und ergoß sich in einem Schwall von Worten. Kolweit sei ein vertrauensvoller Narr gewesen. Er, Maihöfer, hätte sich besser gesichert, diesem Fuchs, diesem Brandt, nicht aufs blanke Anritz getraut. Kontrakt hätte er gemacht? Ha, ha, das wäre ein Wisch Papier, gut, um die Pfeife anzuzünden. Er hätte gleich etwas gegen diesen Menschen gehabt und würde auch Kolweit gewarnt haben; aber dieser wäre ja immer so superklug und wollte alles besser wissen, er hätte sich daher gescheut, ein Wort zu äußern. Jetzt könnten sie alle zusammen am Hungertuch nagen. Für sich wäre es ihm wahrlich gleich, denn die Veröffentlichung seiner Gedichte könnte er sich jetzt vom Munde wischen, aber was sollte aus Käthen und seiner armen Frau und den noch unerzogenen Würmern werden?

Er hatte die letzten Worte noch nicht ausgesprochen, als Frau Maihöfer sich aus ihrer zusammengesunkenen Stellung kerzengerade aufrichtete und die arbeitharte Hand fest auf den Tisch legte. „Genug, Mann,“ rief sie, bleich vor Zorn. „Wir haben die Kinder in die Welt gesetzt, an uns ist es, für sie zu sorgen. Schlimm genug, daß wir es nicht konnten, daß Käthe ihre besten Jahre opfern mußte. Sie hat mehr als ihre Pflicht getan. Jetzt gehört sie ihrem Manne. Nach uns hat sie nichts zu fragen.“

Sie war aufgestanden und hatte die Hand auf Käthens Schulter gelegt. Käthe nahm die Hand und küßte sie.

„Vater hat es nicht böse gemeint,“ beschwichtigte sie die Mutter. „Auch wäre er in Bernhards Lage gewiß ebenso vertrauensvoll gewesen, wie es fast jede Natur ist. Nicht wahr, hab' ich nicht recht, Väterchen? Komm', setze dich zu uns. Jetzt will ich euch auch sagen, wie wir unser Leben künftig einzurichten gedenken.“

Die Mitteilung von dem Rücklauf des Geschäfts machte gleich einen sehr günstigen Eindruck. Von Pensionären wollte Herr Maihöfer nun schon nichts mehr hören. Das junge Paar mußte seine ungestörte Häuslichkeit haben, meinte er großmütig. Frau Käte ließ sich aber nicht dreinreden, sondern entwickelte ruhig ihren Plan. Sobald ihr Mietkontrakt abgelaufen wäre, wollten sie mit den Eltern eine größere Wohnung beziehen, um mehr Pensionäre nehmen zu können. Kolweit würde natürlich nicht untätig bleiben. Er hätte bereits seine früheren Verbindungen wieder angeknüpft. Kurz, wenn alle angriffen, würde sich wohl der Verlust überwinden und eine erträgliche Existenz herstellen lassen.

Was Frau Käthe selbst auf sich nahm, war natürlich das schwerste. Aber das machte ihr keine Kopfschmerzen. Im Gegenteil, da sie die Eltern mit der veränderten Lage ausgesöhnt hatte, fühlte sie sich leicht und frei wie noch nie in ihrem Leben, und glücklich, als ob sie das große Los gewonnen, kehrte sie nach Hause zurück.

VI.

Helma harrte Tag auf Tag vergebens auf Brandts Besuch. Sie hatte, bevor sie sein Haus verlassen, ihm einige Abschiedszeilen auf seinen Schreibtisch niedergelegt, worin sie ihn an sein Versprechen mahnte und ihrem unerschütterlichen Vertrauen auf seine Liebe und seine Ehrenhaftigkeit Ausdruck gab. „Du wirst es verstehen, Geliebter,“ schrieb sie, „daß ich Dir und mir einen persönlichen Abschied ersparen wollte und Dir darum Tag und Stunde meines Fortgehens verschwieg. Ich hoffe aber mit Zuversicht, daß Du mich in meiner Verlassenheit bald aufsuchen und so den einzig möglichen Trost gewähren wirst Deiner unglücklichen Helma.“

Doktor Brandt atmete auf, als er, nach Hause kommend, von Helmas Abreise hörte. Es war, als ob ein Alp von der Brust genommen wäre. Ihre heimliche Entfernung glaubte er zudem für seine Zwecke gut verwerten zu können.

Endlich kamen einige Zeilen von ihm. Er wäre zu seinem großen Verdruß in diesen Tagen mit Arbeit überhäuft, so daß er nicht, wie er wünschte, zu ihr eilen könnte. Der erste freie Augenblick sollte ihr doch gehören. Beiläufig müßte er sie ein wenig schelten. Er hätte ihre Art, sich fortzustehlen, sehr merkwürdig gefunden. Indessen fühle er wohl, daß er kein Recht hätte, ihr Vorwürfe zu machen. Er sei so tief in ihrer Schuld, daß er alles billigen müßte, was sie täte, wie sehr auch seine Gefühle dadurch verletzt würden.

Dieser Brief brachte Helma dem Wahnsinn nahe. Wie, ihre zartesten Empfindungen legte er ihr als grobe Rücksichtslosigkeiten aus oder gab sich wenigstens den Anschein, es zu tun. Er spielte sich auf den Beleidigten, Verletzten hinaus und schärfte den Stachel seiner Worte mit einem heuchlerischen Schuldbekenntnis. Oh, es war zum Rasendwerden! Wie außer sich rannte sie in dem schmalen Raume auf und ab, hundert- und hundertmal, zuerst mit kurzen hastigen Schritten, dann langsamer und langsamer, wilde Gedanken in ihrem Hirne wälzend. Gespräche mit dem Grausamen führend, in denen sie ihm alles sagte, was sie oft auf den Lippen gehabt, aber aus Schonung für ihn stets in ihre Brust zurückgedrängt hatte. Waren alle ihre Handlungen nicht von Liebe und Rücksicht diktiert gewesen? Was hatte sie getan, um solchen Vorwurf zu verdienen? Sie hatte nur nicht immer lächeln, nicht immer heiter und fröhlich sein können mit dem Tode im Herzen. Das war ihr einziges Vergehen. Das hatte er verlangt. Sie sollte ihm eine heitere Stirn zeigen, ob sie auch im Innern verblutete. Lachen, lachen sollte sie. Und sie lachte grell auf wie eine Wahnsinnige. Dann verlor sie das Bewußtsein.

(Fortsetzung folgt.)

Hunger.

Von Herbert Kranz.

Es war nicht das erstemal, daß Albert Mehnert hungerte. Jetzt, wo durch die wirtschaftliche Krisis die Bauten stillagen, hatte er schon öfters Kelle und Lot hinlegen müssen, und er hatte gelernt, den Tag hinzubringen, ohne es allzu sehr zu spüren, daß er arbeitslos und damit auch nahrungslos war. Nur mußte man nicht tagsüber auf der Schlafstelle bleiben, wo Frau Zischke einen scheel ansah und nur deshalb nicht vor die Tür setzte, weil sie damit auch alle Hoffnung, je ihr Mietgeld zu bekommen, auf die Straße geworfen hätte. Albert Mehnert wußte genau, wie er die hungrigen Stunden der faulen Zeit abstahl, die sehr langsam nur schleicht, wenn man nichts im Magen hat.

Früh ging er in den Prinzessinnengarten, wo so schöne bequeme Holzbänke stehen, und vertrieb sich die Zeit damit, zuzusehen, wie schlanke, schneidige, junge Offiziere auf glänzend blanken Pferden spazieren ritten; oder er besah sich die gemessenen alten Herrn, die in sorgsamster Kleidung, mit peinlich gepflegtem weißen Bart und ein wenig steifbeinig den gewohnten Morgenspaziergang der pensionierten Geheimräte machten. Wenn dann aber die gezierten Dinger von Kindermädchen mit den in frischestes Weiß gehüllten Kleinen von den Bänken laut schwatzend Besitz ergriffen, machte er sich fort. Sie sahen immer so sonderbar auf seine ausgefransten Hosen und den kragenlosen Hals, so mit einem Gemisch von Abscheu und der wohligen Neugier dessen, dem es besser geht, daß Albert Meh-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219140128-15/fragment/page=0009

nert zornig ging. Ueberdies war das auch gerade die Stunde, in der die Lesehalle aufgemacht wurde, wo er die übrige Zeit des langen Tages verbrachte.

Es war ein langer, dunkler, muffiger Raum, in dem schon früh die Gaslampen brannten; die getünchten Wände waren braun und rissig, und nur der Raum über dem Tisch der Bibliothekarin war mit einem Kaiserbilde in Oeldruck geschmückt, das aber ganz dunkel vor Fliegenschmutz war. Doch am Eingang hing noch ein kleines, eingerissenes Papierschildchen, auf dem stand, man solle ja auf seine Garderobe achten. Das hatte die Bibliothekarin dort aufgeschrieben, ein sonderbares altes Fräulein mit kurzgeschnittenem Haar und einem Kneifer, der ihr immer von der Nase fiel, von der niemand wußte, daß sie Fräulein Bräutigam hieß, die eifrig hin und her schoß und die, wenn sie sich an einem der Schränke zu schaffen machte, aussah, als ob eine Maus an einer hohen Käserinde nagte.

An sie mußte man sich wenden, wenn man ein Buch haben wollte; Albert Mehnert aber las nur Zeitungen, alle die Zeitungen, die auf dem großen schwarzen Tische auslagen, von der Volksstimme bis zum Generalanzeiger. Da saß er dann in dem abwechselnden Kommen und Gehen um ihn stundenlang, und wenn er die langen Worte mühsam buchstabierte, die er meistens gar nicht verstand, verging doch die Zeit. Um die Mittagsstunde, wenn es schon leer um ihn wurde, zog er den Riemen, an dem er seine Hose trug, um zwei Löcher enger, und allmählich kam dann der Abend, wo man schlafen gehen konnte. Ganz langsam zwar kam die erwartete Stunde, jedoch sie kam eben.

Aber einmal tat Albert Mehnert etwas, was er nie hätte tun sollen, was alle abraten, die mit der ernsten und nicht leichten Kunst des Hungers Bescheid wissen. Anstatt auf dem Fahrdamm oder doch wenigstens auf dem Rinnstein entlang zu gehen, wie es alle Erfahrenen tun, ging er, als er die Lesehalle wieder aufsuchen wollte, dicht an den Häusern vorbei, und da ereilte ihn sein Schicksal, das eben jene Kundigen vermeiden. Plötzlich nämlich roch er einen Duft, einen würzigen, köstlichen, schmackhaften Duft, der aus einer großen Hotelküche kam, die im Erdgeschoß lag. Wehrlos war der Hungrige diesem schlimmen Feinde ausgeliefert. Sein dürrer Mund, seine überwachten Sinne sogen ihn ein, er rann seinen ausgetrockneten Gaumen hinunter und weckte den leeren Magen, und ein sinnloses Verlangen nach jener schönen Fleischbrühe faßte ihn so übermächtig, daß ihm schwindlig wurde. Vergebens riß er sich los und taumelte weiter. Es war um ihn geschehen.

Es war umsonst, daß er wie gewöhnlich seine Zeitungen zu lesen versuchte. Seine Augen tasteten nur gierig nach Worten von Essen und Mahlzeiten. Er legte das Blatt hin und ging gleich wieder fort, daß sich alle Leser wunderten. Aber wohin ging er? Er wußte es nicht. Er sah nicht die Häuser, nicht die Menschen, er sah nur eins: warmes Essen. Nicht daß er vor den Bäckerläden sehnsüchtig stehen geblieben wäre; nein, Brot oder Schrippen wollte er nicht, aber eine schöne warme Suppe, eine Suppe, die so duftete wie jene vorhin, nach der jeder seiner ausgemergelten Sinne schrie. Er fühlte sein Blut jagen und sein Herz klopfen, aber ihm war es wie ein pochendes Rufen nach Essen, Essen.

Er stand am Königsplatz. Unaufhörlich sausten die Automobile heulend vorüber, Straßenbahnen klirrten vorbei, Autobusse rasselten und dampften, Lastwagen rollten schwer und laut. Er aber hörte aus allem nur einen Klang, ein schlimmes Wort heraus, das da schreiend jedem Lärm entstieg: Hunger. „Hunger, Hunger, Hunger", rasselten die kleinen Xylonetten. „Hun—ger, Hun—ger", summten die Straßenbahnwagen schon von weitem. „Hunger, Hunger", brüllten die Autobusse, und die Hufe der abgetriebenen Droschkengäule klapperten auf dem Asphalt: „Hun . . . ger, Hun . . . ger". Da schlug es zwölf. Von der großen Schuhfabrik kam ein lauter und schneidender Pfiff. Mittag.

Albert Mehnert stieg die saubere Fliesentreppe hinunter. Er war nicht gut anzusehen. Seine Augen hatten einen fieberhaften Glanz und sein Mund stand halb offen. Zum Glück begegnete ihm niemand. Er stieß die Tür auf. Nun stand er in der Küche. Er schloß die Augen. Dieser Duft . . . dieser Duft . . .

„Was wollen Sie denn hier?" schrie die dicke Köchfrau, die sich vor nichts fürchtete und die mit aufgekrämpelten Aermeln am Herde stand, in einem der Riesentöpfe mit einem großen Holzlöffel rührend.

Albert Mehner wachte auf. Gierig und mit unheilvoller Miene bog sich sein Körper den dampfenden Kesseln entgegen.

„Es wird ja immer noch schöner, wie unverschämt die Bettler sind," schrie die Frau erbost. „Wollen Sie sich gefälligst scheren? Aber schlank raus! Sonst sollen Sie mal sehen, wie einer auf die Straße fliegt!"

„Suppe — Suppe," keuchte er heiser.

„I was Suppe," sagte die Kochfrau, die kein schlechtes Herz hatte. „Kommen Sie erst manierlich herein und fragen Sie nach Arbeit, wie sich das gehört."

Da nahm er den Stuhl, auf dem ihre Schürze lag, mit beiden Händen und schlug ihr den Schädel ein, daß sie wie ein Sack umfiel. Prasselnd kochte die Suppe über. — —

„Natürlich kriegt er Zuchthaus, dieser Patron," sagte der Rat Krömmelbein, als er abends an seinem Stammtisch im Deutschen Adler saß.

„Wahrlich," fügte Herr Oberlehrer Knönagel nachdenklich hinzu, „man kann nicht umhin, den Anhängern der Prügelstrafe bei der Betrachtung eines solchen Rohlings nicht allen Grund für ihre Forderungen abzusprechen."

„Und woher kommt so 'n standalöser Vorfall?" fragte Herr Krömmelbein empört. „Von der verdammten Irreligiosität. Die Religion muß dem Volke erhalten bleiben, sonst garantiere ich für nichts." Er schlug mit seiner deutschen Männerfaust auf den Tisch.

„Noch ein Bier, Herr Rat?"

„Na gewiß, Ober. Wie sollte man denn sonst die nötige Bettschwere kriegen?" (Jugend.)

Kleines Feuilleton.

Das Höchste der Religion.

In der Trauerversammlung, die dem Leichenbegängnis unseres französischen Genossen Pressensé folgte, verlas Prof. Basch nachstehenden Testamentsentwurf, den Pressensé im August 1908 niedergeschrieben hat: „Ich bitte, daß man mir kein sogenanntes religiöses Begräbnis bereite. Nicht das ich nicht an einen Gott der Liebe und Gerechtigkeit glaubte, aber ich habe mich mit vollem Bewußtsein von allen Kirchen losgelöst und das Maximum der Religion im Sozialismus, so wie ich ihn begriffen habe, gefunden... Mein Leben hat nicht alles gegeben, was es hätte geben sollen. Ich rechne auf die Nachsicht aller . . ." Dieses Testament des Verstorbenen wurde von seiner geistigen Familie mit Ergriffenheit angehört. Die leibliche aber hatte — von wegen der „Pietät" — einen Pastor nach dem Trauerhause kommen und Gebete aufsagen lassen.

Ein württembergisches Hofkonzert vor 100 Jahren.

Als der berühmte Geiger Ludwig Spohr mit seiner ersten Frau Dorette, Viantkin und Harfenistin, im Jahre 1807 nach Stuttgart kam, um hier Konzerte zu geben, erfuhr er, daß bei den Stuttgarter Hofkonzerten wie in Braunschweig dem Kartenspiel unbedingt gehuldigt würde, ohne daß der Musik auch nur die geringste Beachtung geschenkt würde. Als er nun dem Hofmarschall seine glänzenden Empfehlungen überreichte, nahm er sich die Freiheit, zu erklären, daß er und seine Frau vor den Majestäten nur spielen werden, wenn der König das Kartenspiel während ihrer Vorträge unterläße. Ueber diese Kühnheit war der Hofmarschall zunächst sprachlos vor Verblüffung. Als er sich endlich von seinem Staunen erholt hatte, rief er: „Wie! Sie wollen St. Majestät Vorschriften machen? Ich darf es nicht wagen, ihm dies vorzutragen!" „Dann muß ich auf die Ehre verzichten, bei Hofe aufzutreten," erwiderte Spohr. Bald darauf aber erhielt Spohr die Nachricht, daß St. Majestät geruhe, während seiner künstlerischen Vorträge mit Spielen auszusetzen.

Der Abend kam heran. Die Hofgesellschaft nahm an den Spieltischen Platz und das Konzert begann mit einer Ouvertüre, der eine Arie folgte. Die Spieler lärmten und riefen ihr „Ich spiele!" „Ich passe!", als wäre kein Orchester da, und die Diener boten geräuschvoll Erfrischungen an, so daß man von der ganzen Musik kaum etwas hörte. Da ließ der Marschall die beiden Künstler benachrichtigen, sie möchten sich bereithalten. Darauf meldete er dem König, die Vorträge der beiden Gäste werden nun beginnen. Sogleich erhob sich die ganze Hofgesellschaft. Diener stellten zwei Stuhlreihen vor das Orchester. Mit großer Aufmerksamkeit folgte alles dem kunstvollen Spiele Spohrs und seiner Gattin. Doch niemand wagte ein Zeichen des Beifalls. Da der König ein solches nicht gab, verbot er die Doketikette auch für die anderen. Nur am Schlusse zeigte der König durch ein gnädiges Kopfnicken an, daß er Gefallen an Spohrs Spiel gefunden hatte. Dann erhob sich die ganze Gesellschaft wieder und setzte sich geräuschvoll an die verlassenen Stieltische. Als der König sein Spiel beendet hatte, stand er auf und das Konzert brach mitten in einer Arie der Madame Graff ab. Die Musiker hörten ebenso mitten in der Kadenz auf, packten ihre Sachen zusammen und gingen nach Hause. Anders waren sie es gar nicht gewöhnt.

Dieser Beitrag zur Sittengeschichte der Höfe, den wir der Monatsschrift Zeiten und Völker entnehmen, zeigt, wie die sagenhafte Pflege der Künste und Wissenschaften an den Höfen in Wirklichkeit aussah.

Der Niedergang des Tangos.

Der „siegreiche Tango" scheint seinem Ende entgegenzugehen, gerade in dem Augenblick, da er die größten Triumphe verzeichnete. Vor kaum einem Monat feierte er seine größten Siege, — er wurde von Richepin, dem Mitglied der Akademie, besungen und stand als Hauptstück auf dem Programm der großen Maskenfänze in London. Sein schneller Aufstieg war verblüffend, aber kaum so verblüffend wie sein Niedergang. Er wurde vor einem Jahre auf die Varietebühnen Londons gebracht und verbreitete sich, unter heftiger Gegenrede, über ganz England. Bis Methnachten blühte er in allen Westendtheatern und Restaurants. Heute kann man durch alle Straßen wandern und findet ihn, mit Ausnahme des Queens-Theaters, nirgends. Die Gewissensfrage, ob er anständig sei oder nicht, peinigt uns nicht mehr, da er selbst nicht mehr ist. „Die kindischen Schritte eines Greises" hat ihn neulich jemand genannt. Sie transit . . .

Humor und Satire.

Zu vertraulich. Der Herr Reallehrer war an Königs Geburtstag Oberreallehrer geworden. Der ahnungslose Fritzle begrüßt ihn andern Morgens wie immer: „Guten Morgen, Herr Reallehrer," worauf dieser ihn anfährt: „Willst du nicht lieber gleich Adolf zu mir sagen?"

Kindermund. Klein-Hansi wird gebadet. Dabei läßt er in der Wanne seine zu Weihnachten erhaltene Flotte, bestehend aus allen möglichen Schiffstypen, herumschwimmen. Plötzlich passiert ihm etwas Menschliches. Weil gerade Besuch da ist, ist die Mutter über den Ton etwas betroffen und sieht Hansi strafend an. Doch der erwidert ganz unschuldsvoll: „Hast du's gehört, Mammi? Grad is 'n Unterseeboot explodiert!" (Jugend.)

Genossenschaftsbewegung.

Preistreiberei und genossenschaftliche Abwehr

Der Kampf um möglichst hohe Warenpreise, dessen Opfer bisher stets die Verbraucher zu tragen hatten, ist in seinen alten Formen durch die konsumgenossenschaftlichen Organisationen wenigstens an manchen wichtigen Stellen zum Stillstand gekommen. Ganz so leicht wie ehedem ist es dem Zwischenhandel nicht mehr gemacht, die Warenpreise nach Gutdünken und Gelegenheit in die Höhe zu treiben. Dafür treten aber in der Volkswirtschaft Erscheinungen auf, die das im großen zu machen beabsichtigen, was der Zwischenhandel im kleinen trieb: Preistreiberei, dieses Mal herbeigeführt durch Kartelle und Syndikate. Das Herrschaftsgebiet dieser kapitalistischen Organisationen erstreckt sich von der Erzeugung bis zum Verbrauch dieser Lebensgüter.

Der Verbraucher liebt alle Formen der Preistreiberei gleich wenig. Er wird sich demnach der neuen Preistreiberei ebenso erwehren, wie er den übermäßigen Zwischenhandelsgewinn bekämpfte. Seine Waffe ist in diesem Kampfe die genossenschaftliche Organisation. Daß der Verbraucher oft und leicht in die Lage kommt, mit Hilfe seiner Organisation der unbändigen Profitsucht entgegenzutreten, zeigen einige Vorkommnisse der allerletzten Zeit.

In der Schweiz haben die in einem Syndikat zusammengeschlossenen Schokoladenfabrikanten beschlossen, Preiserhöhungen für Schokolade vorzunehmen und die Bezugsbedingungen zu verschlechtern, und zwar mit Wirkung vom 1. Januar 1914. Dagegen wenden sich die Kleinhändler. Der Verband schweizerischer Konsumvereine hatte bisher keinen Anlaß, sich an der Abwehr der Forderungen des Syndikats zu beteiligen, da er es für ausgeschlossen hält, daß das Syndikat der Schokoladenfabrikanten ernstlich auf den beanstandeten Forderungen beharren würde. Am 8. Januar 1914 hat nun der Schokoladentrust die berechtigten Forderungen des Verbandes schweizerischer Konsumvereine abgelehnt.

Dem Schokoladensyndikat in der Schweiz gehören alle Schokoladenfabriken, mit Ausnahme von vier Firmen, an. Die Organisation der Schweizer Konsumenten wird nicht das erste Mal Gelegenheit zu dem Beweise haben, daß rücksichtslose Preistreiberei ihre natürliche Grenze in einer starken Organisation der Konsumenten findet. Die Schuhfabrikanten und die Mühlenbesitzer der Schweiz könnten den Schokoladenfabrikanten eigentlich recht sachdienliche Mitteilungen über den Ausgang von Kämpfen machen, in denen es sich gleichfalls um die Abwehr unberechtigter Ansprüche privater Kapitalisten handelte.

Aehnliche Dinge spielen sich augenblicklich in Dänemark ab. Dort erregt der Zementkrieg großes Aufsehen in der Oeffentlichkeit. Die Zementindustrie des Nordens wird von Ringen beherrscht. Einer erstreckt seinen Wirkungskreis über Dänemark, ein zweiter über Norwegen, ein dritter über Schweden, und der vierte hat Norddeutschland unter seine Botmäßigkeit gebracht. Alle vier Ringe arbeiten Hand in Hand und setzen gemeinsam alljährlich willkürliche Preise fest. Die bisher erzielten Erfolge steigerten naturgemäß den Machtdünkel der Monopolisten und reizten sie zu dem Versuche, sich auch die Genossenschaften tributpflichtig zu machen. Mit ihnen sollten sie jedoch nicht so leichtes Spiel haben wie mit der Privatkundschaft. Die dänische Großeinkaufsgesellschaft, welche einen Jahresumsatz in Zement von 70 000 bis 80 000 Tonnen hat, trat der Frage der Errichtung einer genossenschaftlichen Zementfabrik näher und kam so in die Lage, als Befreierin von der Allmacht des Ringes zu wirken. Der Ring griff im Jahre 1911 zu dem verhängnisvollen Mittel, der Großeinkaufsgesellschaft auf den Zement einen Aufschlag von 56 Pf. pro Tonne zu machen, zu dem ausgesprochenen Zwecke, sich einen Kampffonds für den Fall zu schaffen, daß die Genossenschaften mit ihnen in Konkurrenz treten würden. Offenbar glaubte er sich dabei gesichert durch einen eben erst mit der Großeinkaufsgesellschaft abgeschlossenen, auf fünf Jahre lautenden Kontrakt. In seiner Kurzsichtigkeit steigerte der Ring den Zementpreis für die Großeinkaufsgesellschaft im Jahre 1912 abermals um 67½ Pf. pro Tonne. Damit war das Signal zum offenen Kampfe gegeben. Die Genossenschaften antworteten mit dem Bau einer eigenen Zementfabrik in Lindholm bei Nörresundby am Limfjord. Schon zu Neujahr 1914 lieferte der Ring den besten Beweis für die Berechtigung des genossenschaftlichen Vorgehens, indem er urplötzlich den Preis für Zement allgemein von 7,31 Mk. auf 5,06 Mk. pro Tonne oder um fast 31 Proz. herabsetzte. Damit ist der Kampf eröffnet. Nach sachverständigem Gutachten kann der Zement noch für weniger als 4,50 Mk. pro Tonne geliefert werden, und die Genossenschaftsfabrik kann bei einem Preise von etwa 4,80 Mk. pro Tonne beziehen.

Aehnlich liegen die Dinge bei dem Kampfe mit dem Kohlenringe. Auch hier unerträgliche Preistreiberei des marktbeherrschenden Ringes und als Antwort eine kräftige Gegenwehr der Kohlenkonsumenten.

Es wäre ein verhängnisvoller Irrtum, anzunehmen, an Deutschland würde die Auseinandersetzung zwischen großkapitalistischen Preistreibern und organisierten Konsumenten vorübergehen. Auch Deutschland liefert einen vortrefflichen Anschauungsunterricht über die gegensätzlichen Bestrebungen und Aufgaben von genossenschaftlicher und privatkapitalistischer Wirtschaft: Hie sozial — hie antisozial!

Soll der Kampf von den Konsumenten bestanden werden, so kann die Mahnung nicht dringend genug ergehen: Schaffet euch starke Konsumentenorganisationen!

Gewerbetreibende und Konsumvereine.

Es scheint, als ob Händler und Kleingewerbetreibende dem Schicksal nicht entrinnen können, alle vernünftigen, im Dienste einer nützlichen Wirtschaftsweise stehenden Einrichtungen blindwütig bis zur Selbstvernichtung zu hassen. Weil dem Zentralverbande deutscher Konsumvereine nahezu 80 000 selbständige Gewerbetreibende angehören, geraten die Wortführer der Bäckermeister aus allen Nähten. Den Gewerbetreibenden, die Mitglieder von Konsumvereinen sind, wird fürchterlich der Text gelesen.

Es handelt sich für den gewerblichen Mittelstand um Sein oder Nichtsein. Mit tiefem Bedauern hat man es in den Kreisen der Handwerker und des gewerblichen Mittelstandes schon bemerken müssen, wie gerade auch diejenigen Kreise, die als Hauptstützen in ihrem schweren Kampf um seine Existenz gegen die ins riesenhafte gehenden sozialdemokratischen Konsumvereine mit ihren Schulter an Schulter gehen sollten, sie in diesem Kampfe nicht nur nicht unterstützen, sondern im Gegenteil durch die Gründung ähnlicher Unternehmungen in den Rücken fallen und die Aussicht auf eine erfolgreiche Beendigung des Kampfes zu ihren Gunsten noch mehr als bisher verschlechtern. Tausende und Abertausende Angehörige des gewerblichen Mittelstandes, in welchen die Wurzeln der Kraft und des Ansehens unserer staatlichen und kommunalen Gemeinwesen liegen, werden dadurch ernstlich in ihrer wirtschaftlichen Existenz gefährdet und an den Rand des Ruins gebracht. Was will es dem gegenüber aber heißen, wenn selbst Angehörige dieses bedrohten Standes Hand in Hand mit den Feinden desselben gehen!

Es wird so viel darüber geredet und geschrieben, daß auch Beamte, Lehrer usw. Konsumvereinen angehören. Man kann es diesen, vom rein sachlichen Standpunkt aus betrachtet, noch gar nicht mal so verargen, wenn dieselben sich zur Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage derartigen Vereinigungen anschließen. Wenn trotzdem die Forderung erhoben ist, der Beamten- und Lehrerschaft die Zugehörigkeit zu Konsumvereinen zu verbieten und die Regierung diesem Verlangen teilweise entsprochen hat, wenigstens, als die Zugehörigkeit zu sozialdemokratischen Konsumvereinen oder die Annahme bezahlter Stellungen in Konsumvereinen in Frage kommt, so ist das Verhalten weiter Kreise des gewerblichen Mittelstandes, die sich nicht scheuen, sogar sozialdemokratischen Konsumvereinen anzugehören, tief beschämend.

Wir wollen es dem Verfasser nicht besonders anrechnen, daß er in seiner innungsmeisterlichen Unwissenheit von „sozialdemokratischen" Konsumvereinen redet; er betet eben nach. Wir wollen ihm auch die maßlose Ueberhebung nicht zu dick anreiben, die in der Behauptung steckt, im gewerblichen Mittelstande lägen die Wurzeln der Kraft und des Ansehens der staatlichen und kommunalen Gemeinwesen. Wir meinen, diese Wurzeln ruhten in besserem und nahrhafterem Grunde. Wohl aber wollen wir dem Manne verraten, daß die Gewerbetreibenden, die Konsumvereinen angehören, sehr wohl wissen, daß sie dadurch ihren Interessen wirksamer dienen, als wenn sie den Konsumenten feindselig gegenübertreten und den Boden gefährden, in dem die Wurzeln auch ihrer Kraft ruhen.

Die Militärverwaltung gegen Konsumvereine.

In einer Bezirksversammlung sächsischer Militärvereine, die im Spätherbst vorigen Jahres in Poppis bei Riesa tagte, ist von einigen Militärvereinsvorsitzenden u. a. darüber Klage geführt worden, daß noch viele Arbeiter der in Riesa und Zeithain befindlichen Militärdepots Mitglieder des Riesaer Konsumvereins seien, und man hat daraufhin angeregt, diese Tatsache einmal der Depotsverwaltung zu unterbreiten (!). Anfang Dezember vorigen Jahres ist denn nun auch den Arbeitern des Militärdepots in Zeithain durch einen Leutnant erklärt worden, daß alle diejenigen, deren Frauen die Mitgliedschaft erworben haben, austreten müßten. Acht Tage soll ihnen Zeit gelassen werden, andernfalls sie ihr Arbeitsverhältnis als gelöst zu betrachten hätten. Der Leutnant hat weiter erklärt, daß man ganz genau erfahren könne, wer Mitglied des Konsumvereins sei (!). Um ihre Arbeit nicht einzubüßen, haben nun daraufhin auch eine Anzahl der betreffenden Arbeiter ihre Mitgliedschaft im Konsumverein aufgekündigt. Ueber ein ähnliches Vorgehen der Depotverwaltungen wird auch aus den übrigen Depots des Riesaer Bezirks berichtet.

Diese Angelegenheit verdient, einmal an zuständiger Stelle — im Reichstag — zur Sprache gebracht zu werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219140128-15/fragment/page=0010